

	Inhalt
Zum Geleit	2
Vorwort	3
Die Wirkungsstätten stalinistischen Terrors in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR	4
Legende zur Ortsübersicht Magdeburg	8
Darstellung einzelner Haftstätten in Magdeburg mit Berichten Betroffener	
Oebisfelder Straße	9
Klausener-(Westend-) Straße	12
Porsestraße	21
Gerichtsgebäude und die Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg	37
Untersuchungsgefängnis des MfS in Magdeburg	59
Befehlszentralen des NKWD-/SED-Regimes 1945-1989	74
Verwaltung der 3. Stoßarmee der GUS-Truppen	78
Bezirksleitung der SED	79
Bezirksverwaltung des MfS	81
Kreisverwaltung des MfS	82
Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP)	84
Volkspolizeikreisamt (VPKA)	84
Bereitschaftspolizei Magdeburg-Prester	85
Kreis-Einsatzleitung Magdeburg	87
Schulungsstätte der Zivilverteidigung Magdeburg	88
Rat des Bezirkes Magdeburg	89
Kreisgerichte	90
Machtträger der SED	78
Quellennachweis	96
Anhang	97
Kontrollratsdirektive 38 v.12. Oktober 1946	
NKWD-Befehl Nr. 00101 v. 22. Februar 1945	
NKWD-Befehl Nr. 00315 v. 18. April 1945	
NKWD-Befehl Nr. 00461 v. 10. Mai 1945	
NKWD-Befehl, Ergänzung zu Nr. 00315	
Internierungsanweisungen des MfS (Auszüge), Gkdos 1/67	
Stadtplan Magdeburg (Einlegeblatt)	

Die Stadt Magdeburg hat in den letzten Jahrzehnten ihr Gesicht stark verändert. In den Jahren der DDR zerfielen Häuser, weil die Mittel zur Erhaltung fehlten oder sich niemand der Verantwortlichen darum kümmerte. Seit Anfang der neunziger Jahre wachsen neue Gebäude in atemberaubendem Tempo heran und alte Stadtteile werden saniert. Hier wird ein Wandel besonders deutlich.

Auch wenn neue Farben vieles alte überdecken oder wenn Mauern abgerissen werden, sollte nicht vergessen werden, daß in Häusern der Stadt Magdeburg auch nach Beendigung des zweiten Weltkrieges Menschen aus politischen Gründen mit dem Ziel, die Macht der Sowjetunion und der SED in der SBZ/DDR zu erhalten, gequält und unter Druck gesetzt wurden. Die Spuren sind an den Mauern nur noch bei genauem Hinsehen an manchen Stellen sichtbar. In den Herzen der betroffenen Menschen sind sie nicht so leicht auszulöschen.

Der Kreisverband Magdeburg des Bundes der Stalinistisch Verfolgten e. V. hat als Initiator der vorliegenden Arbeit versucht, den Erinnerungen von Betroffenen nachzugehen. Ihm und Herrn Dr. Kramer, welcher das Material zusammengestellt und die Gespräche mit den Betroffenen geführt hat, gebührt mein Dank. Sie schaffen mit dieser Broschüre die Möglichkeit zur Erinnerung, auch für diejenigen, die in unmittelbarer Nähe der Gebäude gewohnt oder dort gearbeitet haben. Gleichzeitig werden die Erlebnisse für die Nachgeborenen aufbewahrt und damit dem Vergessen (und dem Abriß) entrissen.

Edda Ahrberg  
Landesbeauftragte

Als im Mai 1945 die nationalsozialistische Kriegsmaschine endgültig zerschlagen war, sich die letzten Tore der Konzentrationslager und Gefängnisse öffneten, wünschten sich wohl alle Deutschen eine Zukunft in Frieden und Freiheit. Daß diese Hoffnung sich erst 45 Jahre später für alle Deutschen erfüllen sollte, war anfangs wie auch gegen Ende dieser 45 Jahre aus völlig unterschiedlichen Gründen für die überwiegende Mehrheit der „Ostdeutschen“ nicht vorstellbar.

Bei Kriegsende im Mai 1945 standen die westlichen Siegermächte an der Elbe-Mulde-Linie und begannen sofort erste Zeichen eines demokratischen Neubeginns zu setzen.

Den Festlegungen des Londoner Protokolls vom 12. September 1944 und der Jalta-Konferenz vom Februar 1945 entsprechend, wurde im Juni 1945 Magdeburg wie das übrige westlich der Elbe-Mulde-Linie liegende Gebiet bis an die damit entstehende Westgrenze der sowjetischen Siegermacht im Austausch gegen die vereinbarte Präsenz der Westmächte in Berlin übergeben. Damit begann in der sowjetischen Besatzungszone, was sich auch nach dem Entstehen der DDR konsequent fortsetzte: die Aushöhlung und Beseitigung demokratischer Strukturen.

Daß sich bei dieser Tätigkeit die sowjetische Besatzungsmacht und seit Gründung der DDR auch deren Regierende ähnlicher bis gleicher Methoden wie der gerade untergegangene deutsche nationalsozialistische Machtapparat bedienten, konnten oder wollten wohl viele Mitbürger aus den unterschiedlichsten persönlichen Gründen nicht sehen.

Mit der vorliegenden Arbeit soll am Beispiel der Stadt Magdeburg aufgezeigt und festgehalten werden, von welchen Stätten aus die Bevölkerung in unterschiedlichen Formen „diszipliniert“ wurde.

Hierbei handelt es sich um Momentaufnahmen aus persönlich Erlebtem. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann verständlicherweise nicht erfüllt werden.

Es sind hiermit auch weiterhin alle Betroffenen aufgerufen, für eine mögliche ergänzte Ausgabe dieser Schrift weitere belegte Fakten zum Thema dem Herausgeber zugänglich zu machen.

Magdeburg, Januar 1998

Günter Anders

## Die Wirkungsstätten stalinistischen Terrors in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde von den Siegermächten beschlossen, diejenigen zu bestrafen, die konkret für den Völkermord verantwortlich waren. In den Nürnberger Prozessen wurden die Urteile über die Haupttäter gefällt.

Zu den Ausführenden der Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehörten aber weiter eine große Anzahl von Angehörigen der SS, der Polizei und der Wehrmacht sowie Mitglieder der Nazipartei und ihrer Organisationen.

Über die Notwendigkeit zur Untersuchung der Schuld dieser Personenkreise waren sich die Alliierten einig und erließen mit dem Gesetz Nr. 10 - allerdings erst im Dezember 1945 - durch den Alliierten Kontrollrat entsprechende Strafbestimmungen. Dem folgte 1946 die Kontrollratsdirektive 38, in der die Aburteilung von Kriegsverbrechern entsprechend dem Gesetz Nr. 10 genau definiert wurde.

Allerdings war es den einzelnen Siegermächten überlassen, in ihren neuen Machtbereichen zusätzlich nationale Strafbestimmungen ihrer Länder anzuwenden. In der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) führte das dazu, daß neben den Gesetzen des Kontrollrates auch das Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Förderativen Sowjetrepublik (RSFSR) angewendet wurde. Dessen berüchtigter Paragraph 58 richtete sich gegen „Staats- und konterrevolutionäre Verbrechen“ wie bewaffneter Aufstand, Spionage, Sabotage, antisowjetische Propaganda oder Mitgliedschaft in illegalen Organisationen.

Schon vor dem Ende des Krieges hatten außerdem der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR (NKWD) Berija in zwei Befehlen für die sowjetischen Untersuchungsorgane im späteren besetzten Deutschland weitgehende Befugnisse für die Frontbevollmächtigten des NKWD bei den Truppen der Roten Armee erteilt und detaillierte Anweisungen für die Verhaftungen und sogar „Liquidierungen“ bestimmter Personen gegeben.<sup>1</sup>

Aufgrund dessen wurden vom NKWD sofort nach der Besetzung deutscher Territorien willkürlich unzählige Menschen unabhängig von Geschlecht und Alter verhaftet und unter oft abenteuerlichsten Beschuldigungen durch sowjetische Militärtribunale (SMT) abgeurteilt.

<sup>1</sup> Befehle des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945

Es war der Willkür der Untersuchungsorgane überlassen, den Paragraphen 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR weitgehend auszulegen.

Schon der Verdacht, der ehemaligen NSDAP oder einer ihrer Gliederungen anzugehören, war ausreichend Grund für eine Inhaftierung oder Internierung. Oft erfolgte darauf später eine Verurteilung unter der Beschuldigung der antisowjetischen Propaganda, antisowjetischen Hetze, Sabotage, Spionage oder Diversion oder ähnlicher Verdächtigungen, auch wenn keinerlei Beweise erbracht werden konnten.

Besonders deutlich zeigt sich das bei dem Verdacht, Mitglied der „WERWOLF“-Organisation zu sein, was besonders Jugendlichen angelastet wurde.<sup>2</sup>

Analog der Verfahrensweise in der UdSSR konnten nach den Gesetzen schon Minderjährige angeklagt werden, weshalb in der SBZ auch 14-jährige verhaftet wurden.

Um „Geständnisse“ zu erzwingen, wendete der NKWD bei Beschuldigten alle nur denkbaren Methoden körperlicher und psychischer Gewalt an. Mit so erpreßten Aussagen, die meist als russisches Schriftstück unterschrieben werden mußten, sprachen dann Tribunale willkürliche Urteile über 5 bis 25 Jahre Strafarbeitslager aus, nicht selten wurden auch Todesurteile gefällt und dann vollstreckt. In der Zeit von Mitte 1947 - Januar 1950 wurden in der UdSSR Todesurteile in 25 Jahre Strafhäft gewandelt. Ähnliches geschah auch in der SBZ.

In den anfangs 11 sowjetischen Speziallagern in Deutschland wurden Sowjetische Militärtribunale (SMT)-Verurteilte und auch ohne Gerichtsverfahren Internierte unter den unmenschlichsten Bedingungen zusammengepfercht.

Ohne Scheu verwendete dazu die Besatzungsmacht auch alte KZ-Lager der Nationalsozialisten, z. B. Buchenwald oder Sachsenhausen. Der übrigen Bevölkerung blieb das nicht ganz verborgen, Gerüchte darüber wurden aber von der Sozialistischen Einheitspartei (SED) als infame Lügen über die UdSSR und die SBZ und als Hetze westlicher Medien bezeichnet und die Verbreiter solcher Nachrichten bestraft.

Um dadurch nicht vorbelastet die Gründung der späteren DDR vorzunehmen, ließ die SED durch den späteren Präsidenten W. Pieck an Stalin die Bitte herantragen, diese Lager aufzulösen. Er schlug vor, die „Verbrecher“ entweder in die Sowjetunion zu deportieren oder sie der deutschen Justiz zu übergeben.

<sup>2</sup> Werwolf (fälschlich Wehrwolf) ist nach altem Volksglauben ein Mensch, der in Gestalt eines Wolfes zur blutrünstigen Bestie wird. Hitlers Propagandaminister hatte beim Niedergang der Nazi Herrschaft verkündet, daß die Deutschen den Feinden wie Werwölfe entgentreten würden.

Insgesamt waren von 1945-1950 über 120.000 Personen verhaftet, davon verstarben fast 43.000 durch Hunger, Seuchen und katastrophale Haftbedingungen, fast 20.000 wurden in Arbeitslager oder Kriegsgefangenenlager der Sowjetunion verschleppt und ca. 46.000 wurden im Laufe der Zeit wieder aus der Haft entlassen. Die verbleibende Dunkelziffer wird mit der Existenz weiterer Lager auf dem Gebiet Polens und dem Tod zahlreicher Menschen auf Transporten erklärt.<sup>3</sup>

Andere Zahlen gibt Kopalin 1996 an.<sup>4</sup> Er bezeichnet die ursprünglich angenommene Anzahl von 200.000 betroffenen deutschen Staatsangehörigen, die durch NKWD-Gerichtsverfahren oder Verwaltungsakte gemäßregelt wurden, als viel zu niedrig gegriffen. Nach seinen Erkenntnissen gab es in der SBZ 40.000 Verurteilte und etwa 180.000 Internierte. Weitere 128.000 Personen wurden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verbracht. Von ihnen verstarben dort 47.000 und 81.000 wurden im Laufe der späteren Zeit repatriiert.

Das Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR (MWD), dem die Speziallager schon 1946 vom sogenannten Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD) übergeben wurden, löste entsprechend der Bitte Piecks die noch unter seiner Verwaltung stehenden letzten drei Lager Ende 1949 auf. Von den fast 30.000 Insassen wurde eine Hälfte entlassen, die anderen den deutschen Behörden übergeben.

Soweit diese Häftlinge bisher noch nicht von sowjetischen Tribunalen abgeurteilt wurden, erfolgte die Prozeßführung jetzt völlig entsprechend den Vorgaben des MWD durch die Justizorgane der DDR. Man schreckte sogar vor Todesurteilen nicht zurück, wie die Prozesse von Waldheim beweisen.

Es ist bekannt, daß sich auch die Verfahrensweisen in keiner Weise von denen der SMT unterschieden, umfangreiche Publikationen hierzu liegen vor. Auch in den folgenden Jahren hielt sich der Machthaber SED und seine ausführenden Organe an die vom „Großen Bruder mit Erfolg praktizierten“ und vorgegebenen Erfahrungen. Wenn Berija in seinem Befehl vom 11. 1. 1945 im ersten Satz von „... tschekistischen Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen ...“ spricht, verwundert es nicht, wenn das in der DDR am 8. Februar 1950 offiziell ins Leben gerufene Ministerium für Staatssicherheit das Wort „tschekistisch“ als eine Lieblingsvokabel führte und den

3 Erler, Peter: Zur Problematik der sowjetischen Speziallager in der SBZ/DDR 1945-1950; in: Horch und Guck Nr. 2 / 1994

4 Kopalin, Leonid P., in: Erfahrungen aus den Diktaturen - Folgerungen für Gegenwart und Zukunft, Vorträge auf dem Halle - Forum III v. 18. - 20. 5. 1996

ersten Vorsitzenden der russischen Tscheka (erste sowjetrussische Geheimpolizei 1917-1922) - Felix Edmundowitsch Dzierzynski - als Idol und Leitfigur ansah.

Alle Aktivitäten des Repressionsregimes in der DDR wurden im Auftrage der SED durch ihren „Schild und Schwert der Partei“, das MfS, durchgesetzt. Das Mielke-Ministerium kontrollierte alle anderen Organe und leitete sie entsprechend der „tschekistischen Erfahrungen“ an. Das betraf vor allem die Volkspolizei und hier speziell das sogenannte Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei (AG I oder K I), aber auch die Justiz und die Strafvollzugseinrichtungen. Es durchsetzte diese Institutionen mit Inoffiziellen Mitarbeitern und mit getarnten MfS-Mitarbeitern, den sogenannten Offizieren im besonderen Einsatz (OibE).

Nichts sollte unkontrolliert bleiben, alle Zwischenfälle „tschekistisch“ untersucht werden. Dazu wurde das spezielle Untersuchungsorgan des MfS, die Abteilung IX, geschaffen, die neben den offiziellen staatsanwaltlichen Ermittlungsorganen oft allein die Untersuchungen führte.

In allen 14 Bezirken der DDR und in der „Hauptstadt der DDR Berlin“ wurden bei den Bezirksverwaltungen (BV) des MfS gesonderte Untersuchungshaftanstalten eingerichtet, in denen mit zunehmend „verfeinerten“ Methoden auf die politischen Häftlinge psychischer Druck ausgeübt wurde um sie, wie es vormals der KGB mit brutalen Mitteln tat, zu Geständnissen zu zwingen. Daß praktisch alle so Betroffenen jahrelang der ihnen anbefohlenen Schweigepflicht nachkamen, kann als ein Hinweis gewertet werden, wie nachhaltig dieser Druck wirkte.

Erst heute wird uns die Parallelität der Verfahrensweisen von NKWD und ihren deutschen Nachahmern immer genauer bewußt. Es darf nicht geschehen, daß spätere Generationen erneut von solchen menschenverachtenden Systemen und ihren Handlangern unterdrückt werden. Die Erinnerungen müssen wachgehalten werden, dazu gehören auch die bildlichen Darstellungen von Orten der Gewaltanwendung.

## Legende zur Ortsübersicht Magdeburg

- 1 ehemalige sowjetische Kommandantur Rothensee, Oebisfelder Straße 29
- 2 ehemalige sowjetische Dienststellen und Kommandantur Klausener Straße (früher Westendstraße)
- 3 ehemalige sowjetische Kommandantur Porsestraße
- 4 Justizpalast und Haftanstalt Magdeburg, Halberstädter Straße 8
- 5 ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS Magdeburg, Umfassungstraße 76 am Moritzplatz
- 6 letzte Kommandantur der GUS-Truppen bis zu deren Abzug 1992, Magdeburg, Jean-Burger-Str. 8-10
- 7 Standortkommando der 3. Stoßarmee der GUS-Truppen Magdeburg, Gerhart-Hauptmann-Straße 24-26
- 8 Ernst-Thälmann-Haus, Sitz der ehemaligen SED-Bezirksleitung Magdeburg, Gerhart-Hauptmann-Straße 16
- 9 Gebäude der Verwaltung des früheren Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg, Damaschkeplatz; später Rat des Bezirkes Magdeburg,
- 10 Komplex der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung, Magdeburg, Kroatenweg 56-67
- 11 ehemalige MfS-Kreisdienststelle Magdeburg, Rathenaustraße
- 12 ehemalige Kreis-Einsatzleitung Magdeburg, im Fort 12 der ehemaligen Festung Magdeburg, Kulturpark „Rotes Horn“
- 13 ehemaliges Kreisgericht Magdeburg-Mitte, Otto-v.-Guericke-Str. 65
- 14 ehemaliges Kreisgericht Magdeburg-Nord, Hamburger Straße 11
- 15 Bezirksbehörde der (ehemaligen) Deutschen Volkspolizei (BDVP) Magdeburg, Halberstädter Straße 2
- 16 Volkspolizeikreisamt (VPKA) der (ehemaligen) Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Komplex zwischen der Hallischen Straße und der Straße der Jugend
- 17 ehemalige Bezirksschule für Zivilverteidigung Magdeburg, Lerchenwuhne im Fort 6 der ehemaligen Festung Magdeburg

## Darstellung der einzelnen Haftstätten in Magdeburg 1945-1989 mit Berichten Betroffener

Die nachfolgenden Berichte einzelner Betroffener zeigen, daß von den deutschen Informanten des NKWD gegebene Hinweise über Verdächtigungen ausreichten, um Mitmenschen z. T. jahrelang dem stalinistischen Terror auszuliefern. Die Besatzungsmacht legte ihre Befugnisse willkürlich aus und verhaftete wahllos.

Die Einlieferung erfolgte gezielt in Gefängnisse oder in die nächsten Ortskommandanturen, wobei man angeblich immer nur eine kurze Befragung vornehmen wollte. An solchen Lügen sollte sich auch später bei Vorladungen „zur Klärung eines Sachverhaltes“ bis zum Ende der DDR nichts ändern.

### Die Sowjetische Kommandantur in der Oebisfelder Straße

Eine Kommandantur befand sich in der Oebisfelder Straße 29 in Magdeburg-Rothensee. Nach Angaben von heutigen Bewohnern nutzte nach dem Auszug der russischen Dienststelle die deutsche Transportpolizei die Räume, ehe sie der zivilen Verwendung übergeben wurden. Das ist gegen Ende der 40er Jahre geschehen, denn 1950/51 sind bereits 14 Mieter eingezogen. Sie bestätigten, daß die Kellerräume damals ohne Beleuchtungseinrichtungen genutzt wurden. In einen dieser Keller wurde auch der 22-jährige Magdeburger Walter Schulz verbracht.

### W. Schulz

Am 28. 4. 1945 geriet er als Soldat einer Sturmgeschützeinheit in Magdeburg in Gefangenschaft. Er befand sich beim Einmarsch der Amerikaner auf Geneigungsurlaub, nachdem er bei harten Kämpfen um Woronesh schwer verwundet worden war.

Nach Aufhalten in verschiedenen Gefangenenlagern wurde er am 13. 12. 1945 aus dem „Camp Ter Hulpe“ in Belgien, einem britischen Lager, entlassen und traf am 31. 12. 1945 in Magdeburg ein. Als gelernter Modelltischler nahm er seine Arbeit im Betrieb seines Großvaters auf.

Am 9. 1. 1946 besuchten sein Freund Horst K. und er die Gloria-Lichtspiele in Magdeburg-Neustadt um sich einen Spielfilm anzusehen. Bei dem dabei vorher laufenden Propagandafilm mit einer Verherrlichung Stalins machte K. eine abfällige Bemerkung über Stalins schneeweiße Litewka. Ein in der Nähe sitzender Zuschauer verließ daraufhin kurz danach die Vorstellung, die jungen Leute schöpften keinen Verdacht.

Als sie aus dem Kino kamen, stand der Besucher mit anderen Männern bereit und wies auf die zwei Freunde. W. Sch. ahnte etwas und es gelang ihm, zu entkommen. Das Schicksal seines Freundes blieb unklar.

Zu Hause angekommen, berichtete er seinen Angehörigen davon. Sein Bruder meinte, wenn er die Nacht ungestört schlafen könne, sei K. ebenfalls entkommen. Aber der Schlaf wurde gestört, Gewehrkolben schlugen an das Hoftor und drei uniformierte Russen und ein Deutscher drangen ein. „Du Walter Schulz - mitkommen!“. Die Mutter wollte ihrem Sohn noch Brote mitgeben, ein Russe aber sagte: „nix chleb, nur halbe Stunde dann wieder da“.

Walter Schulz wurde erst einmal unter Bewachung zur Oebisfelder Straße 29 in Magdeburg- Rothensee gebracht. Hier hatte sich die Besatzungsmacht in einem Mehrfamilienhaus niedergelassen. Posten bewachten die Eingänge und Kellerfenster der Kommandantur, die oberen Räume wurden als Büros im weitesten Sinne genutzt. Es erfolgte ein kurzes Verhör zu Namen und Geburtsdaten sowie Wohnort, dann wurden ihm alle Gegenstände und die persönlichen Papiere abgenommen. Darunter befanden sich neben dem Gesellenbrief und dem Entlassungsschein aus dem Kriegsgefangenenlager auch Bilder der Familie und zwei Aufnahmen, die ihn als Panzersoldaten in schwarzer Uniform zeigten. Später wichtig wurde eine Bescheinigung aus einem amerikanischen Camp, die W. Sch. bescheinigte, daß er im Lager eine amerikanische Uniformhose erhalten habe und sie auch nach der Entlassung tragen dürfe.

Danach ging es in einen unbeleuchteten Keller des Gebäudes, in dem er bis zum 11. Januar eingesperrt blieb. Manche der Posten im Gang achteten streng auf das „nix sprechen“ für die Gefangenen, die sich in Einzelhaft befanden. Andere zeigten menschliche Züge und so bot einer Walter Schulz eine Machorka-Zigarette an. Die Frage des Russen: „spitzki?“ konnte Sch. nicht beantworten, als entsprechende Gesten ihm begreiflich machten, daß Streichhölzer gemeint sind, zeigte er nur die vorher ausgeleerten Hosentaschen. Obwohl Nichtraucher hatte er die sicher gut gemeinte Gabe angenommen, eine Ablehnung wäre vielleicht falsch verstanden worden.

Die Kommandantur in Rothensee war nur ein kurzzeitiger Sammelort für Verhaftete, andere Opfer brachte man direkt ins Gefängnis beim Gerichtsgebäude oder in die Hauptkommandantur Porsestraße.

Seinen Freund Horst K. traf Walter Sch. erstmals am 11. Januar wieder, als beide unter Bewachung mit der Straßenbahn ins Stadtinnere gebracht wurden. Fahrgäste fragten verwundert, ob sie verhaftet wurden und wo sie hin sollen, eine Antwort konnten beide nicht geben. Man riet ihnen, doch einfach beim nächsten Halt der Bahn zu fliehen, K. wollte das tun. Aber W. Sch. hielt ihn zurück, weil man sicher sonst die Angehörigen verhaftet hätte. Für den Vater von W. Sch. wäre das sicherlich besonders bedenklich geworden, denn



**Ehemalige Sowjetische Kommandantur**, Oebisfelder Straße 29, Magdeburg-Rothensee (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



**Kellereingang** (Foto: Walter Schulz, 1994)

er war in der Vergangenheit Leiter eines Polizeireviere gewesen. Wie Walter Schulz heute sarkastisch sagt, sei das die „einzige Gelegenheit für die nächsten 10 Jahre gewesen, um zu flitzen“.

Man lieferte beide in der Porsestraße ab, die durch einen Bretterzaun von den übrigen Nebenstraßen abgesperrt war. Sie wurden im Haus Nr. 9, einer früheren hochfeinen Fabrikantenvilla, getrennt in Kellerräume gesperrt. Sch. fand hier schon andere Männer und auch eine Frau vor, konnte auf deren Fragen nach dem „Warum“ aber auch nichts erklären. Die Verhältnisse in dieser Zelle (und sicher auch allen anderen) waren unbeschreiblich. So erzählt W. Sch. u. a., daß für die kleine Notdurft nur eine alte Milchflasche vorhanden war, die dann aus dem Kellerfenster gegossen wurde.

Das Essen bestand aus zusammengegossenen Resten der Küche der Russen, „gewürzt“ mit abgebrannten Streichhölzern, Kippen und sonstigem Abfall.

Nachts begannen die Verhöre in den Räumen der oberen Etagen. Schläge mit Gummiknüppeln, Feuerhaken und Fäusten oder Tritte begleiteten die Fragen. Die ersten Zähne wurden ausgeschlagen, man brüllte W. Sch. an: „Du Faschist, SS-Mann“. Er verwies darauf, daß er keine unter dem Arm eintätowierte Blutgruppe habe, wie sie bei der SS üblich war und das außerdem auch die Panzertruppe schwarze Uniformen getragen hätte. Nach längerer Zeit ließ man diese Beschuldigung fallen und behauptete nun, er sei amerikanischer Spion, der englische Entlassungsschein sei gefälscht und man habe darüber „versteckte Dokumente“. Man bezog sich vielleicht auf die Bescheinigung der Amerikaner oder was immer das auch bedeuten mochte. Diese Behauptung war aber noch unsinniger als die erste, und so erzielten die NKWD-Vernehmer keine Ergebnisse in den Verhören.

Walter Schulz wurde zur Weiterbehandlung am 28. 1. 1946 mit einem Pritschenwagen in das Gefängnis beim Gerichtsgebäude Magdeburg überstellt. Über seine dort gemachten Erfahrungen berichtete er später weiter.

### **Die Sowjetische Kommandantur in der Westend- (Klausener) Straße**

Die Westend- (später Klausener) Straße befindet sich in Magdeburg-Sudenburg. Sie war bis zum Jahre 1945 eine vornehme Wohngegend mit zahlreichen Villen von Ärzten, Fabrikanten oder Geschäftsleuten und anderen Bürgern Magdeburgs.

Die Sowjetische Armeeleitung beschlagnahmte fast ausnahmslos alle Gebäude und schloß die Straße im Norden und Süden durch Bretterzäune von der Umgebung ab. Das Gelände wurde streng bewacht, wie weit es sich ab Juni 1945 ausdehnte, kann heute nicht mehr mit Sicherheit festgelegt werden. Noch im letzten amtlichen Einwohnerverzeichnis der Stadt Magdeburg aus den Jahren 1950/51 sind die Häuser auf der westlichen Seite der Straße

(Nr. 35-51) als „unbewohnt“ eingetragen, eine Verfahrensweise, die für alle Objekte der Roten Armee üblich war. Ob diese Grundstücke über 1950 hinaus beschlagnahmt blieben, ist unklar.

Welche Dienststellen der Russen dort tätig waren, war der deutschen Zivilbevölkerung lange unbekannt, offiziellen Zutritt hatten nur wenige Deutsche. Es handelte sich um einige Frauen, die als Reinigungskräfte Wohnungen von Offizieren zu betreuen hatten. Auch sie durften nur in wenigen Häusern im nördlichen Teil der Straße arbeiten.

Innerhalb des Objektes gab es noch nach 1950 zwei Areale, die untereinander durch Zäune abgetrennt waren. Der nördliche Teil vom Rundplatz bis zur Lutherstraße (Areal 01) umgrenzte die Grundstücke Nr. 33-25 und 34-24, die z. T. als Wohnungen genutzt wurden. In Nr. 24 befand sich das „Magazin“ (Kaufhalle), die Nr. 33 beherbergte den Fuhrpark.

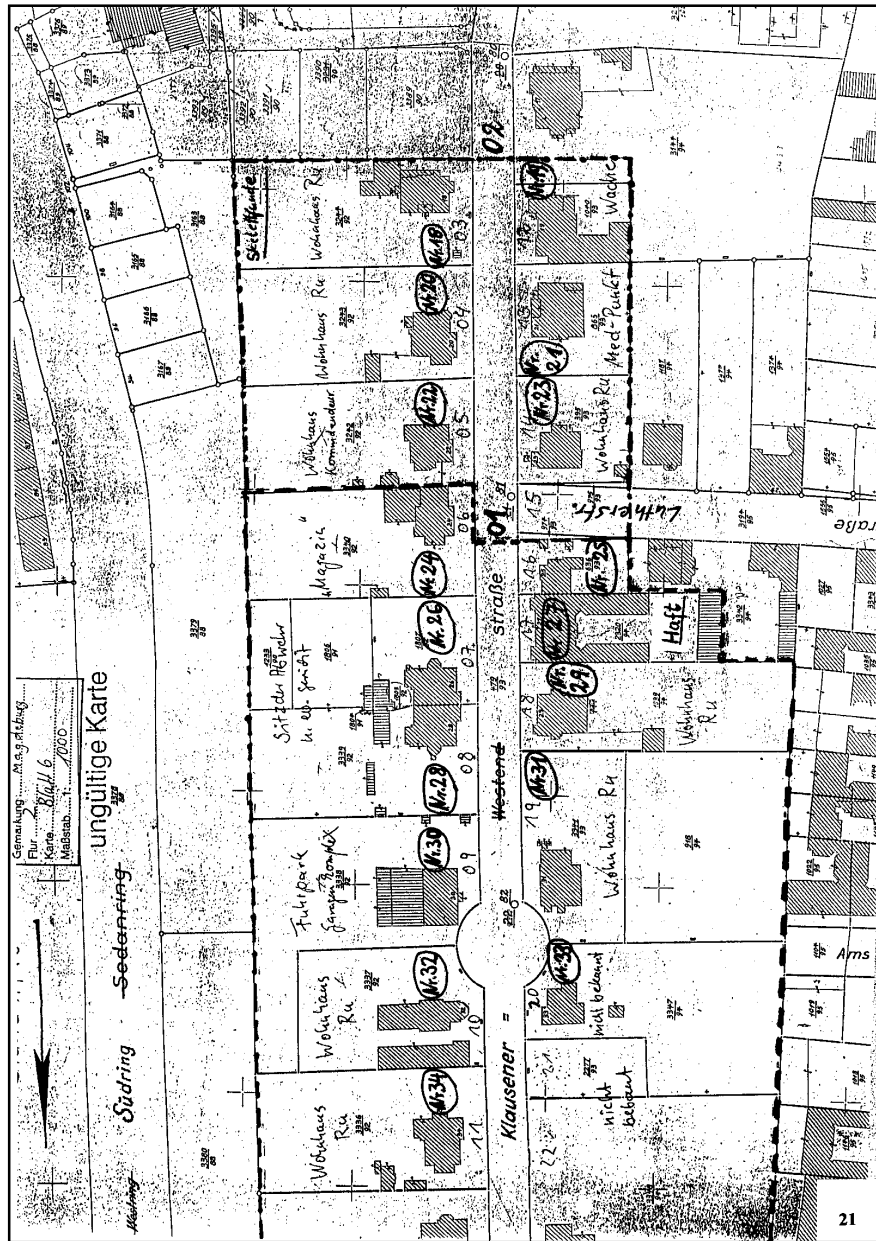
In dem Doppelhaus Nr. 26/28 arbeitete die Zentrale des NKWD der Garnison, wahrscheinlich wirkten auch die „Tribunale“ hier. Unmittelbar schräg gegenüber befand sich in Nr. 27 das Gefängnis.

Günter Sch. und andere von den Russen festgenommene Personen berichteten, daß im Keller des Hauses zehn Zellen vorhanden waren. Sie lagen alle an der einen Seite des Kellerganges. Diese Aussagen der Betroffenen finden ihre Bestätigung in den alten Bauunterlagen des Gebäudes Nr. 27. Es handelte sich um ein 1886 erbautes mehrstöckiges Haus mit zwei Seitenflügeln und einem Anbau, der den Hof auf der Westseite abschloß.

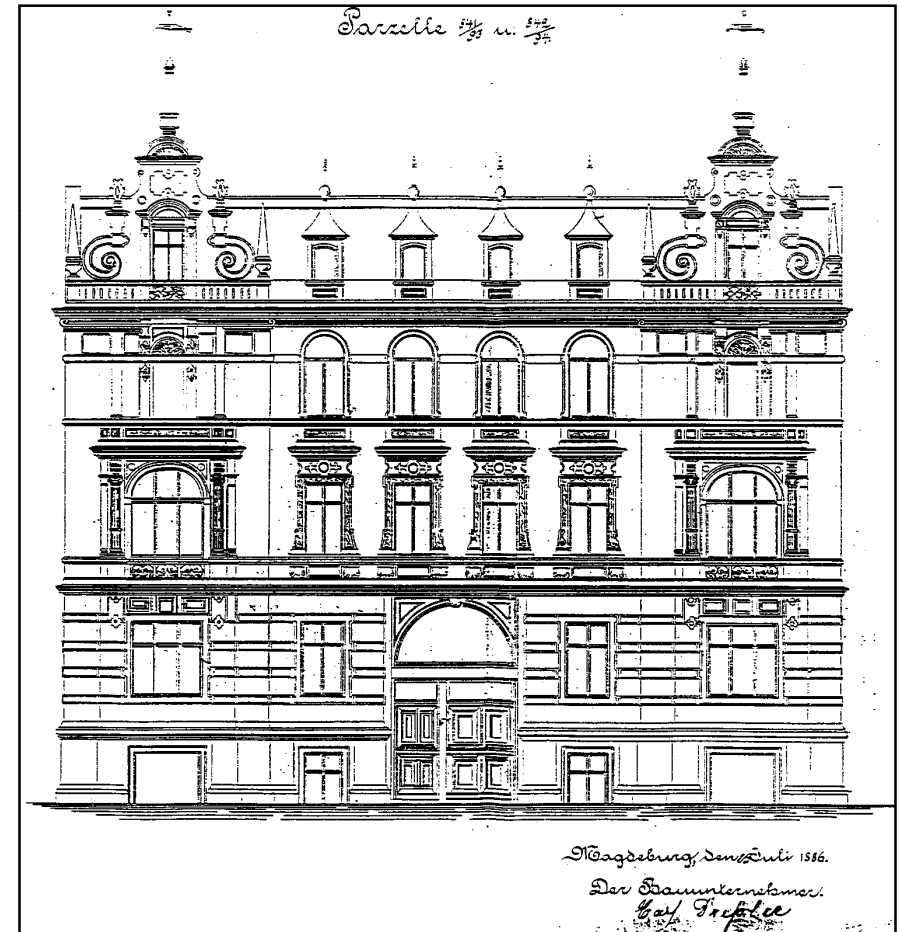
Wann dieses Gebäude zusammen mit dem unmittelbar benachbarten kleinen Haus Nr. 25 noch von der russischen Besatzungsmacht abgerissen wurde, ist nicht bekannt. Über die Gründe, ein im Krieg von Luftangriffen verschontes intaktes Wohnhaus dem Erdboden gleich zu machen, kann man Spekulationen anstellen. Noch heute ist die Stelle unbebaut.

Daß sicher auch in anderen Häusern zeitweise festgenommene Personen eingesperrt waren, geht aus Schilderungen weiterer Betroffener hervor. So wurde eine in diesem Gelände als Reinigungskraft beschäftigte deutsche Frau zusammen mit einer befreundeten russischen Dolmetscherin mehrere Tage im Obergeschoß einer Villa festgehalten. Während dieser Zeit hörte sie nachts aus den Kellern wiederholt Schreie von Frauen und Männern. Sie wurde freigelassen ohne zu erfahren, was mit der Russin geschehen war.

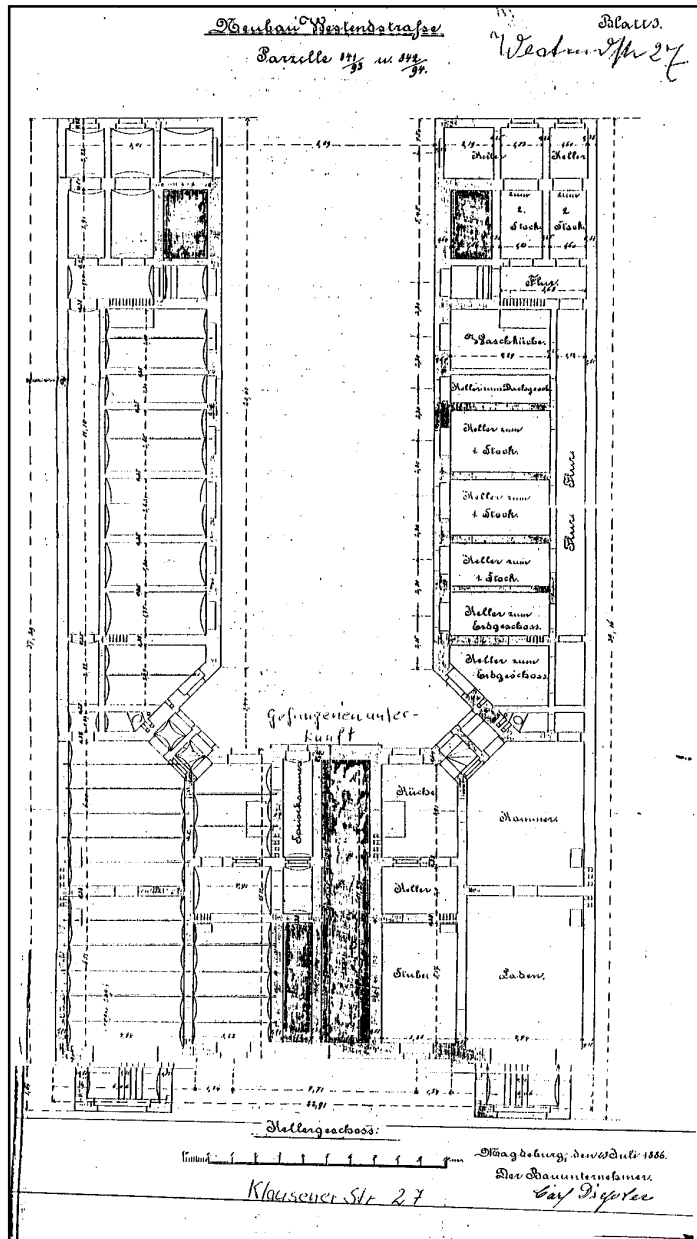
Der kleinere, südliche Teil des Militärobjektes Klausener Straße (Areal 02) umfaßte die Grundstücke 19-23 und 22-18. Die Umzäunungen des Areals 01 wurden ab Mitte der 60er Jahre bis zur Höhe der Lutherstraße zurückgenommen, erst Anfang 1970 die Klausener Straße wieder für den Durchgangsverkehr freigegeben. Trotzdem befand sich das Amtsgebäude und der Wohnsitz des Kommandanten weiter in den Häusern 20 und 22, eine Krankenstation,



### Lageplan der Gebäude in der Klausener Straße



Klausener-(Westend-)Straße 27, Fassade zur Straße  
(Stadtarchiv Magdeburg, Sign. 1528)



Kellergeschoß (Stadtarchiv Magdeburg, Sign. 1528)



Gelände der Sowjetischen Kommandantur Westend-(Klausener-) Straße, Magdeburg-Sudenburg (Foto: Victoria Kühne, 1994)



Gebäude der Kommandantur, Klausener Straße 20 (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



**Gebäude des ehemaligen Hospitals**, Klausener Straße 21  
(Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Klausener Straße 21, **Hofseite** (Foto: Fredi Fröschki, 1997)

ein sogenannter „Med.-Punkt“, in Nr. 21. Auch für diesen Teil der Straße waren im Verzeichnis von 1950/51 die Häuser als „unbewohnt“ verzeichnet. Dazu rechnete auch das schon seit 1946 von der SED-Stadtbezirksleitung genutzte Haus Nr. 13!. Für das Grundstück Nr. 18 wurden allerdings die deutschen Bewohner namentlich aufgeführt. Es handelt sich um den Direktor der Landesfrauenklinik Magdeburg, OMR Dr. Penkert, und vier weitere Personen, die nach wie vor am Rande der sowjetischen Garnison lebten.

Bei Bauarbeiten wurden 1994 auf dem Gelände des Areals 02 Skelette von jungen Menschen gefunden, deren Todesursache unklar ist. Sie scheinen zwischen 1945 und 1953 verstorben zu sein. Es soll sich wahrscheinlich um Angehörige der Sowjetischen Armee handeln. In diesem Zusammenhang wurde in der Presse die Vermutung geäußert, das es sich bei dem Haus Nr. 21 um das Gefängnis gehandelt haben könnte. Diese Vermutung ist falsch. Noch bis zum Abriß im Januar 1998 konnte man in allen Räumen und Kellern einen intensiven Geruch nach Desinfektionsmitteln wahrnehmen. Fast im gesamten Erdgeschoß waren die Wände deckenhoch gefliest, teilweise waren eingebaute Isolierkabinen vorhanden, was die frühere Nutzung für medizinische Zwecke bestätigt. Hinweise für eine Verwendung als ehemaliges Gefängnis konnten besonders im Keller nicht gefunden werden. Es waren weder Türen noch Reste davon vorhanden, im original erhaltenen Wandputz fanden sich zudem an keiner Stelle eingeritzte Zeichen oder Namen, die auf Gefangene schließen ließen.

Eine Luftaufnahme aus dem Jahre 1994 zeigt das zuletzt noch von der GUS-Armee teilweise genutzte Gelände des Areals 02 (siehe Abbildung S. 17).

#### Günter Sch.

Am 10. Dezember 1945 überfiel ein bewaffneter Rotarmist Günter Sch., der mit seinem Vater auf einem Pferdefuhrwerk in der Nähe ihres Heimatortes unterwegs war. Der Soldat verlangte Wertgegenstände und Geld und drohte, Vater und Sohn zu töten. Es gelang ihnen, sich gegen den bewaffneten Russen zu wehren und ihn dabei niederzuschlagen. Wieder in ihrem Dorf angekommen, zeigten sie den Vorfall bei den Behörden an.

Am Tage darauf wurden sie unter der Beschuldigung des Mordversuches an einem russischen Soldaten verhaftet. Günter Sch. und sein Vater, der wegen seiner jahrelangen Invalidität nie zur Wehrmacht einberufen war, wurden tagelang im Stadtgefängnis von Arendsee und später in einem GPU-Keller in einer Mühle verhört, dabei mit Knüppeln geschlagen, getreten und anderweitig mißhandelt.

Günter Sch. mußte wiederholt „Geständnisse“ in russischer Sprache unterschreiben, ohne daß er über den Inhalt informiert wurde. In einem Prozeß wurde der Vater zum Tode und der damals erst 15-jährige Sohn zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt. Das geschah, obwohl inzwischen gegen den Straßenräuber aus den Reihen der Roten Armee ein Strafverfahren abgeschlossen worden war, in dem eindeutig dessen Schuld bei dieser und anderen ähnlichen Straftaten bewiesen wurde.

Den Vater „begnadigte“ man am 13. März 1946 zu 10 Jahren Arbeitslager, wie er selber seinem Sohn mitteilte. Der aber glaubte, daß das Strafmaß 25 Jahre betrug und sein Vater ihm diese bittere Wahrheit nur nicht sagen wollte.

Günter Sch. und sein Vater wurden am 31. 1. 1946 nach Magdeburg in die Westend- (Klausener) Straße gebracht und dort getrennt in die Kellerräume eines Hauses gesperrt, Günter Sch. mit 19 Russen in einen völlig überfüllten Raum. Zuvor hatte er alle seine Kleidung bis auf die Unterhose ablegen müssen. Den Vater sperrte man mit anderen zum Tode Verurteilten in eine Sonderzelle.

Zur Nacht durften sich alle Gefangenen ab 22 Uhr auf den Fußboden legen, die „Nachtruhe“ dauerte bis 6 Uhr. Ununterbrochen leuchtete das starke Deckenlicht. Für die Notdurft gab es nur ein altes Faß. Essen wurde in 3 Waschkücheln gefüllt und mehrere Personen „aßen“ wie die Tiere gemeinsam.

Fast jeden Abend wurde auf dem Hof des Gefängnisses der Motor eines Motorrads angelassen und einige Zeit mit Vollgas betrieben. Trotz des Lärms waren in den Kellerzellen Schüsse zu hören und die Gefangenen und er glaubten, daß es sich um Hinrichtungen von Häftlingen der „Todeszelle“ handelte.

Am 4. 2. 1946 erhielt Günter Sch. überraschend seine Hose und dazu die Joppe seines Vaters, weil ein Transport zusammengestellt werden sollte. Man kann nachfühlen, welche Gedanken sich der Junge über das Schicksal seines Vaters gemacht hat.

Auf einem offenen LKW wurden er, zwei weitere Deutsche und eine größere Zahl Russen nach Frankfurt/Oder gebracht, wo sie dann unter Bewachung einige Zeit vor einem geschlossenen Tor warten mußten, bis der Lagerkommandant erschien. Die Russen wurden ins Lager gebracht, für die Deutschen wurde befohlen: „Fritzens raustreten“. Sie mußten wieder den LKW besteigen und wurden durch Frankfurt gefahren. In einem ehemaligen Hotel mußten sie mit ihren 14 Bewachern in einem Zimmer übernachten, die Deutschen auf dem Fußboden. Zum ersten Mal erhielten sie reichlich „Kascha“ und konnten sich sattessen.

Am nächsten Morgen gab es Brot, dann ging es zum Bahnhof und über Berlin zurück nach Magdeburg. Den letzten Teil des Weges wieder in die Klausener Straße legten sie mit der Straßenbahn zurück. Erneut war es das gleiche

Gefängnis, die Zellen voller Russen und Deutscher, die Verpflegung bestand jetzt aus dünner Fischsuppe und klitschigem Brot.

Am 13. März brachte man überraschend Günters Vater in seine Zelle, sie blieben von da an weiter zusammen. Mit offenen LKW transportierte man am 12. 4. 1946 zahlreiche Gefangene nach Pritzwalk und von dort in Güterwagen weiter nach Neustrelitz. Den Rest des Weges bis zum Gefängnis Alt-Strelitz mußten die Gefangenen abends zu Fuß zurücklegen, sie wurden von russischen Posten mit Hunden eskortiert.

Am 16. 9. 1946 wurden hier ungefähr 1000 männliche und 100 weibliche Gefangene auf LKW oder Traktorenanhänger geladen, dort wie Kartoffelsäcke verstaut und mit Handschellen aneinandergekettet. Nach mehrstündiger pausenloser Fahrt erreichten sie abends das Lager Sachsenhausen, in dem sie bis 1950 inhaftiert waren. Den Vater verlegte man am 6. 2. 1950 weiter nach Thüringen und von dort nach Waldheim, wo er schwer Tbc-krank 1953 entlassen wurde. Günter Sch. konnte am 9. 2. 1950 in seinen Heimatort zurückkehren.

### Die Sowjetische Kommandantur in der Porsestraße

Die erste Hauptkommandantur der sowjetischen Armee befand sich von 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre in einem Gebiet, das von einem Teil der Porsestraße, dem Mühlberg und der Schönebecker Straße (die dann in „Straße der Deutsch-Sowjetische Freundschaft“!! umbenannt wurde) umgrenzt ist. Hier befindet sich das Mehrfamilienhaus Schönebecker Str. 1 mit dem Eingang von dieser Straße aus, das aber bis in die Porsestraße reicht. Es schließen sich daran die Gebäude in der Porsestraße 1 - 3 - 5 - 7 an. Daneben liegt mit Nr. 9 die ehemalige Fabrikantenvilla, deren eine Front in den Mühlberg zeigt.

Auch hier wurde das ganze Gelände durch einen Bretterzaun von der Umgebung abgetrennt und als militärischer Sperrbezirk streng bewacht.

In der Villa befand sich der Hauptsitz des NKWD mit den Kommissaren, ihren Helfern und die Kommandantur. Die Räume aller anderen Häuser wurden als Vernehmerzimmer und Verwaltungsbüros verwendet, die Keller waren Hafträume für unzählige deutsche Männer, Frauen und auch Kinder. Für die meist grundlos und oft wahllos verhafteten Personen begann hier eine fast immer jahrelange Haftzeit, die viele nicht überstanden haben.

Gleichzeitig wurden hier russische Soldaten und Offiziere gefangen gehalten, die irgendwelcher Vergehen verdächtigt wurden.

Nach der Gründung der DDR wurden die einzelnen Kommandanturen aufgelöst. Die in der Porsestraße 1-7 beschlagnahmten Wohnungen wurden geräumt und wieder dem ursprünglichen Zweck zugeführt. Im letzten amtlichen Adreßbuch Magdeburgs von 1950/51 sind sie aber noch wie üblich als „unbe-



**Gebäudekomplex der ehemaligen Sowjetischen Kommandantur,**  
Magdeburg, Schönebecker Straße 1 und Porsestraße 1-3-5-7  
(Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Schönebecker Straße 1 und Porsestraße 1-3-5 (Foto: Fredi Fröschki, 1997)

**Eingang und Hof**  
Schönebecker Straße 1  
(Foto:  
Fredi Fröschki, 1997)





Porsestraße 3  
(Foto: Fredi Fröschki, 1997)



K.-H. Sch. in seiner ehemaligen Zelle in der  
Porsestraße 3  
(aus der Tagespresse)

wohnt“ geführt, ebenso die Villa Nr. 9 und die Häuser Nr. 4-14 auf der gegenüberliegenden Straßenseite von der Schönebecker Straße bis zum Porse-Privatweg. Sie lagen ebenfalls im Sperrbezirk.

In der Villa wurde anfangs der Rat des Stadtbezirkes Magdeburg Süd-Ost als staatliche Verwaltung angesiedelt bis von 1975-1990 die SED-Stadtleitung Süd-Ost das attraktive Gebäude übernahm. Heute gehört es der Nachfolgerin dieser Partei, der PDS, die dort jetzt einen „Cotton (Jugend-) -Club“ betreibt.

W. Schulz hat 1990 bei seinem ersten freiwilligen Aufenthalt an den ehemaligen Stätten seiner Haft auch dieses Haus aufgesucht und den „erstaunten“ Nutzern von der PDS in den Kellern zahlreiche in die Wände eingeritzte russische Namen gezeigt, konnte es damals aber leider nicht fotografisch festhalten. Erst bei einem erneuten Besuch im Mai 1994 gelang es ihm, hier zu filmen. Zu dieser Zeit waren aber praktisch alle diese Dokumente durch die neuen Nutzer getilgt, eine der Inschriften konnte er allerdings noch finden. An der Außenseite der Villa am Aufgang der Freitreppe an der Hinterseite entdeckte er noch weitere Ritzungen, deren Ursprung und Sinn sich heute aber nicht mehr klären läßt.

#### K.-H. Sch. †

Nach Abschluß seiner Ausbildung als Chemiebetriebsjungwerker im Januar 1945 begann er ein Studium der Chemie, das er aber aus Protest gegen den gleichzeitig obligatorischen Unterricht in Marxismus-Leninismus als angeblicher Voraussetzung für eine naturwissenschaftliche Ausbildung abbrach. Aus seiner Abneigung gegen diesen Unterricht machte er keinen Hehl. Er wurde dann Arbeiter in einer Metallgießerei in Magdeburg.

Am 27. 7. 1949 wurde er auf dem Nachhauseweg in der Freien Straße in Buckau von einem Zivilisten erwartet und „zur Klärung einer Routinesache auf dem Polizeirevier“ aufgefordert. Auf dem Wege dorthin stellte Sch. fest, daß sie eine zweite Person begleitete, und er landete dann in der Porsestraße. Die nächsten 3 Wochen verbrachte er darauf in einem ehemaligen Kohlenkeller ohne ausreichende Lüftung, ohne Waschmöglichkeit und sanitäre Einrichtungen.

Immer nachts wurde er zum Verhör geholt, das verschiedene russische Offiziere vornahmen, häufig wurde dabei geprügelt. Es gab aber auch seltene Ausnahmen: ein böse aussehender pockennarbiger Vernehmer, von dem er nichts Gutes erwartete, erwies sich als Mensch. Seine „Vernehmung“ war nur eine formale Pflichterfüllung. K.-H. Sch. saß vor ihm auf dem Schemel und hörte ganz selten eine Frage. Der Russe beschäftigte sich mit anderen Dingen, und nur wenn Schritte auf dem Gang zu hören waren, machte er „Protokollnotizen“. Anders dagegen ein adrett mit Schlips und Kragen auftretender Offizier, der die deutsche Sprache perfekt beherrschte und eigentlich



**Hauptsitz des NKWD 1954-1950**, Porsestraße 9 (ehemalige Fabrikantenvilla)  
(Foto: Walter Schulz, 1990)



Eingang 1997 (Foto: Fredi Fröschki)



Gartenseite der Villa Porsestraße 9, Inschrift am ersten Pfeiler der Aussentreppe  
(neben der Trafo-Station) (Foto: Walter Schulz, 1990)



(Foto: Klaus Kramer (1997))



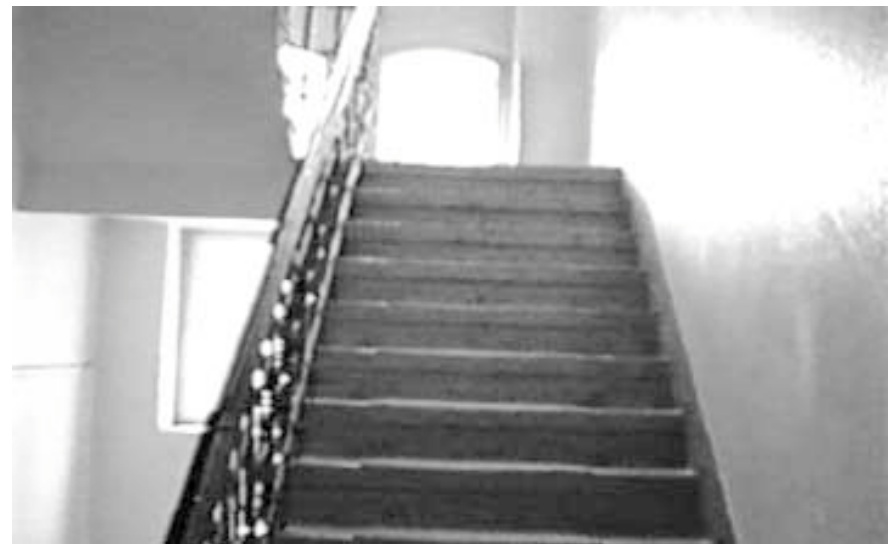
Inschrift am Pfeiler der Außentreppe (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Putzritzung im Keller Porsestraße 9 (Foto: Walter Schulz, 1994)



**Zugang zu den früheren Zellen im Keller, Porsestraße 9**  
(Foto: Walter Schulz, 1994)



**Aufgang vom Keller zu den oberen Räumen, Porsestraße 9**  
(Foto: Walter Schulz, 1994)

harmlos aussah, aber mit Schlägen und Tritten brutalste Methoden anwendete. Er ließ Sch. drei Tage hungern, setzte ihm dann Nahrung vor und verlangte dann: „Nun zur Sache, mein Freund!“

K.-H. Sch. sollte endlich antisowjetische Propaganda zugeben und vor allem, daß er russisch sprechen könne. Beides traf nicht zu, aber durch die Haftbedingungen und die Verhörmethode war Anfang August sein Widerstand gebrochen, Sch. unterschrieb ein Protokoll mit unbekanntem Text in russischer Sprache.

Danach wurde er am 8. August 1949 mit einem offenen Pritschenwagen von Magdeburg nach Halle transportiert und in den Roten Ochsen eingeliefert, wo am 14. 12. 1949 seine Verurteilung erfolgte.

Die Mitglieder des Militärtribunals sprachen russisch, ein schlechter Dolmetscher radebrechte die Anklage auf deutsch und nach kurzer „Verhandlung“ lautete das Urteil:

„25 Jahre Zwangsarbeit wegen antisowjetischer Propaganda“.

Bis März 1953 durchlitt K.-H. Sch. die Verhältnisse in dem Zuchthaus Bautzen, dann bis zum August 1956 in Torgau, am 8. 8. 1956 wurde er nach Magdeburg entlassen.

Er nahm hier eine Arbeit auf und lernte seine spätere Frau kennen. Eines Tages erschienen Mitarbeiter der Staatssicherheit und versuchten, ihn als Spitzel anzuwerben. Als er jede Mitarbeit ablehnte, wurde ihm gedroht, daß er jederzeit erneut inhaftiert werden könne. Schließlich habe er doch nur 7 Jahre abgesessen, es blieben noch immer 18 Jahre übrig und trotz der Amnestie durch Ulbricht wären davon erneut 8 Jahre denkbar.

K.-H. Sch. gelang es, durch Mithilfe eines Onkels der als Kaderleiter eines Betriebes etwas Einfluß besaß, die Werbung zur Spitzeltätigkeit abzulehnen und die Angst vor erneuter Haft zu überwinden.

Er schwieg über alle Erlebnisse und Erfahrungen die ganzen Jahre bis zur Wende 1989, auch gegenüber seiner Familie, aus Furcht vor angedrohten erneuten Repressalien. Erst wenige Jahre vor seinem Tod trat er aus dieser schmerzhaften Isolierung hervor.

#### Günter F.

Wir haben den 20. Mai 1946, das Wetter ist schön und ich bin auf dem Scharnhorstplatz in Magdeburg. Zwar kann ich nicht besonders gut laufen, denn nach einem kleinen Betriebsunfall ist ein Fuß verbunden, ich habe aber Mutter hierher begleitet. Sie sitzt auf einer Bank in der Sonne und ich sehe mich ein wenig in der Nähe um, vielleicht sind Bekannte in meinem Alter (ich bin 17 1/2) hier.

Zwei Zivilisten fragen meine Mutter nach einiger Zeit, wo ihr Sohn sei, na dort, sagt sie und zeigt auf mich. Einer von denen fordert mich darauf auf, mit ihm zum Polizeipräsidium zu kommen, ich solle eine Zeugenaussage machen. Wir gehen los, der Weg geht aber nach kurzer Zeit in eine andere Richtung. Mir wird erklärt, es sei schon richtig so. Wir kommen zur Porsestraße Nr. 3, ein dort stehender russischer Wachposten wird kurz von dem deutschen Hilfspolizisten informiert, er übernimmt mich wortlos und ich werde ohne weitere „Amtshandlungen“ in einen Keller gebracht. Erst am Abend werde ich von einem Posten in einen Raum des Hauses geführt, in dem mir von einem russischen Offizier „Werwolf- und Bändertätigkeit und Agitation gegen die Sowjetunion“ vorgeworfen wird. Ein angebliches Beweisstück - völlig verrostet - liegt auf dem Tisch, ich kann nicht genau erkennen, um was es sich handelt, es scheint ein Gewehr zu sein. Außer mir seien bereits weitere 3 Mitschuldige hier verhaftet, so der Russe weiter. Damit ist mein erster Kontakt mit der „Macht“ auch schon beendet.

Auf dem Rückweg in den Keller kommen wir an einer Waschküche des Hauses vorbei, wie sie in jedem Wohnhaus damals genutzt wird. Die Tür steht ein wenig offen und ich muß mit meinem Posten stehen bleiben. Dabei werde ich Zeuge, wie russischen Soldaten eine Deutsche auf dem Waschkessel vergewaltigen. Sicher bin ich nur zufälliger Zuschauer, mehr interessiert ist wahrscheinlich mein Bewacher.

Einige Tage passierte nichts, außer, daß mir Kleidungsstücke, unter anderem ein Mantel, in die Zelle geworfen werden. Sie sind von meiner Mutter für mich abgegeben, ich kann mir nicht erklären, woher sie meinen Aufenthaltsort erfahren hat.

Kurz danach bringt man mich in das Haus Nr. 1 und durch den Ausgang an der Schönebecker Straße zu einem dort wartenden Jeep der Russen. Man fährt mich in die Haftanstalt hinter dem Polizeipräsidium in der Halberstädter Straße in das sogenannte Frauenhaus in eine Einzelzelle im Parterre. Es werden mir die Haare geschoren, ich habe zum ersten mal in meinem Leben eine Glatze. Für die Russen scheint alles klar zu sein, denn ich werde nicht verhört. Täglich habe ich in den nächsten 4 Wochen nachmittags für ungefähr eine halbe Stunde Einzelhofgang. Von den kriminellen Häftlingen in den angrenzenden Zellen ruft man mir wiederholt deshalb und sicher auch wegen meiner Sträflings„frisur“ zu, daß ich ja wohl ein ganz besonderer Bösewicht sein müsse, der Schlimmes gegen die Russen verbrochen hat. Auch die Russen beschimpfen mich häufig als „Faschist“, denn ich trage den mir von Mutter geschickten alten Mantel eines Wehrmachtshelfers. Man hat mir bis dahin keine andere Kleidung gegeben.

Eines Tages holt man mich aus meiner Zelle, und unter Eskorte werde ich auf die Halberstädter Straße gebracht. In Höhe des Denkmals Eicke v. Repgows stoppt der eine Russe die Straßenbahn und der Sergeant und ich müssen vorn beim Fahrer einsteigen. Die Fahrt geht über die Otto-v.-Guericke-Straße in Richtung Hauptbahnhof. In der Nähe des Scharnhorstplatzes sehe ich meinen Vater, ich mache mich durch einen Pfiff bemerkbar und er winkt mir aufgeregt zu. Allen weiteren Kontakt verbietet mir der Sergeant aber sofort.

Weiter geht es durch die Kantstraße. Mir kommt der Gedanke, aus der Bahn und durch die umliegenden Trümmer zu flüchten, ich verwerfe den Gedanken aber gleich wieder. Auf dem Bahnhof muß ich mit dem Wachposten in einen russischen Militärszug einsteigen. In dem vollbesetzten Abteil werde ich gleich wieder als „Faschist“ tituliert, ein paar Worte des Sergeanten lassen dann aber Ruhe eintreten. Er scheint verträglich zu sein, denn er teilt mit mir sogar seine Marschverpflegung und dreht mir eine Machorka-Zigarette. Ich habe so etwas zwar noch nie geraucht, aus Furcht, ihn zu beleidigen, wage ich aber nicht, sie abzulehnen. Wie erwartet, wird mir davon schlecht.

In Halle angekommen, müssen wir zu Fuß zum Gefängnis gehen. Der Weg führt quer durch einen Rummelplatz, vorbei an mehreren Karussells. Es war gerade Frühlingsfest und ich werde ungläubig von vielen Leuten angegafft. Auch hier kommt mir wieder der Gedanke an eine Flucht.

Im „Roten Ochsen“, dem Gefängnis von Halle, werde ich bei der Aufnahme erst einmal gründlich „gefilzt“ und dann in eine Zelle zu 3 Russen gesteckt. Zwei von ihnen schikanieren mich auf alle mögliche Weise, der andere verhindert Schlimmeres. Er sprach ein wenig deutsch und ich nehme an, daß er mich auch weiter in Schutz nahm. Einem später zu uns gelegten Deutschen allerdings wird von allen furchtbar zugesetzt. Was mein „Beschützer“ aber nicht verhindert ist, daß ich immer nur die kleinste Essensportion zugeteilt bekomme.

Nachts haben wir uns zum Schlafen auf die Holzdielen zu legen, Decken oder gar Betten gibt es nicht. Dafür leuchtet ununterbrochen das Deckenlicht in der Zelle.

Mehrere Nächte hintereinander werde ich zum Verhör herausgeholt. Im Vernehmerzimmer plziert man mich auf einen Schemel mitten im Raum und will unsinnige Geständnisse von mir hören. Die vor mir Verhafteten hätten bereits alles gestanden, ich sei der Hauptschuldige. Wir hätten als Volkssturm Waffen versteckt, man hätte sie bereits gefunden. Mir fällt danach ein, daß wir die Knarren fortgeworfen hatten, einer von uns warf den Karabiner in einen Keller eines Ruinengrundstückes. Das wird das verrostete Ding gewesen sein, das man mir in Magdeburg schon auf den Tisch gelegt hatte. Immer wieder werde ich aufgefordert, „Du nicht lügen, ihr Patronen, Xandgranaten, - sagen wo die?“. Als Belastungszeuge wird einer der anderen Verhafteten hereingeführt und ich war erschrocken, denn er war fast nicht zu erkennen. Man hatte ihm offenbar

furchtbar zugesetzt, so entsetzlich sieht er aus. Meine Beteuerungen, wir hätten nichts und ich würde auch nicht lügen werden, in seinem Beisein bestraft. Man legt mich über den Schemel, und mit einem Elektrokabel wird mir das Gesäß blutig geschlagen. Auf solche und ähnliche Weise werden aus uns die „Geständnisse“ herausgeprügelt.

Wir sollen schnellstens von einem Tribunal verurteilt werden, es treten aber mehrfach Verzögerungen ein. Ein Mithäftling simuliert Schwachsinn, wirft mit der Brotration um sich, kippt die Suppe aus und benimmt sich in jeder Hinsicht merkwürdig. Er wird dem Psychiater zugeführt, der ihn aber für voll zurechnungsfähig erklärt und so kommt es am 5. September 1946 zur „Verhandlung“. Das Gremium ist schon ziemlich besoffen, und so sieht auch der sogenannte Gerichtssaal aus. Überall stehen und liegen Bierkästen und Schnapsflaschen herum, auf dem Tisch stehen Wassergläser, die sicher nicht für Trinkwasser gedacht waren.

Eine Dolmetscherin übersetzt uns die Anklage und das Urteil unmittelbar nacheinander. Es gibt keine Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen, an eine Verteidigung durch einen Anwalt ist überhaupt nicht gedacht.

Ein Beschuldigter wird freigesprochen, uns anderen brummt man je 10 Jahre Arbeitslager auf. Wir glauben an einen Witz und fangen an zu lachen, worauf die Dolmetscherin uns anbietet, wir könnten auch 25 Jahre bekommen. Das bringt uns schnell in die Wirklichkeit zurück und dann heißt es: „Wenn dann noch Wunsch? Satt essen oder alle zusammen in eine Zelle?“ Wir ziehen das Letztere vor, und so kommen wir gemeinsam in eine Zelle ohne Russen. Unser Simulant ist ebenfalls dabei, später trennt man ihn von uns und wir haben erfahren, daß er in die Sowjetunion in ein Bergwerk nach Stalino deportiert worden ist.

Weil wir unter uns sind, gibt es keinen Streit z. B. bei den Essenportionen, vor allem beim Mittagessen. Wir bekommen für alle eine ovale Blechschüssel, die zum Trinken der Suppe herumgereicht werden muß, Löffel sind nicht vorhanden.

Ende September oder Anfang Oktober werden wir „neu“ eingekleidet, ich habe Pech, mein langer Mantel ist verschwunden, und ich erhalte dafür nur ein zu kurzes Exemplar. Für alle gibt es eine neue weiße Mütze mit Schirm, wie man sie bei Ausflügen trägt. Als dann noch Verpflegung in Form einer Tüte mit Pellkartoffeln und einem Salzhering ausgegeben wird, ist klar, wir werden verlegt. Ein offener LKW steht bereit, und eine gemischte Truppe aus Frauen und Männern, auch einigen russischen Gefangenen darunter, müssen aufsteigen. Dann werden uns die Hände mit Riemen auf den Rücken gebunden, wir setzen uns auf den Boden, Wachen kommen dazu und ab geht die Fahrt. Vielleicht hat mancher Zuschauer unterwegs gedacht, wir machten einen kleinen Ausflug. Den russischen Gefangenen gelingt es unterwegs, die Handfesseln zu lösen, und so können wir unsere Verpflegung aufessen - man weiß ja nicht, was kommt.

Wir erreichen die alte Festung Torgau. Eine Brücke führt über einen Graben, auf der wir alle absteigen und uns entkleiden müssen. Alle Sachen werden auf einen Haufen geworfen. In der Zwischenzeit inspiziert eine russische Ärztin die männlichen und weiblichen Neuzugänge. Dann der Befehl: „Anziehen, dawai, dawai“ und zum Gaudi der Russen greift jeder von dem Kleidungsberg, was er gerade fassen kann, zum Sortieren bleibt keine Zeit.

Die Männer werden in eine Kasematte gebracht, in der Platz für ca. 30 Personen ist. Hier stehen für uns Holzpritschen, für die Notdurft ein altes 200-l-Benzinfaß. Wenn das voll genug ist, muß es von vier bis fünf Männern angehoben und auf den Hof getragen werden, wo es einfach ausgekippt wird!

Je vier Mann bekommen als Verpflegung ein Brot und eine kleine Schüssel Marmelade. Ein Messer hat keiner von uns und so wird das Brot in annähernd gleiche Teile zerrissen und in die Marmelade getunkt. Zum Mittag gibt es für fünf Mann eine Schüssel Suppe und nur einen Löffel.

In dieser Unterkunft verbringen wir ungefähr eine Woche. Danach verlegt man uns in einen gefliesten Raum, in dem wir die Nacht zubringen um am nächsten Tag auf Zellen eines festen Gebäudes verteilt zu werden.

Jeden 2.-3. Tag ist eine Desinfektion angesagt. In einem Raum, in dem sich ein Heißluftofen befindet, haben wir uns zu entkleiden und alle unsere Sachen auf Metallbügel zu hängen, die dann durch den Ofen geleitet werden. Am Ende des Durchganges hatte jeder den Bügel mit seinen Sachen schnellstens zu leeren. Man muß sehr aufpassen, um sich dabei am heißen Metall nicht die Finger zu verbrennen.

Im November 1946 geht es erneut auf Transport, diesmal landen wir in Bautzen. Ein großer Saal in der dritten Etage eines Gebäudes ist nun der Aufenthalt von mir und vielen Kameraden. Unsere Warmverpflegung haben wir uns kübelweise in Mengen zu 50 kg aus dem Erdgeschoß zu holen, die Verteilung erfolgt auf die bekannte Art, gleiches geschah mit dem Brot und der Marmelade.

Die Gefangenen beschäftigen sich, so gut es geht, mit Sticken, Nähen und anderen Handarbeiten. Die notwendigen Arbeitsmaterialien versuchen wir uns aus Lumpen und anderen Stoffresten zu zupfen, sogar Nadeln fertigen wir uns an.

Jeden Morgen erfolgte der Zählappell, der oft Stunden dauert, es treten immer wieder Differenzen auf, weil die Russen nicht richtig zählen. Das führt zu mehr oder weniger offener Heiterkeit bei uns. Ein Kamerad kann das dem Aufseher „Goldzahn“ gegenüber nicht ganz verbergen, worauf er Schläge erhält. Einige Zeit danach wird er aus unserem Saal geholt und wir haben nichts wieder von ihm gesehen. Wenn ich mich noch richtig an seinen Namen erinnere, hieß er Andre Edgar.

Von den Fenstern unseres Saales aus können wir zum sogenannten Med.-Punkt blicken, aus dem jeden Morgen die Verstorbenen abtransportiert werden. Diese Aufgabe haben Internierte, die den früheren NSDAP-Organisationen angehörten oder die sonst in dem Verdacht stehen, Nazis zu sein. Sie sind hier ohne Urteil inhaftiert.

Soweit es uns möglich ist, zählen wir die Toten und nehmen Abschied von ihnen, immer mit dem bangen Gedanken, wann man selber einer von denen werden würde. Wo die Toten begraben werden, können wir nicht erfahren. Gerüchte sprechen von Massengräbern auf einem Hügel, den die Bevölkerung „Karnickelberg“ nennt.

1948 wird der Besuch eines evangelischen Bischofs angekündigt, der die Genehmigung zu einem Gottesdienst erhalten hat. Von den Gefangenen werden bis zu 50 der noch möglichst gesund aussehenden und einigermaßen vernünftig gekleideten Häftlinge als Vorführpersonen dafür ausgewählt, auch ich gehöre dazu. In seiner Predigt deutet der Bischof eine mögliche Amnestie an und weckt damit falsche Hoffnungen.

Zuerst werden wir einmal erneut verlegt, diesmal nach Sachsenhausen, wie sich dann herausstellt. Man pfercht 50-60 Personen, Männer und Frauen, in Viehwaggons, in denen wir nur stehend oder übereinander hockend Platz hatten. Für die Notdurft steht nur ein Trichter über einem Loch im Wagenboden zur Verfügung. Verpflegung gibt es bei Zwischenhalten unterwegs, sie besteht aus Brot, Marmelade und einer Kanne Tee, dazu gibt es einen Trinkbecher. Bei der Ankunft im Lager Sachsenhausen müssen wir unter den Waggons durchkriechen, um auf die andere Seite der Gleise zu kommen, wobei mancher zwangsläufig mit den dort liegenden Exkrementen in Kontakt kommt.

Im Lager gibt es mehrere Abteilungen für die Gefangenen, die voneinander isoliert gehalten werden. Zum einen sind das wir bis zu 10 Jahren „Arbeitslager“ vom SMT verurteilten Männer und Frauen, wobei das Lager der weiblichen Insassen von unserem getrennt durch Zäune und Tore, unter der Aufsicht von Russinnen geführt wird. Ein weiterer getrennter Teil enthält die ohne Urteil internierten „NSDAP-er“. Allerdings habe ich manchmal den Eindruck, als wenn die z. T. besser als wir gestellt sind, aus ihnen setzt sich z. B. das Küchenpersonal zusammen.

In Sachsenhausen erhalte ich die Möglichkeit zu arbeiten, ich werde als Uhrmacher eingesetzt. Zwar fehlen uns anfangs Werkzeuge und Material, weil die Russen aber dringend daran interessiert sind, Beutechronometer wieder in Gang zu setzen, wird von ihnen auch das beschafft. So wurden wir langsam Spezialisten auf unserem Gebiet, wir fertigen alle fehlenden Teile wie Ketten, Gewichte und auch feinere Teile selber an, wenn sie nicht beschafft werden können. In den Quartieren der Offiziersfamilien stand danach so manche Beute-

standuhr, die in der Werkstatt der Gefangenen repariert worden war. Wir müssen sie sogar in den Wohnungen, oft bei Abwesenheit der Russen, aufstellen. Manchmal stehen dort Lebensmittel griffbereit, wir lassen uns aber nicht davon verführen. Es könnten ja bewußt gestellte Fallen sein. Lieber bedienen wir uns aus den vor den Häusern stehenden Abfalltonnen.

Allerdings werden die Reparaturbrigaden nicht nur für solche „Spezialisten“-zwecke eingesetzt sondern oft auch zur Reparatur von Türschlössern, Fensterriegeln und was alles noch anfiel. So habe ich eines Tages den Auftrag, im Frauenlager Fenster schließbar zu machen. Ein schriftlicher „Propusk“ zum Betreten dieses Teils wird mir ausgestellt mit der Anweisung, keinerlei Kontakte, welcher Art auch immer, zu den deutschen Frauen herzustellen. Trotzdem gelingt es einer Kameradin, mir bei einem der Aufträge die Adresse ihrer Mutter zuzustecken, ohne daß die Aufpasserinnen es bemerken. Für den Fall, daß ich vor ihr entlassen würde, sollte ich sie über den Aufenthaltsort ihrer Tochter informieren.

Im Lager gibt es im November 1949 die ersten massiven Gerüchte über bevorstehende Veränderungen. Auch die „NSDAP-er“ haben davon Kenntnisse verbreitet und auch ein russischer Wachtposten sagt mir gelegentlich: „Nu du bald domoi!“.

Es beginnen dann auch tatsächlich am Anfang 1950 die Entlassungsaktionen. Russische Offiziere verlesen in den Baracken Namenslisten und so auch: „F..., Gunter“. Wir müssen mit allen unseren Habseligkeiten raustreten, alle Eßbestecke und das Eßgeschirr rechts auf einen Berg werfen, die Strohsäcke nach links. Sie werden sofort abgefackelt, für uns das endgültige Signal der Entlassung.

Wir werden in einen festen Steinbau einquartiert, in dem wir noch kurze Zeit unter Bewachung durch VP in blauen Uniformen verbleiben. Hier werden wir nochmals belehrt: „Wir schenken Ihnen 6 Jahre. Sie sind ab sofort wieder gleichberechtigte Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Sicherlich werden Sie kein Interesse daran haben, zu Hause etwas über Ihren Aufenthalt hier zu erzählen, was nicht stimmt.“

Als Verpflegung erhalte ich 1/2 Brot und ca. 100 g Leberwurst, die esse ich sofort auf. Mein Entlassungsschein wird vom Landespolizeichef Brandenburg am 30. 1. 1950 unterzeichnet. Mit einem Reisegeld von 20.-M fahre ich nach Magdeburg.

Von meinem Heimatort aus schreibe ich der Mutter meiner Mitgefangenen Waltraud Schmidt, die mir auch antwortet und ein Bild ihrer Tochter schickt, das ich heute noch besitze. Waltraud hat 1951 einmal aus Hoheneck geschrieben, ihre Leidenszeit war also noch nicht beendet. Was aus ihr geworden ist, habe ich allerdings noch nicht erfahren können.

## Das Gerichtsgebäude und die Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg

Anfang dieses Jahrhunderts wurde zwischen der Altstadt und dem Stadtteil Sudenburg der sich schnell ausbreitenden Stadt Magdeburg mit dem Bau eines Gebäudekomplexes für das Justiz- und Strafvollzugswesen begonnen. Es entstand eine umfangreiche Anlage, die im Süden von der Halberstädter Straße, im Westen von der Sudenburger Wuhne und im Norden durch die Anlagen der Eisenbahnstrecke Magdeburg-Hannover umgrenzt wird. Den Anschluß auf der Ostseite des Geländes bildet das ehemalige Polizeipräsidium, heute Sitz des Innenministeriums des Landes Sachsen-Anhalt.

Den imposanten Blickfang zur Halberstädter Straße bildet das Gerichtsgebäude, das auch als Justiz-Palast bezeichnet wird, der sich Y-förmig nach der Nordseite zu verbreitert. Dahinter liegen mit der Einfahrt zur Sudenburger Wuhne die einzelnen Gebäude der Haftanstalt, die nicht einzusehen sind.

Durch Kriegseinwirkungen ist ca. ein Drittel des Vordergebäudes zerstört und wurde bis heute nicht wieder aufgebaut. Die Haftanstalt wurde nicht getroffen.

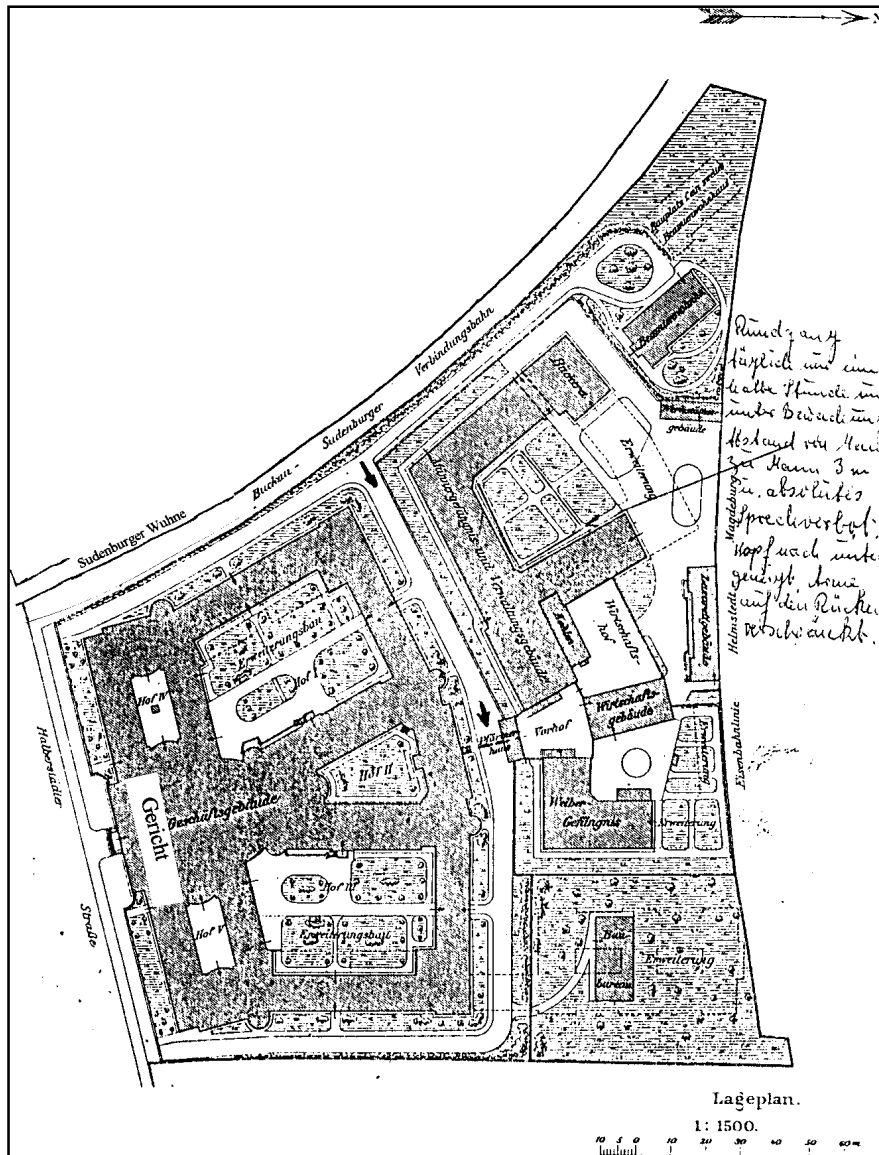
W. Schulz kann noch heute zeigen, in welchen Zimmern des Gerichtsgebäudes er von russischen Offizieren verhört und schließlich zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist. Er kennt aus eigenem Erleben die im „Männergefängnis“ eingerichteten „Arrestzellen“, in denen man die sogenannten „Spezialbehandlungen“ für hartnäckige Aussageverweigerer vornahm. Er weiß aber auch, daß im Gegensatz dazu für Denunzianten besondere „Musterzellen“ vorhanden waren, in denen sie Haftvergünstigungen für die erfolgreiche Bespitzelung von Mithäftlingen erhielten. Solch andere „Sonderbehandlung“ ist auch in den Untersuchungshaftanstalten des MfS später eine übliche Praxis gewesen.

Die Vorführung der Häftlinge aus den Zellen zum Vernehmerzimmer erfolgte unterirdisch durch Gänge im Kellergeschoß des Gerichtsgebäudes. K. H., ein weiterer Betroffener, schilderte, daß er hier verschiedene Wege geführt wurde und so meist völlig die Orientierung verlor.

Im Zellenhaus war ein Teil der zweiten Etage ausschließlich durch russische Armeeangehörige, meist Offiziere, belegt, die nach ihrer Verurteilung in die Sowjetunion abtransportiert werden sollten. W. Schulz besinnt sich, daß ein Kontakt zwischen diesen Russen und den deutschen Häftlingen in geringem Maße vorhanden war.

Das U-förmige Zellengebäude besaß einen kleinen Innenhof, in dem der sogenannte Hofgang stattfand. Ein Kontakt der Häftlinge untereinander war während dieser kurzen Zeit strengstens verboten, Zuwiderhandlungen wurden mit Prügeln, Tritten und maßlosem Gebrüll bestraft.

Auf der Nordseite grenzte das Gefängnisgelände an die Eisenbahnlinie Magdeburg-Braunschweig. Von hier aus konnten über ein eigenes Verladegleis die Transporte von Gefangenen in andere Lager oder in die Sowjetunion erfolgen.



### Justizpalast und Haftanstalt Magdeburg (1907)



**Justizpalast Magdeburg**, Halberstädter Straße 8, 1907-1945  
(Foto: Stadtarchiv Magdeburg (Bildarchiv))



**Bezirksgericht Magdeburg** nach der Teilzerstörung 1945  
(Foto: Fredi Fröschki, 1997)



**Einfahrt zur Haftanstalt** beim Bezirksgericht (Fotos: Walter Schulz, 1994)

### Walter Schulz

Er bezeichnet wegen der verschärften Haftbedingungen seine dritte Station bei den Russen in Magdeburg, - das Gefängnis in Sudenburg -, als den „Vorhof zur Hölle“.

Nachdem er am 28. Januar 1946 per Pritschenwagen aus der Porsestraße dorthin gebracht wurde, stellte er fest, daß als Aufseher auch einige ehemalige KZ-ler eingesetzt waren, die sich z. T. brutaler als die Russen benahmen. Allerdings gab es auch hier Ausnahmen, wie er später schildert.

In diesem Gefängnis wurde täglich ein „Hofgang“ vorgenommen. Die einzelnen Gefangenen durften ungefähr 30 Minuten einen Rundkurs umlaufen. Dabei galt absolutes Redeverbot, schon leisestes Flüstern wurde mit Tritten und Schlägen geahndet. Man hatte in Abständen von 3 m zum nächsten zu gehen, die Hände waren auf dem Rücken zu verschränken, der Kopf gesenkt zu halten. W. Sch. schreibt in seinem Bericht:

Die Verhöre wurden dann wieder vor allem nachts durchgeführt. Ich hatte einen Hauptmann Blatschuk als Gegenüber, der mit Brutalitäten nicht sparte. Er hielt mir immer wieder vor: „Du schlechter Deutscher - blonder Deutscher gutt“. Ich konnte mir lange keinen Reim darauf machen, merkte aber dann, daß mein Freund Horst K. schon „gestanden“ hatte, ich wußte nur nicht was.

Die Verhöre gingen also weiter. Beliebt war das „Flaschensitzen“. Dazu hatte man sich mit bloßem Gesäß auf eine stehende Weinflasche zu setzen, der Vernehmer ging um einen herum und plötzlich wurde man kräftig auf die Schultern gedrückt. Wo der Flaschenhals dann blieb, kann sich jeder selbst denken. Weil ich noch immer kein Geständnis abgelegt hatte, bekam ich „Karzer“. Die Zellen dafür waren schon beim Bau der Gefängnisse angelegt als sog. Strafzellen, wie die alten Baupläne beweisen. Ich kann darin meine Stationen noch heute verfolgen. Obwohl im Jahre 1994 viele der alten Einrichtungen in diesem Gefängnisteil gerade umgebaut werden sollten, habe ich Mitte des Jahres bei einer mir gestatteten Besichtigung diese Karzerzelle wieder gefunden. Damals wurde mir hier die Jacke abgenommen und das Fenster der Zelle ausgehängt. In der Zelle gab es keine Heizung und wir hatten ja Winter. Zum Schlafen war nur ein gemauerter Steinsockel vorhanden.

Hier verbrachte ich ohne Nahrung drei Tage und Nächte. Einem der ehemaligen KZ-ler, die mit der Aufsicht beauftragt waren, war das offensichtlich zuviel und er sagte zu seinem Kollegen: „essen darf er nichts aber von Trinken war keine Rede. Hole mal schnell ordentlich heißen Kaffee, den kippen wir ihm rein“. So geschah es dann auch.

Nachdem ich das überstanden hatte und meine Bereitschaft zum Geständnis fast vorhanden war, gab es noch einmal „Stehkarzer“. Man wurde zwischen Doppeltüren gestellt und verblieb dort mehr oder weniger lange. Die Luft wurde

knapp, man war der Ohnmacht nahe, konnte aber nicht zusammensinken, denn es gab keinen Bewegungsspielraum für die Beine. Wenn dann die Wärter die äußere Tür öffneten, fiel man ihnen steif wie ein Brett vor die Füße.

Danach war ich „reif“ und verlangte beim nächsten Verhör Papier und Bleistift für mein „Geständnis“. Allerdings wollte ich vorher mit Horst K. sprechen, um zu wissen, was er gestanden hatte. Zumindestens sollten keine neuen Verdächtigungen entstehen können.

Als ich mit ihm zusammengelegt wurde, habe ich ihn mit meinem Holzpantoffel erst einmal - soweit ich das überhaupt noch konnte - verdroschen und ihn beschimpft. Du warst schon bei den Soldaten dümmer als die Polizei erlaubt, warf ich ihm u. a. vor.

Er hatte wunschgemäß den Russen gestanden, daß er für die Amerikaner spionieren sollte, daß er melden sollte, ob die Russen Demontagen vornehmen, ob Menschen verschleppt würden oder russische Offiziere fliehen wollen. Das „gestand“ ich dann ebenfalls.

Danach wurden für uns die Verpflegung und die allgemeinen Haftbedingungen etwas besser.

Nachr. des Trägers nach Schicksal: <b>Schulz</b> Vornamen: <b>Walter</b> Geburtsort und -tag: <b>23.12.22 Mordburg</b> Beruf: <b>Modellzeichner</b> zuletzt im: <b>Modellzeichner</b> Beschäftigung: <b>Modellzeichner</b> Familienname: <b>Kidig</b> Kinder: <b>Keine</b> Staatsangehörigkeit: <b>Deutsch</b> Dienst: <b>Arbeits</b>		Art der Feststellung: <b>Meldung</b> Letzte Wohnort: <b>Mordburg D. Handjersdorf 2</b> letzte berufliche oder funktionäre Stellung: <b>Modellzeichner</b> zuletzt: <b>Mordburg D. Handjersdorf 2</b> (Geb.) (Gemein.) (Beruf) (Arbeitsort) (Militär) (sonstige Angaben)		Anmerkungen: <b>4028</b> Tag der Feststellung: <b>12.6.96</b> von: <b>Böhlen</b> Karteileiste ausgefüllt: <b>2.9.99</b> von: Fragebogen vollständig beantwortet: von: <b>Böhlen</b> Bescheinigung über die Vollst. v. F. B. von: <b>A. J. S.</b> von: Fortschreibungsfähigkeit: <b>4.8.3.0</b>	
(Dienst) (Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)	
(Dienstort) (Dienstzeit) (Dienstort) (Dienstzeit)		(			

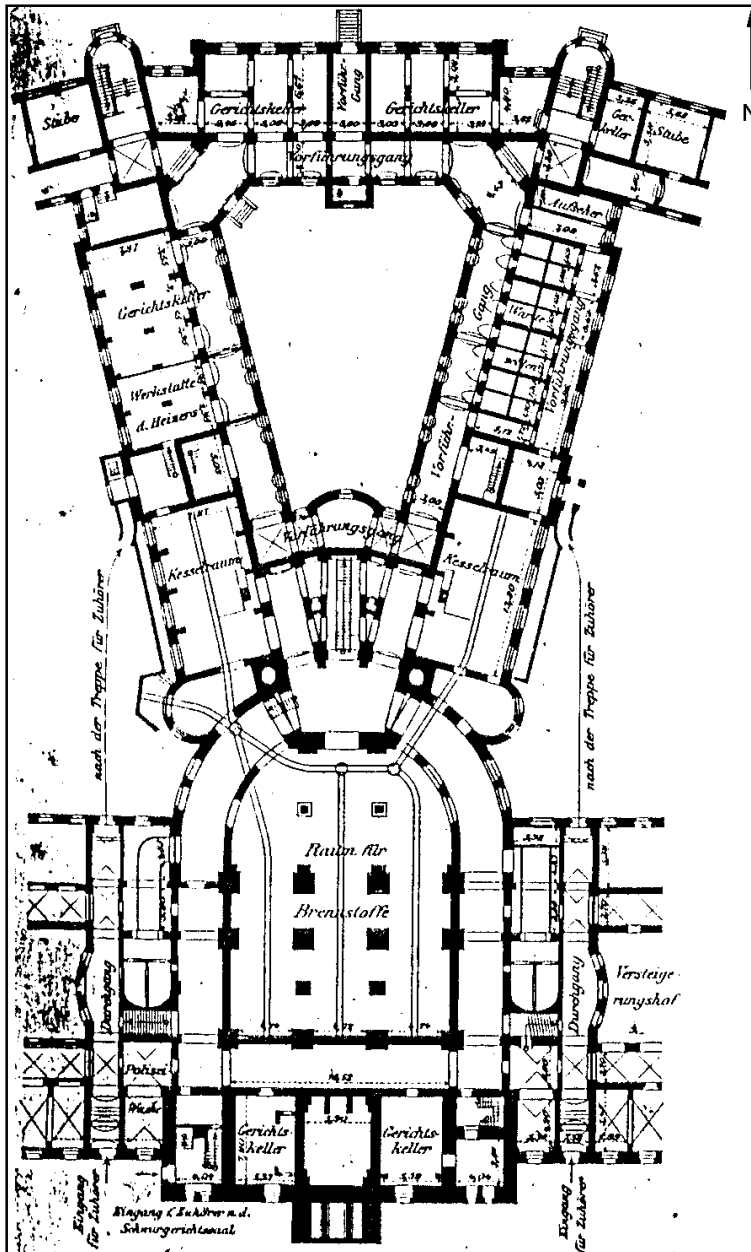
Entlassungsschein von W. Schulz (Quelle: Archiv Walter Schulz)



Haftanstalt beim Bezirksgericht, **obere Galerie des Zellentraktes**  
Foto: Walter Schulz, 1994)



W. Schulz in der ehemaligen Arrestzelle der Haftanstalt (Gebäude in Rekonstruktion) (Foto: Walter Schulz, 1994)



Gerichtsgebäude, Kellergeschoß, Mittelteil (Quelle: Archiv Walter Schulz)

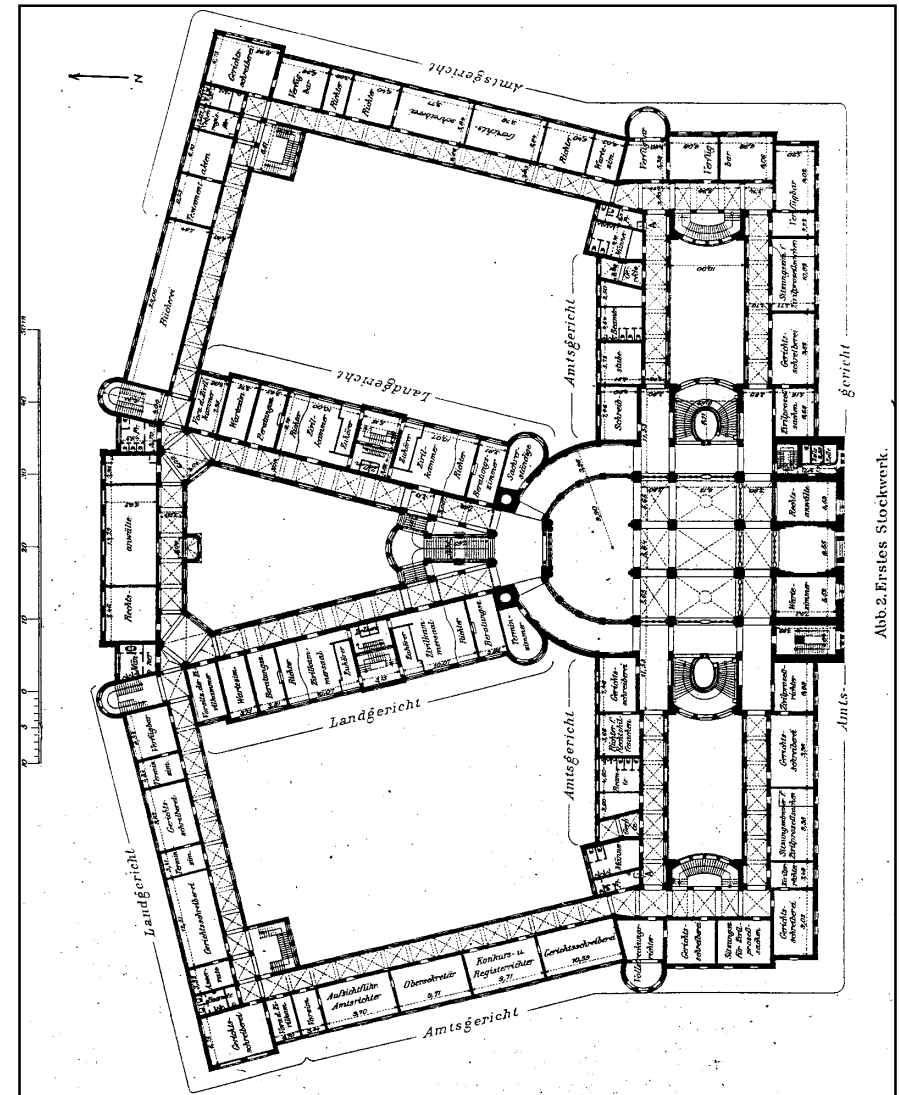
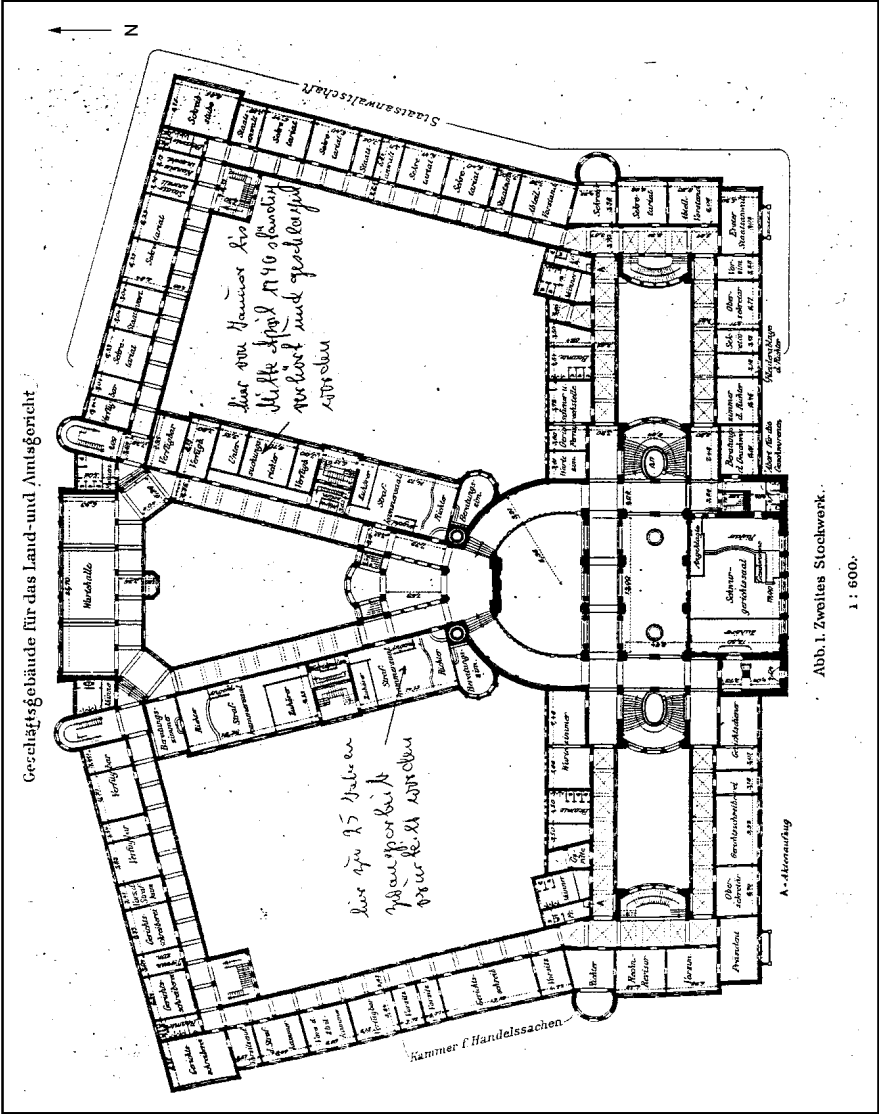
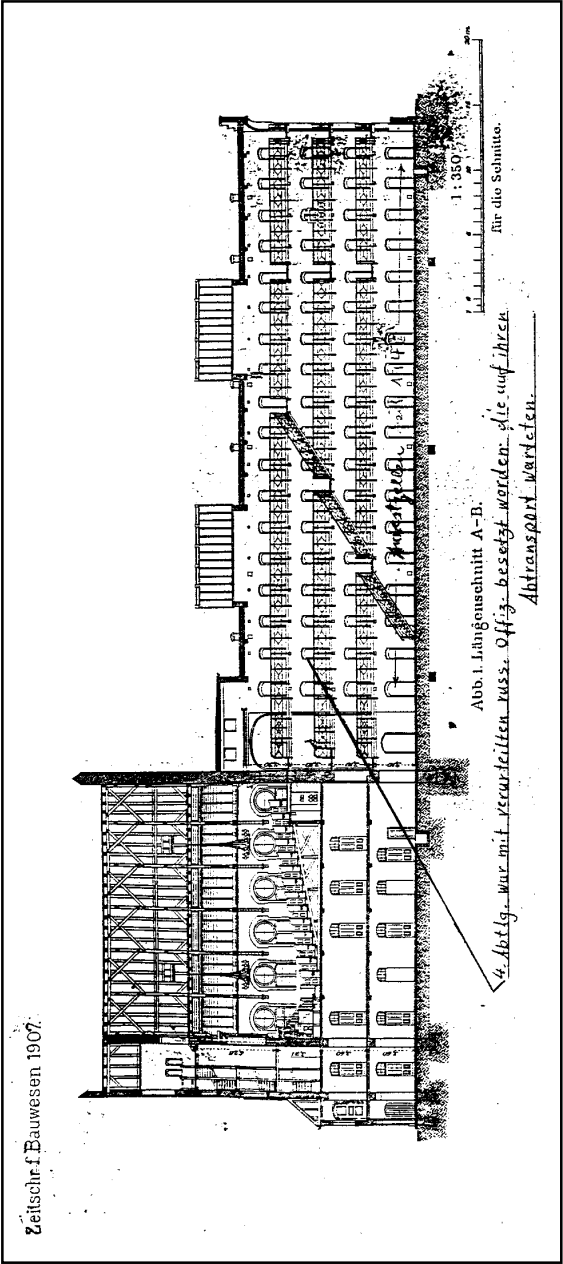


Abb. 2. Erstes Stockwerk.

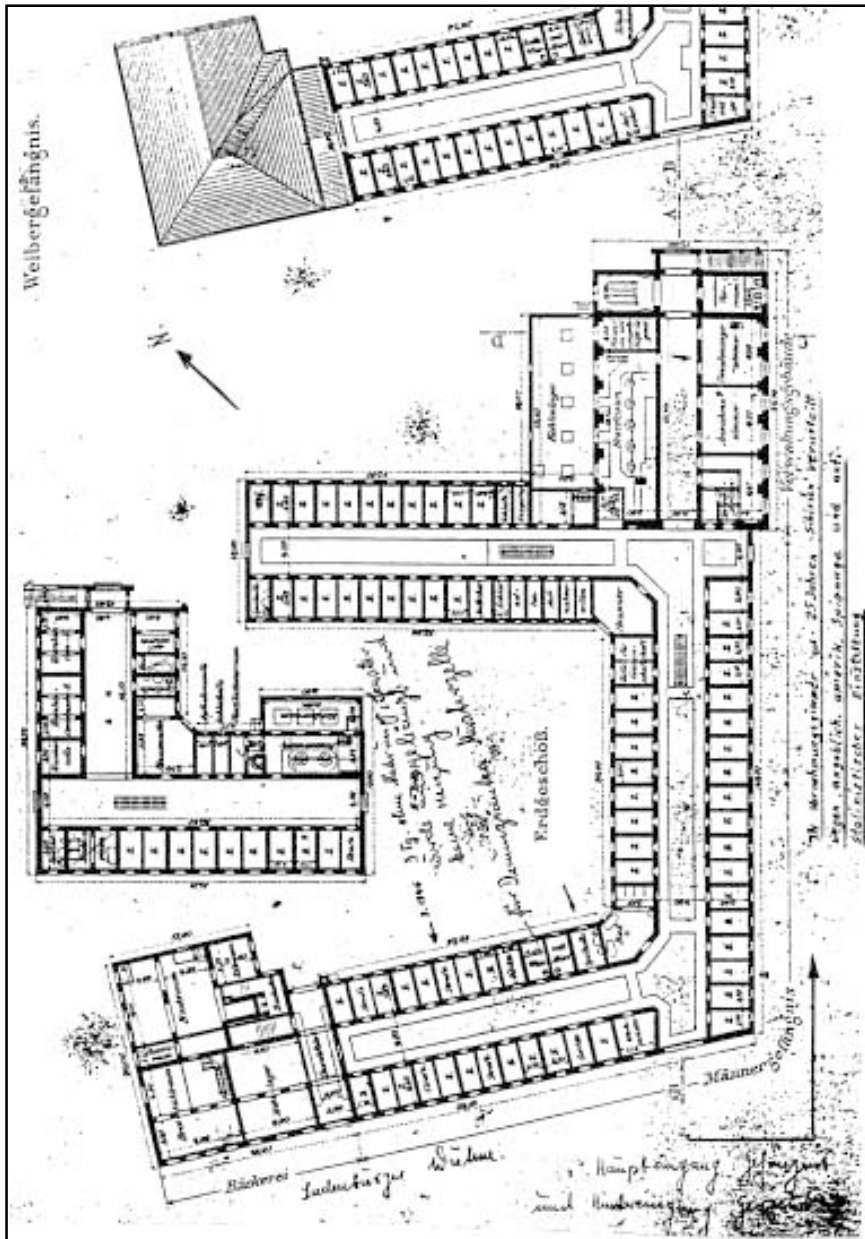
Gerichtsgebäude, 1. Stockwerk (Quelle: Archiv Walter Schulz)



Gerichtsgebäude, 2. Stockwerk (Quelle: Archiv Walter Schulz)



Männergefängnis mit Verwaltungsgebäude beim Gericht Magdeburg (Quelle: Archiv Walter Schulz)



Gefängniskomplex beim Gerichtsgebäude (Quelle: Archiv Walter Schulz)

Ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilte jeden von uns im April 1946 nach § 58/2 und 58/6 des Strafgesetzbuches der RSFSR wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Arbeitslager. Später fand ich in meinen Entlassungspapieren, daß das Wort „angeblich“ entfallen war, jetzt stand da „Spionage“. Ich wurde am 19. April nach Alt-Strelitz transportiert, später nach Sachsenhausen und Bautzen, von wo aus ich am 5. 5. 1955 entlassen wurde.

Kurz nachdem ich in Magdeburg eine Arbeit aufgenommen hatte, erschienen bei mir zwei Männer in Ledermänteln. Mein erster Gedanke war: Jetzt holen sie dich wieder! Es war zum Glück nicht so. Die hatten aber die Frechheit, zu mir zu sagen, daß ich doch bei der Wehrmacht ein tapferer Soldat gewesen sei und sie würden mich gern für die neue Kasernierte Volkspolizei der DDR werben. Ich bat um Bedenkzeit und war am nächsten Tag über Westberlin verschwunden.

Günther P.

Der 16½-jährige arbeitet in der Firma Brabag (Braunkohlen-Benzin-Aktiengesellschaft) in Magdeburg-Rothensee.

Ein neuer Arbeitskollege nimmt seine Tätigkeit auf und fällt allen anderen Kollegen durch reichliche Verpflegung auf. Außerdem stellt er den anderen Mitarbeitern seltsame Fragen, auf die er meist keine Antwort erhält. Bei Günther P. versucht er es auch und fragt, ob irgend jemand denn noch eine Waffe hat, P. verneint unter Hinweis auf das erlassene Verbot des Waffenbesitzes. Er faßt aber wenig später Vertrauen zu dem „Kollegen“ und erzählt ihm, daß beim Einmarsch der Amerikaner alle Radios, Fotoapparate und Ferngläser und auch Waffen abgegeben werden mußten, daß er aber die Pistole seines in englischer Gefangenschaft befindlichen Vaters in eine Regentonne geworfen hätte.

Kurz darauf erwartet ihn am 6.6.1946 zu Hause nach Feierabend ein Polizist und fordert ihn auf, „kurz zu einer Aussage“ mitzukommen. Weil er sich keiner Schuld bewußt ist, folgt Günther P. ihm zur Straßenbahn und sie fahren nach Buckau in die Porsestraße. Hier wird er einem russischen Posten übergeben, der ihn hinter die Einzäunung zieht und das Tor schließt. Weitere Posten bringen ihn in einen leeren Raum des Wohnhauses und nehmen ihm seine Taschenuhr, Geldbörse, Gürtel und Schnürsenkel ab und sperren ihn in einen Keller.

Hier sind schon weitere acht Männer vorhanden und deren Frage „Warum?“ kann er nicht beantworten. Innerhalb der nächsten zehn Tage wächst die Zahl der Häftlinge auf 20 an, der Keller reicht nicht mehr aus. Bis dahin ist Günther P., außer dem Hunger wegen der minimalen Verpflegung, noch nichts passiert.

Alle Verhafteten werden dann eines Tages auf einen LKW verladen, der mit einer Plane abgedeckt ist, und in das Gefängnis in der Halberstädter Straße gebracht. Hier wird jeder „gefilzt“, die Haare werden abgeschoren und Günther P. wird in eine Einzelzelle gebracht. Sie liegt in Richtung West zur Sudenburger Wuhne hin. Hier bleibt er bis zum September 1946 allein und erhält die übliche Hungerration von 150 g Brot am Morgen und 3-4 Kartoffeln zum Mittag. Später füllt sich die Zelle, erst mit zwei neuen Häftlingen, dann kommen noch zwei dazu.

Nachts muß zum Schlafengehen alle Kleidung abgelegt werden, ständig wird durch den Spion jeder Vorgang in der Zelle kontrolliert.

Erst gegen Ende Oktober 1946 wird Günther P. zur ersten Vernehmung geholt, im Raum sind ein Offizier, eine Schreibkraft und eine Soldatin. Die erste Information über seine Verhaftung, die Günther P. erhält, lautet: „Du Faschist, Pistolet, Werwolf!“

Die Soldatin, offensichtlich die Dolmetscherin, erklärt ihm, daß er nur die Wahrheit sagen müsse und dann sofort nach Hause gehen kann.

Die Vernehmungen gehen bis zum Ende Oktober. Schläge und Tritte sind üblich, und besonders gern läßt man ihn auf dem Bein eines umgedrehten Schemels sitzen, das dann tief in den Darm eindringt.

Er wird Ende Oktober von einem Tribunal verurteilt. Als Beweisstück liegt eine 6.35er Pistole auf dem Tisch, die er nie vorher gesehen hat. Sein Vater besaß eine 7.65er, die außerdem schon ganz verrostet war. Das Urteil für Günther P. lautet auf 10 Jahre wegen Zugehörigkeit zur HJ und Waffenbesitz.

Zusammen mit anderen Verurteilten Deutschen wird Günther P. im November 1946 unter scharfer Bewachung durch Posten und Hunde zum Verladegleis des Gefängnisses getrieben, mit 40 Personen in einen Viehwaggon gesteckt und nach Sachsenhausen gebracht. Hier wird er am 3. 2. 1951 entlassen.

#### K. H.: Erinnerungen eines Magdeburgers

Am 17. 3. 1949 befand ich mich gerade auf dem Weg zur Arbeit in der Hundisburger Straße in Magdeburg-Neustadt als mich ein Mann mit meinem Namen ansprach und mich aufforderte, mit ihm zusammen zum Polizeirevier in der Mittagstraße zu kommen. Bei der Ausgabe der neuen Personalausweise gäbe es bei mir Schwierigkeiten, es stimmten einige Daten nicht. Nichtsahnend wollte ich dieser Aufforderung nachkommen, obwohl es mir etwas merkwürdig vorkam und ich in meinen Arbeitssachen auch keinerlei Unterlagen bei mir hatte.

Als wir in die Mittagstraße einbogen, fuhr plötzlich im schnellen Tempo ein EMW uns heran, die Türen sprangen auf, ich erhielt von irgend jemandem einen Faustschlag an das Kinn, wurde ins Auto gestoßen, das dann in schneller

Fahrt davonfuhr. All das ging rasend schnell und ich weiß bis heute nicht, ob jemand die Szene beobachtet hat.

Auf meine Frage an einen der neben mir Sitzenden, was das alles soll, erhielt ich dann nur die erschöpfende Antwort: „Schnauze“. Angesichts der gerade erhaltenen „freundlichen“ Lektion beim Einsteigen verzichtete ich vorsichtshalber auf weitere Fragen. Die Fahrt endete zuerst in einem Keller in der Porsestraße, von dort wurde ich bald in das Gefängnis beim Polizeipräsidium in der Halberstädter Straße gebracht, wo dann eine Zellentür krachend hinter mir ins Schloß fiel.

Nach einiger Zeit wurde eine Luke in der Tür geöffnet und einige gekochte heiße Kartoffeln wurden hereingereicht. Ich setzte mich auf den Holzschemel und aß mein „Mittagbrot“. Am Abend schloß ein Aufseher die bisher hochgeklappte und zusätzlich an der Wand befestigte Pritsche zum Schlafen herunter. Lange konnte ich dort aber nicht liegen, denn mit einem: „Dawai“ wurde ich aus der Zelle geholt. Durch verschiedene unterirdische Gänge und über eine Treppe führte man mich in ein Büro.

Hier befand sich ein Russe, der mich fragte: „Du wissen warum hier?“ Als ich verneinte, erhielt ich Ohrfeigen.

Bald darauf erschien ein russischer Hauptmann, der mir eröffnete, ich hätte gegen Gesetze der UdSSR verstoßen und würde entsprechend abgeurteilt. Danach ging es zurück in die Zelle. Ich konnte mir die Sachlage nicht erklären und hielt alles für einen Irrtum, der sich sicher aufklären würde.

Trotzdem grübelte ich und mir fiel ein, daß mein Cousin, Fahrer des Direktors der Schlesisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, seit zwei Tagen nicht mehr gesehen wurde. Er hatte mehrfach Personen zur Tschechischen Grenze fahren müssen - sollte es das sein? Dann fiel mir wieder ein, daß ein anderer Cousin von mir an einem Abend von russischen Jugendlichen zusammengeschlagen wurde und wir uns später in dieser Gegend aufgehalten hatten, um uns zu revanchieren, was aber leider nicht klappte. Aber das war zu blöd, um der Grund für meinen Aufenthalt hier zu sein. Ich kam zu keinem Ergebnis.

4-6 Wochen lang wurden immer nachts Verhöre in unregelmäßigen Abständen auf die gleiche Weise wie am ersten Tag vorgenommen. Aber Aussagen konnte ich nicht machen, weil ich mir keinerlei Schuld bewußt war und konkret fragten die ja nie. Nur eines glaubte ich inzwischen zu wissen: außer mir saßen hier weitere fünf Personen aus meiner Verwandtschaft bzw. meinem Bekanntenkreis, darunter eine Frau. Wir hatten uns regelmäßig zweimal die Woche in der Gaststätte Weihenstephan, dem späteren „Grün-Rot“, zu einer gemütlichen Runde getroffen. Dabei war sicher auch die Rede auf die Prügelei gekommen und daß man sich „revanchieren“ müßte. Es war sogar die Bemerkung gefallen, man müßte denen eigentlich eine Bombe unter den A...

setzen. Der uns bedienende Kellner kann das auch gehört haben und es ist zu vermuten, daß er diesen „Sabotageakt“ gemeldet hat. Und so saßen wir wegen dieses Quatsches hier.

Meine Zelle war inzwischen noch kahler geworden, denn der Schemel war fort. Dafür war die Pritsche jetzt aber tagsüber heruntergeklappt. Obwohl ich wegen der nächtlichen Verhöre nicht geschlafen hatte, durfte ich am Tage hier aber nur sitzen. Beim geringsten Versuch mich hinzulegen, wurde die Zellentür fast eingetreten und ich verwahrt. Man hatte mich also ständig im Visier. Nach einiger Zeit teilte man mir einen Mitbewohner zu, einen älteren Zellen-genossen, der offensichtlich schon Knasterfahrung hatte. Ob der mich bespitzeln sollte oder es wirklich ehrlich meinte, als er mir Ratschläge für das Verhalten im Knast gab, kann ich nicht genau sagen.

Auf jeden Fall gingen die Verhöre durch die Russen weiter, man hatte sich ein neues Spiel ausgedacht. Im Beisein des Hauptmanns prügeln mich zwei Russen abwechselnd, so daß ich immer mal dem einen, mal dem anderen in die Arme fiel, man nannte das Ping-Pong. Und zwischendurch immer wieder die Aufforderung, Verbrechen zu gestehen. Als ich dem Hauptmann dann mal sagte, man solle mich doch einmal allein mit den anderen reden lassen, kam überraschend die Zustimmung: „Da“. Offensichtlich hatte man von keinem etwas ganz Greifbares in der Hand und hoffte, auf diese Weise das Verfahren zum Ende zu bringen. So sprach ich dann zum ersten mal mit jedem der Beschuldigten, zuerst einzeln, endlich in der Gruppe. Ein Russe war zwar nicht dabei, aber mitgehört haben sie sicher. Ich konnte alle davon überzeugen, daß wir uns auf die Aussage „Russen verhauen“ festlegen, was dann auch geschah.

Die Russen hatten damit endlich ihr Ziel erreicht. Allerdings wurde ich nun als der Rädelsführer der Gruppe angesehen.

Ungefähr eine Woche nach unseren Aussagen hieß es erneut: „Dawai!“, es ging diesmal aber in einen Raum, in dem mehrere Bündel Kleidung von Zuhause lagen. Meine Mutter hatte für mich zusätzlich noch ein Stullenpaket eingepackt, das ich auch erhielt.

Wir wurden dann nach Halle in den Roten Ochsen überführt und hier 4 Wochen in Einzelzellen gesteckt. Ein dort als Schließer amtierender russischer Hauptwachtmeister, man nannte ihn „Moosröschen“, zeigte uns täglich, wer wir waren. Bei dem geringsten Anlaß schlug er brutal zu, am liebsten mit dem Schlüsselbund. So lernten wir erneut die Methoden der Russen kennen.

Eines Tages wurden wir dann alle vor ein Tribunal gebracht. Uns gegenüber saßen acht Uniformierte, neben uns Wachtposten mit Maschinenpistolen. Sinnigerweise hatten sie die Läufe der Waffen nicht auf uns, sondern auf das Tribunal gerichtet, es schien aber niemand zu stören. Ein Dolmetscher über-

setzte, was uns die Anklage vorwarf, unmittelbar danach wurde das schon fertige Urteil gesprochen: 25 Jahre Zwangsarbeit! Einen Verteidiger hatten wir nicht, was sollte der auch hier tun können?

Neben dem Tribunal war ein kleiner Nebenraum, in dem schon Frisöre auf uns warteten, die uns eine Glatze verpaßten. Danach ging es erneut in Einzelhaft. Auch nach der Verurteilung durften wir unseren Angehörigen keine Nachricht senden.

Kurze Zeit später transportierte man uns nach Bautzen, wo wir mit ca. 50 Personen in einem Saal kampieren mußten. Es waren alle Altersklassen vorhanden, unser „Saalältester“ war ein Ministerialdirigent Drescher vom Amt für Land- und Forstwirtschaft. Er trug noch immer seine grüne Försteruniform. Trotzdem wir auch von hier aus keine Nachricht nach Hause senden durften, muß meine Mutter irgendwie erfahren haben, wo ich stecke. Sie reiste an und bat die Gefängnisleitung händeringend, mich sehen zu dürfen. Sie mußte unverrichteter Dinge wieder abreisen.

Nach Gründung der DDR wurden wir der Gerichtsbarkeit dieses neuen Staates übergeben, der in Bautzen aber 638 Häftlinge mit „besonders schweren Verbrechen gegen die UdSSR“ weiterhin den Russen unterstellte. Auch ich gehörte dazu!

So kam es, daß man uns bald über Berlin nach Moskau transportierte und hier ca. 14 Tage in der Ljubljanka einsperrte, bis ein Transport nach Workuta zusammengestellt war. Das sagte man uns zwar nicht, wir haben es erst erfahren, als wir dort im Lager ankamen.

Zum Transport wurden wir in Eisenbahnwaggons verfrachtet, in die seitlich von einem Gang Zellen eingebaut waren. Sie hatten je zwei Sitze und darüber zwei Pritschen, vorgesehen für vier Gefangene. Man pferchte acht Personen hinein, wir mußten also versuchen, in Etappen zu liegen bzw. zu sitzen.

Für die Notdurft war entweder nichts vorgesehen oder die Wachmannschaft war zu faul, die Gefangenen dorthin zu begleiten. Wir pinkelten also gegen die Zellentür, was den Bewachern sicher manche „freudige“ Überraschung bereitete.

Alle 2-3 Tage wurde auf einem „Rastplatz“ angehalten, wir wurden entlaust. Während man unsere Kleidung erhitze, untersuchten uns Ärztinnen und entfernten bei uns gleichzeitig alle Körperhaare.

Nach ungefähr 14 Tagen traf unser Transport dann im Lager Workuta ein, darunter auch wir insgesamt 15 Deutsche.

Man verteilte uns auf verschiedene Baracken, in denen meist nur Russen waren. Es handelte sich bei denen vor allem um Angehörige der ehemaligen Wlassowarmee. Sie waren auf uns besonders schlecht zu sprechen, gaben sie doch den Deutschen die Schuld dafür, daß sie nun hier inhaftiert waren.

Entsprechend haben sich die meisten von ihnen uns gegenüber verhalten und mit keiner Schikane gespart. So wurden wir 15 eines Tages beim Essenholen sogar von einer ganz besonders radikalen Gruppe dieser Häftlinge massiv bedroht. Wenn sich da nicht plötzlich eine Anzahl mit Messern bewaffneter Chinesen schützend vor uns gestellt hätte, wer weiß, was sonst mit uns geschehen wäre. Von diesem Augenblick an aber hatten wir in dieser Hinsicht etwas Ruhe.

Ich wurde nach einiger Zeit in eine andere Baracke verlegt, in der sich ein deutsch sprechender Kirgise mit Namen Jurka etwas um mich kümmerte und so sicher auch schützte. Erklärte mich auch über die sogenannten „Platneus“ auf.

Das waren die Edelgangster des Lagers, die es durch irgend etwas geschafft hatten, privilegiert zu sein. Sie arbeiteten nicht, hatten zu jedem und allem Beziehungen und nahmen sich, was ihnen gefiel. Ein solcher hatte ein Auge auf meinen deutschen Mantel geworfen und Jurka riet mir, einem „Erwerb“ nichts entgegenzustellen. So kam es auch, ich hatte aber noch Glück, denn ich bekam dafür eine Wattekombi, die mir mehr nützte.

Wir wurden zur Arbeit in ein Kohlebergwerk gebracht, wo wir die abgebaute Kohle der nur ca. 80 cm starken Flöze liegend auf Transportbänder schippen mußten. Später setzte man uns beim Straßenbau oder beim Schachten von Fundamenten für Gebäude ein. Trotz Dauerfrost mußte die Norm geschafft werden, was uns oft in große Schwierigkeiten brachte, denn der gefrorene Boden war wie Beton und uns standen nur die primitivsten Werkzeuge zur Verfügung. Für die Wachmannschaften bei diesen Außenkommandos hatten wir vom Lager zusätzlich morgens die schweren Pelze zu schleppen, die abends wieder mit zurückgetragen werden mußten. Nur wenn die Temperaturen unter - 36° lagen gab es „kältefrei“, oft aber auch dann nicht.

Im Lager blühte das Denunziantentum, auch ich bekam das zu spüren. Von meiner Brotration legte ich mir hin und wieder eine Schnitte beiseite, um eine Notreserve zu haben. Ein Spitzel meldete das irgend einem anderen Aufpasser und ich wurde wegen des Verdachts der Fluchtvorbereitung für 6 Wochen mit Karzer bestraft.

Ein gleichzeitig dort einsitzender Wlassow-Mann half mir, etwas Russisch zu lernen, denn er überzeugte mich daß es besser sei, immer Befehle der Wachen sofort zu verstehen, als zuerst Prügel einzustecken. Später war ich öfter als Dolmetscher tätig. So konnte ich auch manchmal die Aufregung im Lager verstehen, wenn wieder einmal die Leiche eines in der Fäkaliengrube ertrunkenen Häftlings entdeckt wurde und die Vermutung entstand, daß es sich um den Racheakt an einem Lagerspitzel gehandelt hatte.

Erst 1954 durften wir die erste Post in die Heimat senden und von dort ein Paket empfangen. Wenn das allerdings überhaupt ankam, wurde es von den Wachmannschaften gefilzt, Lebensmittel darin fast unbrauchbar gemacht. Erst unser Hungerstreik brachte eine Veränderung. Eine darauf speziell aus Moskau angereiste Untersuchungskommission sagte uns Veränderungen zu, eine Post- und Paketsperre sollte aufgehoben werden. Erst als wir sahen, daß diese Zusage eingehalten wurde, nahmen wir wieder langsam Nahrung zu uns.

1955 schlug auch endlich für uns der Tag der Freiheit. Wir wurden nach Brest-Litowsk verfrachtet, um von dort weiter nach Berlin zu reisen. In Brest-Litowsk sahen wir auch die Frauen wieder, die ebenfalls in Workuta inhaftiert waren. Ihr Schicksal war teilweise noch dramatischer, sie hatten in der Haftzeit zum Teil Kinder geboren, die man ihnen kurz danach fortgenommen hatte. Deren Verbleib hatten bis dahin sie nicht erfahren, hier auf dem Bahnhof aber wurden sie ihnen plötzlich wieder übergeben.

Wir wurden dann weiter nach Berlin-Lichtenberg in ein Auffanglager gebracht und von hier schubweise entlassen.

Nach einigen Tagen waren nur noch 10 Ehemalige hier, darunter auch ich. Wir wurden von einer Kommission verhört, die nähere Einzelheiten über die Lager-spitzel in Workuta erfahren wollte. Ich konnte dazu keine Angaben machen, so gab man meine Befragung auf.

Ein Polizist brachte mich zum Bahnhof, verlangte am Schalter barsch eine Fahrkarte 2. Klasse nach Magdeburg, übergab sie mir und ich war frei. Meine anderen neun Kameraden rieten mir, mit ihnen doch besser nach Westdeutschland zu kommen, ich aber wollte zu meiner Familie, bei der ich am nächsten Tag dann auch eintraf.

Kurz darauf versuchten in Magdeburg zweimal mal Mitarbeiter der Staatssicherheit, mich als Spitzel anzuwerben. Als sie aber kurz entschlossen deutlich abgewiesen wurden, unterblieben weitere Versuche, ich hatte Ruhe vor ihnen, so glaubte ich jedenfalls bis heute.

Nach Einsicht in meine Stasi-Akte weiß ich, daß zu allen ehemaligen deutschen Häftlingen der SU, sie wurden im Sprachgebrauch der DDR weiterhin als „Kriegsverbrecher“ bezeichnet, Ermittlungen geführt wurden. In meiner sogenannten „Beobachtungs-Akte“ fand ich außer dem Material über mich im Inhaltsverzeichnis weitere 44 Namen aufgeführt, die mir allerdings alle unbekannt waren. Die dazugehörenden persönlichen Daten waren mir nicht zugänglich. Indem mich betreffenden Teil fand ich u. a. einen Brief eines mit mir zusammen entlassenen anderen „Workutianers“, der den Weg in den Westen gewählt hatte und mir von seinen ersten Erlebnissen dort schrieb. Diesen Brief habe ich nie erhalten.

Regierung der  
Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium des Innern  
Staatssekretariat für Staatssicherheit

**GVS**

Verw. / Bezirksverwaltung Magdeburg

Abtlg. / Kreisdienststelle Magdeburg

**Beobachtungs-Vorgang**

**[REDACTED]** Nr.: 9/56

Band Nr.: 1

DER BUNDESBEAUFTRAGTE  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik  
- ASt. Magdeburg -

**Kopie aus Hgd. 334/59, 15. April 1992**

Region: 27.1.56

Dreist: 12.10.58

Archiv Nr.: 334/59

Anzahl der Blätter: 71

*Beobachtungs-Vorgang*

Quelle: BStU, ASt. Magdeburg, Beobachtungs Vorgang 9/56 (auch S. 57/58)

Regierung der  
Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium des Innern  
Staatssekretariat für Staatssicherheit

**GVS**

Verwaltung / Bez.-Verw. Magdeburg

Abt. / Kreisdienststelle Magdeburg Ref. I

Magdeburg, den 4.4. 1956

**Beschluß**

Das Anlegen eines B.-Vorganges -Vorganges  
(Vorgangstyp angeben)  
und Nr.: 9/56 (nur bei Anlagen neuer Fälle anzufügen)

Registriernummer: 9/56 über:

Name und Vorname: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum und -ort: u. d.

Beruf und Familienstand: \_\_\_\_\_

Wohnadresse: Magdeburg

Bei Objektvorgängen und Kontrollvorgängen

Bezeichnung: \_\_\_\_\_

Ort und Straße: \_\_\_\_\_

Gründe für das Anlegen des Vorganges:

Bei den erfassten Personen handelt es sich um entlassene  
Kriegsverbrecher die aus der SU frühzeitig entlassen wurden.  
It. Anweisung sind diese Personen ständig unter Beobachtung  
zu halten.

Bezirksverwaltung Magdeburg  
- Leitung OP -

Magdeburg, den 14.10.1955  
Zie. - Tgb.Nr.OP 762/55 A

An die  
Kreisdienststelle MAGDEBURG, 137/55  
- in Hause -

2 Exemplare  
1. Ausfertigung

Betr.: Kontrolle sowie ständige Beobachtung der Entlassenen aus der UdSSR.  
Bezug: Uns.Schrö.v.10.10.1955, Tgb.Nr.OP 762/55 A.

Die mit unseren obigen Schreiben mitgeteilten Entlassenen aus der UdSSR sind von Ihnen unter ständiger Beobachtung zu halten. Eine Überprüfung Ihrerseits über das Eintreffen derselben ist durchzuführen. Sollten Personen in ihren Wohnort nicht eintreffen, ist sofort Meldung nach hier erforderlich.  
Nachgemeldet wurde noch:

K [redacted] wohnhaft Magdeburg,

Verteiler:  
1 x KD Magdeburg  
1 x Ablage

15/10  
14/10  
14/10 1955  
R

MfS/Ma  
HJ  
Bf  
Major  
(Eggebrecht)

DER BUNDESBEAUFTRAGTE  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik  
- ASt. Magdeburg -

Kopie aufgelegt 15. April 1992  
334/53

Ich wurde dagegen schon von der Polizei in Frankfurt beim Grenzübertritt registriert und der Staatssicherheit in Magdeburg avisiert, die dann die Kreisdienststelle Magdeburg beauftragte, mich bei meinem Eintreffen unter Kontrolle zu halten.<sup>5</sup>

So war ich auch später „verdächtig“, obwohl meine „Tat“ im Jahre 1949 nur aus der Überlegung bestand, meinen Cousin und mich gegen Rowdytum durch russische Jugendliche zu schützen.

### Die Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS in Magdeburg

Von 1957-1989 verwendete die Staatssicherheit einen in Magdeburg-Neustadt am Moritzplatz liegenden Komplex als ihre Untersuchungshaftanstalt.

Die Gebäude wurden 1876 von der damals noch unabhängigen Neustadt als Amtsgericht und Gefängnis erbaut und genutzt. Das wurde auch nach der Vereinigung der Städte Neustadt und Magdeburg ab 1. April 1886 fortgesetzt. Im Jahre 1940 zentralisierten die Behörden alle Gerichtsfunktionen im Justizpalast Halberstädter Straße. Die dadurch frei gewordenen Räume am Moritzplatz wurden zur Erweiterung des Gefängnisses umgebaut, der gesamte Gebäudekomplex blieb Vollzugshaftanstalt bis 1953.

Beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 wurde die Haftanstalt erstürmt und alle 221 Gefangenen befreit. Der einzige damals existierende Zugang befand sich auf der Nordseite des Gebäudekomplexes, das zweigeteilte Tor konnte relativ leicht eingeschlagen werden. Die Wachmannschaften hatten keinen bewaffneten Widerstand geleistet, sie hielten sich - anders als die Polizei und das MfS in der Halberstädter Straße - an das von der BdVP erlassene Schießverbot.<sup>6</sup>

In den Jahren 1957/58 übernahm das Ministerium für Staatssicherheit das Gefängnis zur ausschließlichen Nutzung als Untersuchungshaftanstalt. Es zog seine Ermittlungsorgane aus dem bis dahin gemeinsam mit den Justizbehörden genutzten Gefängnis beim Gerichtsgebäude Halberstädter Straße ab. Das Vorderhaus der neuen UHA wurde Hauptsitz der Abteilung IX des MfS, dem ab 1968 nach der neuen Strafprozeßordnung auch offiziellen „staatlichen Ermittlungsorgan“. Anfangs mußten sich dessen Mitarbeiter gemeinsam mit den Wachmannschaften der Abteilung XIV („U-Haft und Strafvollzug im MfS“) die Räumlichkeiten teilen. Der Personalbestand beider Abteilungen wuchs bis 1989 auf über 100 Personen an.

<sup>5</sup> Kopie des Beobachtungsvorganges Nr. 9/56 des Staatssekretariats für Staatssicherheit (Auszüge)

<sup>6</sup> Magdeburg 17. Juni 1953, in: Magdeburger Museumshefte 2, S. 62

Im Laufe der Zeit erfolgten sowohl im Gebäude als auch auf dem umliegenden Gelände umfangreiche Veränderungen und Erweiterungen. Das alte Eingangstor wurde verschlossen, ein Schleusensystem mit Stahlschiebetoren in die neue Umfassungsmauer eingebaut. Für das Personal der Abteilung XIV wurden Baracken errichtet, ein Garagenkomplex mit Werkstatt und ein massiver Anbau an das alte Haus entstanden. Immer neue "Verbesserungen" wurden vorgenommen wie z. B. der Einbau von speziellen Alarm- und Beobachtungsanlagen und weiterer Stahlgittertüren auf Fluren und Gängen u. s. w. Im Hofbereich entstanden fünf sogenannten "Freigänge", käfigartige Boxen für die Untersuchungshäftlinge. In ihnen "durften" sie täglich für einige Minuten Frischluft atmen, die Zellenatmosphäre mußte aber gewahrt bleiben. Deshalb waren die Gasse auch nach oben durch Gitter verschlossen, ein bewaffneter Posten patrouillierte auf einem Laufgang über diesen Käfigen.

Für die Jahre ab 1990 waren offensichtlich noch weitere Bauten im freien Gelände geplant. Fundamente dafür waren schon gelegt und Baumaterial stand bereit, zur Ausführung kam es nicht mehr.

Das MfS als ausführendes Organ der Befehle des SED sah besonders bei der Durchführung von Ermittlungen auftragsgemäß alle Untersuchungshäftlinge primär als schuldig an. Es kam nicht darauf an, Schuld oder Unschuld zu beweisen, sondern es ging nur darum, politisch anders denkende oder gar handelnde DDR-Bürger als kriminell zu diskriminieren und zu bestrafen. Schon 1951 definierte der damalige Justizminister Fechner, daß der Begriff "Politischer Häftling" nur für die Gegner des Nationalsozialismus im Dritten Reich gelte:

*“... in der heutigen Zeit wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert. Wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird wegen seiner verbrecherischen Taten bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine ‘politischen’ Gefangenen sondern kriminelle Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird hiermit untersagt ...”<sup>7</sup>*

In diesem Sinne gingen dann auch die Mitarbeiter des MfS vor. In einer mehrseitigen Ausarbeitung zum Thema:

*„Erwartungen an die Persönlichkeit eines Mitarbeiters des MfS im Umgang mit Straf- und Untersuchungsgefangenen“*

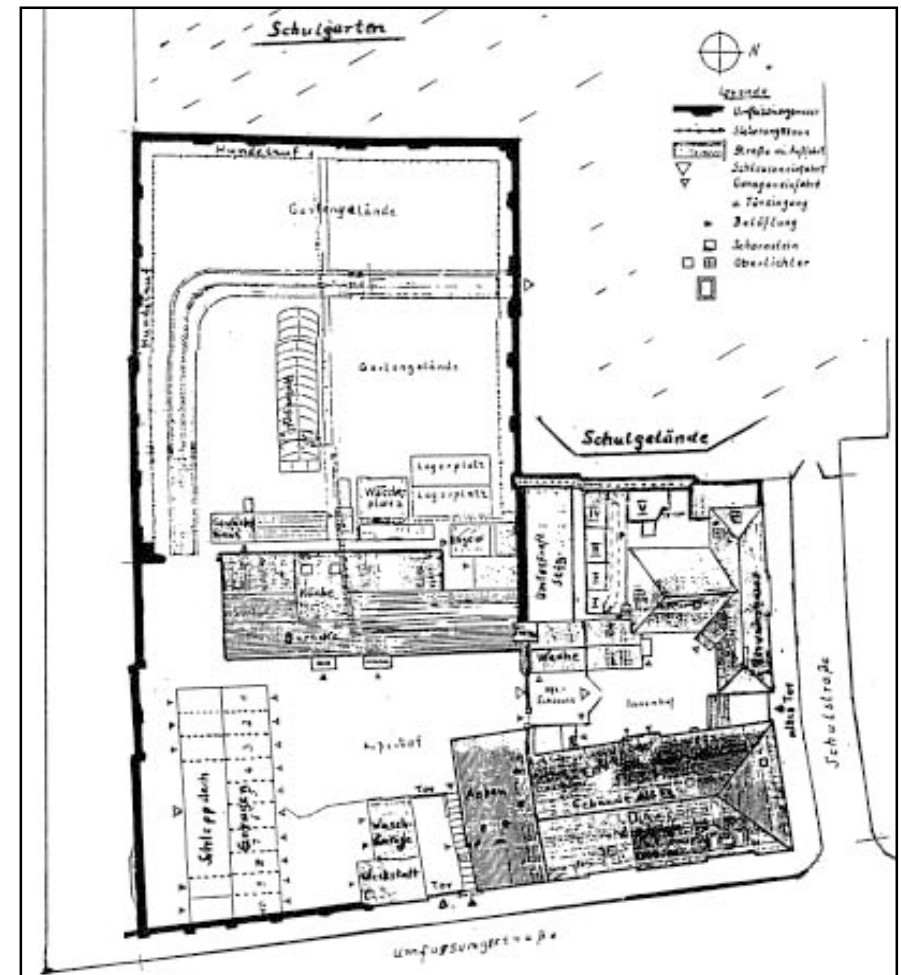
heißt es bereits im ersten Satz:

*“Die Mitarbeiter der Abteilung XIV stehen in ihrem täglichen Dienst Staatsverbrechern gegenüber, deren Ziel es war, die Machtverhältnisse*

zu verändern und damit die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen ...”

Die Auswirkungen dieser Einstellung haben auch in der Magdeburger Untersuchungshaftanstalt des MfS mehrere Tausend Häftlinge am eigenen Leibe erfahren müssen.

Heute befindet sich hier eine Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt.



**Ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS Magdeburg**, Magdeburg-Neustadt,  
Umfassungsstraße 76 (Quelle Lageplan: Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg)



**Vordergebäude** der ehem. UHA des MfS in der Umfassungsstraße, in der Nebenstraße die benachbarte Schule (rechts hinten). Deutlich zu erkennen ist die zugemauerte frühere Toreinfahrt, daneben ein Teil des Zellentraktes  
(Foto: Fredi Fröschki, 1997)



**Äußerer Eingang des Gefängnisses** (Foto nach dem 17. Juni 1953)  
(Quelle: Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg)



**Äußeres Tor der ehemaligen UHA des MfS** in der Umfassungsstraße 76  
(Foto: Fredi Fröschki, 1989)



**Innenhof der ehemaligen UHA** (mit sichtbarem alten Eingangstor)  
(Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Sogenannte "**Freigänge**" (mit Postenlaufgang) (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Zelle in der ehemaligen UHA (Foto: Fredi Fröschki, 1997)

**Häftlingsdusche** (erbaut 1986 im früheren Tor)  
(Foto rechts: Fredi Fröschki, 1991)



Zur Bebauung ab 1990 vorgesehene Gelände in der ehemaligen UHA  
(Foto unten: Klaus Kramer, 1990)



**Berichte aus der Untersuchungshaftanstalt des MfS<sup>8</sup>**Herr R. W., (damals 50 Jahre alt)

1961 ... Die Zelle war Schlafrum, Toilette, Eßraum zugleich. Waschen nach der Benutzung der Toilette war nicht möglich.<sup>9</sup> Nur früh gab es Wasser zum Waschen. Die Zelle war ausgefüllt mit der Holzpritsche, worauf man schlief. Liegen war nur während der Nacht gestattet. Es durfte nur aufrecht gegessen werden, Abstützen war verboten.

Von der Tür zur Pritsche ca. 2 m. Mit 1 ½ Schritt hatte man die Zelle durchwandert. Und dies zu zweien ... ich war lebend begraben ...

„Freistunde“ war bei der Stasi vor dem Mittagessen. Aber meistens dauerten die Vernehmungen bis 12 Uhr, wenn die „Freistunde“ vorbei war.

Ein Buch - natürlich eins der kommunistischen Ideologie - zu lesen, war eine Vergünstigung! Und diese „Vergünstigung“ erhielt ich selten, um sie bald wieder entzogen zu bekommen; einen Grund fand die Stasi stets. Angebliche Gründe: Ich sei durch und durch verlogen, solle bei den Vernehmungen die Wahrheit sagen, hätte zur Nachbarzelle Klopfzeichen gegeben oder Verbote auf der Zelle mißachtet. Dann wollte ich die Bibel haben. Die erhielt ich nicht. Auch das „Kapital“ von Marx wurde abgelehnt.

Die Verpflegung bestand aus 2 Schnitten Brot früh, dünn mit Marmelade bestrichen, das Mittagessen im wesentlichen aus Wasser. Abends 2 Schnitten Brot, dünn mit Margarine billigster Qualität ... Man konnte dabei leben, war aber bei der Verpflegung den folgenden brutalen Vernehmungen auf die Dauer nicht gewachsen.

Da ich Schreibverbot hatte, durfte ich zu Weihnachten 1961 nicht nach Hause schreiben.<sup>10</sup>

Erst sollte ich Namen aus meinem Bekanntenkreis nennen, die der DDR - also dem kommunistischen Staat - ablehnend gegenüberstanden, und ich sollte die Wahrheit sagen. Doch mein ganzer Bekanntenkreis stand positiv zur DDR! Aber Wahrheit war nur, was der Stasi paßte; unbequeme Wahrheit waren „Lügen“!

8 Dieser und die folgenden Berichte (Auszüge) von J.E.; U.R. und H.V. aus: Broschüre der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewalt

9 erst 1968 wurden in den ersten Zellen WC und Handwaschbecken installiert, bis dahin waren nur Abortkübel vorhanden

10 Ordnungs- und Verhaltensregeln für die in die Untersuchungshaftanstalt aufgenommenen Personen - Hausordnung - Anweisung der Abt. XIV / MfS: ... Pkt.1.2: ... gewährleistet ... postalische Kontakte ... Pkt. 6: ... grundsätzlich 4 Briefe / Monat ...

Auf das Schreibverbot antwortete ich mit einem Hungerstreik. Dauer bis zur Genehmigung, meinen Angehörigen zu schreiben. Drei Tage aß ich nichts. Dann durfte ich eine halbe Seite schreiben. Es kam keine Antwort. Ich sagte, daß eine Antwort kommen müßte.

Die Stasi: „Wollen Sie uns etwa unterstellen, daß wir - die Staatssicherheit - Ihren Brief unterschlagen haben? Wenn die Post den Brief verbummelt hat, dann ist das nicht unsere Sache.“

Daneben die üblichen Beschimpfungen: „Sie Drecksau, Ihre Mutter sollte sich totschämen, solch ein Mistvieh wie Sie überhaupt zur Welt gebracht zu haben!“ ... Ich kündigte einen zweiten Hungerstreik in 14 Tagen an - solange, bis ich Post von meiner Familie erhalten würde. Jeden Morgen bei Beginn der Vernehmungen waren meine ersten Worte: Noch 13 Tage, noch 12 Tage usw. Die Antwort der Stasi war stets eine wüste und verletzende Anbrüllerei.

Nach wenigen Tagen kam nun endlich, es war Mitte Januar, ein Brief von meiner Ehefrau: „Soeben ist Dein Weihnachtsbrief angekommen ...“ Das war seit meiner Verhaftung im September 1961 das erste Lebenszeichen von mir, das meine Familie erhielt.

Der Winter 1961/62 war trostlos. Die Vernehmungen gingen im allgemeinen bis 18 Uhr ... Anbrüllen war die Regel, daneben gabs vom Vernehmer recht schmerzhaft Kopfnüsse. Oft kamen noch ein oder zwei Offiziere dazu. Kreuzverhöre mit unglaublichen Beschimpfungen. Ruhe hatte ich erst dann, wenn ich ausgesagt hatte, wie es die Stasi wünschte ... Und dann die trostlose Zelle ... Zeitungen gab es nicht, und ein Rechtsbeistand war ebenfalls nicht gestattet.

Im Februar und März waren die besonders harten Vernehmungen. Ein Hauptmann zeichnete sich durch besondere Brutalität aus. Ich war so heruntergekommen, daß ich mir mit der flachen Hand unter die Rippen fahren konnte. Der Hauptmann schlug mich zusammen und trat mich mit den Füßen. Wehren konnte ich mich nicht. Mein Vernehmer - ein Oberleutnant - stand lächelnd dabei! Der Grund, wie im allgemeinen bei den dauernden Anbrüllereien: Meine Aussagen paßten der Stasi nicht. Wahrheit war sowieso Nebensache. Hauptsache, es paßte in deren Konzept.

In dieser Lage bat ich wiederholt, mir doch endlich den Prozeß zu machen. Sie könnten mich zum Tode verurteilen. Die Antwort des Hauptmannes: „Sie zum Tode verurteilen, geht viel zu schnell. Bloß die Rübe runter und dann ist es vorbei. Davon haben Sie nichts! Sie kriegen eine anständige Zuchthausstrafe! Dann geht es langsamer und Sie haben mehr davon. Wenn Sie dann den Arsch zukneifen, kräht kein Hahn danach. Er wiederholt immer die Worte: „Erst mal Namen nennen, erst mal auspacken. Erst dann der Prozeß.“ ...

Herr J. E., (damals 26 Jahre alt)<sup>11</sup>

1971 ... So kam es, daß ich am 27. 5. 1971 auf der Landstraße - ich fuhr als Arzt zu meiner Arbeitsstelle - gestoppt und aus dem Auto gezerrt wurde. Man preßte mich in ein anderes Fahrzeug zwischen zwei Stasi-Büttel, und es hieß, man brauche mich zur "Klärung eines Sachverhaltes". Das Fahrzeug nahm den Weg nach Magdeburg in die UHA des MfS. Als sich die doppelten Stahlstore hinter mir geschlossen hatten, kam ich in eine ca. 1 x 1 m große fensterlose Zelle, aus der ich nach 1 Stunde zur Leibesvisitation herausgeholt wurde ... Dann kam ich zu meinem ersten Verhör. In einem karg möblierten Raum saß ein zivil gekleideter Mann, kaum älter als ich.

Er befahl mir, an der Tür stehen zu bleiben. "Daß Sie eines Tages bei uns landen würden, war klar!", waren seine Begrüßungsworte. Meine Fragen, wessen man mich beschuldigt, oder ob ich einen Anwalt benachrichtigen oder zu Hause Bescheid geben dürfte, riefen bei dem Stasi-Mann Gelächter hervor. "Sie wissen wohl nicht, wo Sie hier sind! Sie haben zu viel Westfernsehen geschaut. In den Krimis gibt es Anwälte, hier sind Sie beim MfS, hier bestimmen wir!"

Danach folgten endlose Fragen, bis man mir vorhielt, ich wollte diese Republik verlassen, was ich zunächst verneinte. Ein zweiter Mann in Uniform wurde hinzugeholt. Dieser Mann schrie auf mich ein, ich solle mich in die Ecke stellen. In den folgenden Stunden machte man mir brüllend klar, daß man mich fertigmachen würde. Sie bekämen schon, was sie wollten. Ich würde noch vor ihnen winseln, wenn erst ein Jahr Einzelhaft vorbei sei. Man drohte mir mit Schlägen und jahrelanger Untersuchungshaft, wenn ich nicht gestehen würde, ein Verräter zu sein. Das dauerte bis zur Morgendämmerung.

Endlich führte man mich in eine 2-Mann-Zelle, die für die nächsten Monate mein Zuhause sein sollte. Nach 2 Stunden führte mich der Posten wieder zum Verhör und erklärte mir, daß ich in Zukunft mit "27/1" angesprochen werden würde. Diesmal wurde ich mit Freundlichkeit empfangen. Man kam auf die kumpelhafte Tour: "Wir machen ja alle mal einen Fehler. Sagen Sie alles aus, und Sie sind schnell wieder draußen!" Doch nicht lange, da wurde Oberleutnant Funke wieder laut. Ich mußte wieder stehen, er drohte mir wieder mit Schlägen; es begann das gleiche entnervende Fragespiel wie in der Nacht zuvor ... Ich erfuhr, daß sich meine gesamte Familie - bis auf eine Schwester - in Haft befand. Es folgten fast täglich diese Verhöre, die im Durchschnitt 8 Stunden dauerten. Wenn ich die Vernehmungsprotokolle, wo meine Aussagen immer

<sup>11</sup> ergänzt durch Passagen seines Beitrages in: Politische Justiz in der DDR. Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1993

verdreht und sinnentstellt wiedergegeben waren, nicht unterschrieb, hatte das Einzelhaft, Androhung von Schlägen, Rauch- und Leseverbot zur Folge. Es wurde mir auch erklärt, wenn ich nicht zur Zufriedenheit des MfS aussagen würde, bekäme ich niemals Kontakt zu meiner Familie oder anderen Personen bzw. könnte keine Verbindung zu einem Anwalt aufnehmen.

Es folgten Wochen, in denen ich überhaupt nicht mehr zum Verhör geholt wurde. Der permanente optische und akustische Reizentzug ließ einen vereinsamen und lethargisch werden. Man hatte keinerlei Kontakt zur Außenwelt. 3 x am Tag öffnete sich eine kleine Klappe, durch die das Essen hineingeschoben wurde. Für 15 Minuten wurde man täglich in einen Käfig, den sogenannten "Freigang" geführt, der 3 x 3 m groß und von einer 3 m hohen Mauer umgeben war, und in dem man allein war ...

Dann setzte wieder eine Serie von Verhören ein ... Manchmal durfte ich mich hinsetzen, mußte jedoch meine Hände unter die Oberschenkel schieben. Man erklärte mir, daß die Bewegung meiner Hände beim Sprechen als Angriff aufgefaßt werden könnte ... Man machte mir klar, daß man doch am längeren Hebel säße. Ich wäre in zwei Jahren noch hier. Sie würden jeden Abend nach Hause gehen und ihr Leben genießen. "Wir machen Sie so fertig, daß Sie eines Tages jedes Protokoll unterschreiben!" Ich wurde zunehmend unsicherer ...

Als ich eines Tages einen anderen Häftling in meine Zelle bekam, begriff ich sehr schnell, daß dies nicht meiner Zerstreuung dienen sollte, sondern daß man auf diese Weise zu Informationen gelangen wollte, die im Verhör nicht herausgearbeitet werden konnten. Der Mithäftling verstrickte sich nach meinen Fragen in Widersprüche bezüglich der eigenen Haftgründe und verschwand auch sehr plötzlich wieder aus meiner Zelle.

In Zelle 27, in der ich den Sommer über inhaftiert war, herrschten Temperaturen von mindestens 40 Grad, der Kaminzug des Kohleofens, auf dem 2 Etagen unter mir das Essen gekocht wurde, nahm die Zellenwand fast in der gesamten Breite ein. Obwohl ich den ganzen Tag mit nacktem Oberkörper auf dem Schemel saß, lief der Schweiß in Strömen. Als es Winter wurde, verlegte man mich in eine unbeheizte Außenwandzelle in der ich trotz übergehängter Decken erbärmlich fror. Die Konzentration ließ deutlich nach, was zum Teil ein Erfolg des von Anfang an systematisch betriebenen Schlafentzuges war: Der Wachposten machte nachts alle 10 Minuten grelles Licht an und schlug mit dem Schlüsselbund an die Tür. Der Gefangene hatte sich dann mit dem Gesicht zur Tür zu legen und zu erkennen zu geben, daß er wach sei. Der Grund für die ständige Störung war die angebliche Sorge, ob man noch am Leben sei ...

Nach einem Dreivierteljahr durfte ich einen Rechtsanwalt beauftragen. Das erste Gespräch mit diesem dauerte eine halbe Stunde. Es war verboten, über die sogenannte "Straftat" und über die Haftbedingungen zu sprechen. Erlaubt war lediglich eine Unterhaltung über persönliche Angelegenheiten; Verteidigungsmittel wie Strafgesetzbuch oder Papier und Schreibgerät waren verboten. Es war offensichtlich, daß man im Prinzip auf einen Anwalt verzichten konnte, doch nur über ihn vermochte man einen gewissen Kontakt zur Außenwelt herzustellen.<sup>12</sup> ...

Die Staatssicherheit verfolgte nur ein Ziel: Den Gefangenen zu zerbrechen, ihn einzuschüchtern und ihn als potentiellen Staatsgegner für die Zeit nach der Haft auszuschalten ... Es sollte ihm für immer der Mut fehlen, sich jemals gegen sein Peiniger zu äußern oder gar etwas gegen den Staat zu unternehmen ...

Nach einem Jahr legte man mir eine Anklageschrift vor, verfaßt von Staatsanwalt Stauffenbiel. Ich durfte diese im Beisein eines MfS-Offiziers durchlesen und mußte sie danach wieder abgeben. Mein Anwalt bekam ebenfalls keine Anklageschrift ausgehändigt, so daß er eine Verteidigung überhaupt nicht vorbereiten konnte ...

Der sogenannte Prozeß ging über drei Tage ... in einer Weise, die mich sehr an den Volksgerichtshof des Roland Freisler erinnerte ... Unsere Anwälte baten "um eine gerechte Strafe". Ich erhielt wegen staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme und ungesetzlichem Grenzübertritt im schweren Fall drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus ... Nach Rechtskraft des Urteils kamen wir für kurze Zeit in das Bezirksgefängnis Magdeburg. Ich wurde in eine Zelle eingewiesen, die für 10 Häftlinge eingerichtet war. Wir waren jedoch zu 15 Mann untergebracht, fünf mußten nachts auf dem Zementfußboden schlafen ... Später kam ich ins Zuchthaus Cottbus, dann nach Chemnitz, von wo aus ich in die Bundesrepublik entlassen wurde, nachdem ich erneut meinen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft des SED-Staates bestätigt hatte.

#### Herr U. R.

1979 ... Die Zeit in diesem Gefängnis hat mich für mein Leben geprägt. Ich kannte vorher Kasernen und Internate, aber diese Gefängnis erscheint mir heute noch (und obwohl ich es selbst erlebt habe) unvorstellbar.

12 "Hausordnung" für Untersuchungshäftlinge Pkt 1.2: ... gewährleistet ... insbesondere das Recht auf Verteidigung. Zur Umgehung dieser Bestimmung stufte das MfS die Verteidiger als "Besucher" der Häftlinge ein, für die gesonderte Auflagen galten.

Am gravierendsten war wohl die über allem herrschende Stille, die Posten, Schließer, sprachen beinahe im Flüsterton ... Die Zellen: An den Wänden Ölfarbe, das "Fenster" bestand aus mehreren Reihen von Glasziegeln ... Schon nach Minuten stellte sich so das Gefühl vollkommenen Ausgesetzt-Seins, völliger Isolation ein ...

Sechs Wochen hielt man mich so in der Zelle, ohne eine einzige Vernehmung zu machen. Ich erlebte diese Situation als schwerstes Druckmittel, da die Ungewißheit extrem anstieg von Tag zu Tag. Das Nichtkommunizieren und der Einschluß im Gefängnis bekam so einen unmittelbaren Bestrafungscharakter. Man wartete wohl darauf, daß ich mich "freiwillig" zu den Verhören melde bzw. psychisch zusammenbreche. Ich kenne andere Häftlinge, denen es ähnlich erging. Entweder hoher Druck (mit Anbrüllen usw.) von der ersten Minute an, oder "Sitzenlassen" in der Zelle ohne Ansprache.

Nach den 6 Wochen begannen die Vernehmungen. Ich erlebte Anschreien, Tritte gegen den Stuhl, auf dem man saß, Schlagbewegungen gegen das Gesicht, die im letzten Moment abgebremst wurden. Es fielen Worte wie: "Wir schlagen Sie mit dem Kopf gegen die Wand, bis Sie wieder vernünftig sind ... Wir können auch anders ... Jetzt werden wir mit Ihnen Schlittenfahren, wir sind ja allein ... Wir stecken Sie in einen Sack und binden ihn oben zu ..." Einzelhaft galt - wenn sie länger dauerte - als Druckmittel ...

... Besonders schlimm wirkte sich die Haft auf Menschen aus, die "draußen" noch Probleme hatten, z. B. minderjährige, unversorgte Kinder ("... die kommen in ein Heim ..."); nahe Verwandte, die auch in Gefahr waren weil sie ebenfalls "Verrat" begangen hatten; angebliche Untreue der Ehefrau oder Lebensgefährtin; politische "Distanzierung" einer wichtigen Bezugsperson usw. ... Oft lagen aus heutiger Sicht dabei massive Einmischungen des MfS in sogenannten "Operativen Vorgängen" vor, es wurden "Zersetzungsmaßnahmen" angewandt.

Das galt auch für die Haftbedingungen, die durchweg darauf gerichtet waren, den Willen des Untersuchungshäftlings zu brechen. Bei besonders "hartnäckigen Tätern" setzte man oft gezielt Zellenspitzel<sup>13</sup> ein, um auf diese Weise zu Ermittlungsergebnissen zu kommen. Die Anwendung psychischen Drucks bei den Verhören wurde immer mehr genutzt. Die siebziger und achtziger Jahre unterschieden sich da nach meinen Kenntnissen nicht wesentlich.

13 sogenannte ZI (Zelleninformatoren)

Herr H. V.

1982 ... Nachdem sich die automatischen, stählernen Tore in Magdeburg geöffnet und wieder geschlossen hatten, forderte mich ein Uniformierter des MfS auf, die Taschen zu leeren, - auch das tat ich ohne innere Beteiligung. Sodann wurde ich in ein Zimmer geführt, in dem unmittelbar neben der Tür ein Stuhl stand, auf den ich mich mit dem Rücken zur Tür setzen mußte; in die Tiefe des Raumes hinein fiel ein etwa 3 m langer Tisch auf, an dessen Ende ... der "Vernehmer" saß ... Allerdings muß ich gestehen, daß ich nicht wagte, das Verbot zu mißachten, mich umzudrehen, als mein Sohn ging. Ich hatte einfach auch Angst. Was wußte ich, was hier praktiziert wurde? Gehört hatten wir schon viel, bis hin zu mysteriösen Unfällen oder schweren Erkrankungen.

Nach dem Verhör wurde ich in "meine" Zelle gebracht. Dies war die zweite Schockerfahrung: eingesperrt! Nach dem Verhör hatte ich in meiner Naivität geglaubt, nach Hause fahren zu können. Der Anruf des Vernehmers mit dem Wort: "Abführen!" traf mich wie ein Hammer.

Die Zelle war leer, dunkel und klein. Am Ende ein kleines, mit Glasbausteinen zugemauertes Fenster ...

Wann morgens geweckt wurde, wer weiß es? Nach dem Waschen und dem durch die Luke gereichten Frühstück begann ein Tag in das Nichts hinein ... Vierzehn Tage war ich isoliert ... Es gab zunächst drei Bewegungsmöglichkeiten: Der Gang in der Zelle (5 Schritte), auch einige gymnastische Übungen, Liegestütze zwischen den Betten, der Gang zum Verhör und der sogenannte Freigang.

Zum Ablauf des Tages gehörte es, für 15 Minuten an die frische Luft zu gelangen: ummauerte Flächen von etwa 5 x 5 m und oben mit Maschendraht abgedeckt. Darüber die Schritte des Bewachers und in unmittelbarer Nachbarschaft das Geräusch von Herumtoben der Kinder während der Schulpause.<sup>14</sup> Da draußen war die Freiheit, wer sehnte sich nicht nach ihr? Das war auch eine Form des psychologischen Terrors, denn es wäre durchaus möglich gewesen, den "Freigang" zeitlich zu verschieben.

Einmal geschah es, daß es geschneit hatte und noch Schnee in der "Schweinebucht" lag. Wir malten mit Schnee Blumen an die Wände, was den sofortigen Abbruch des Freiganges zur Folge hatte. Fortan waren die "Gemächer" peinlichst gereinigt; auch kleine Steinchen, beliebtes Objekt zum Kicken, waren spurlos verschwunden. Man sollte sich ja dessen bewußt werden, weshalb man eingesperrt war, jede Ablenkung war deshalb nicht erwünscht ...

<sup>14</sup> unmittelbar an die Mauer des "Freiganges" grenzt ein Schulkomplex - siehe Lageplan der UHA

Herr H. H.<sup>15</sup>

1981 ... Nach der Festnahme ging die Fahrt mit einem Wagen des MfS, Typ "Volga" ... in das MfS-Untersuchungsgefängnis am Moritzplatz in Magdeburg. Kurz nach 9 Uhr kamen wir dort an. Sofort wurde ich dem für mich zuständigen Vernehmeroffizier zugeführt. Zuerst gab es allerdings Schelte vom Chef der Vernehmergruppe, einem Major, für die Männer, die mich festgenommen hatten: Sie hatten vergessen, mich zu durchsuchen. Dann wandte sich der Major mir zu: "Diesmal dürfte Ihr Aufenthalt etwas länger dauern, Herr Helmecke, das kann ich Ihnen garantieren."

Die Vernehmungen begannen sofort. Es waren drei Offiziere, die sich ablösten, manchmal auch zu zweit oder zu dritt "arbeiteten". Natürlich habe ich niemals die Namen dieser Leute erfahren ... Nach wie vor setzen die Untersuchungsorgane des MfS auf das Überraschungsmoment, indem sie den Schock der Verhaftung ausnutzen. Dazu wird stundenlang ohne Pause vernommen. Jedes Mittel ist recht, um zum Erfolg zu kommen. Drohungen, Verleumdungen, Unterstellungen - dies alles gehört zum Programm eines geschulten Vernehmers ... Von Anfang an gehört es zur Absicht, beim Gefangenen ein Gefühl der absoluten Hilflosigkeit zu erzeugen - das wird fast immer erreicht.

Meine erste Vernehmung dauerte bis zum Abend des folgenden Tages, also ca. 30 Stunden. Man warf mir vor, die "innere Sicherheit" der DDR angegriffen zu haben, indem ich Freunde, Bekannte und Kollegen gegen die Verhältnisse in der DDR aufgehetzt hätte mit dem Ziel, konterrevolutionäre Zustände wie in Polen auf die DDR übertragen zu wollen. Weiter hätte ich die Bündnispolitik der DDR angegriffen, indem ich die Regierung als Marionetten Moskaus bezeichnet hätte, und schließlich hätte ich "sogenannte" freie Wahlen verlangt mit dem Ziel, die DDR der Bundesrepublik einzuverleiben. Zu allem hätte ich versucht, Kollegen zum Streik aufzuhetzen, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre als Handlanger beschimpft, die Nationale Volksarmee der DDR als russische Satellitentruppe bezeichnet usw., usw. ...

Am 27. Mai abends wurde die erste Vernehmung abgebrochen ... Angehörige der Wachmannschaft brachten mich in die Kleiderkammer, ich durfte duschen, erhielt anstattseigene Kleidung. Dann wurde ich in eine Zelle gebracht. Ein Bewacher klärte mich auf, daß ich von nun an Nummer 25/1 sei, als ich später verlegt wurde, erhielt ich die Nummer 23/2 ...

Total übermüdet schlief ich am Abend nach meiner ersten Vernehmung ein, wie lange ich geschlafen habe, weiß ich nicht. Es war noch dunkel, als ich geweckt und zum nächsten Verhör gebracht wurde ...

<sup>15</sup> aus: Karl Wilhelm Fricke: Zur Menschen- und Grundrechtssituation politischer Gefangener in der DDR, Köln 1988, (Auszüge des 1986 gegebenen Berichtes )

Von nun an begannen die Vernehmungen geregelt abzulaufen. Sie fingen in der Regel morgens um 7 Uhr an, wurden mittags durch eine einstündige Pause unterbrochen und endeten abends zwischen 16 und 18 Uhr. Den „Freihof“, wie diese Verschläge aus Rauhputzmauern, die oben mit Maschendraht bespannt sind, zynisch genannt werden, bekam ich selten zu sehen ...

Die Vernehmungen begannen stets mit der gleichen Frage: „Inwieweit sind Sie bereit, zur Wahrheitsfindung beizutragen?“... anschließend erfolgte der Hinweis, daß von der Vernehmung eine Schallaufzeichnung angefertigt würde, ich zeichnete das Band mit Namen, Ort und Datum ab und stereotyp erfolgten die ersten Fragen: „Wie sind Sie in der Öffentlichkeit gegen die Partei (den FDGB, die FDJ, die sozialistische Kindererziehung, die DSF, die Bündnispolitik der DDR usw., usw.) aufgetreten?“ ...

Meine Vernehmungen wurden im September - also nach rund 4 Monaten abgeschlossen. Tagelang versuchte man dabei, mir illegalen Waffenbesitz anzulasten - ein vergebliches Unterfangen.

(...)

## Befehlszentralen des NKWD-/SED-Regimes 1945-1989

Bis zum Abzug der GUS-Truppen aus Deutschland befand sich die letzte Kommandantur für Magdeburg in der Jean-Burger-Straße 8-10, die Verwaltung der 3. Stoßarmee der Russen in der Gerhart-Hauptmann-Straße 24-26. Unmittelbar benachbart in der gleichen Straße, Nr. 16 arbeitete im Gebäude der ehemaligen Feuersozität die SED-Bezirksleitung. Von hier aus gingen die Weisungen an die anderen Machtorgane. In diesem Hause befand sich auch der Sitz der Bezirks-Einsatzleitung (BEL), die in regelmäßigen Abständen tagte. Den Vorsitz hatte der jeweilige SED-Bezirkssekretär, ihm zur Seite standen sein Stellvertreter und der Leiter der Abteilung Sicherheit der SED. Zur Beratung waren als ständige Mitglieder immer der Leiter der Bezirksverwaltung Magdeburg des MfS und der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) anwesend, beide im Generalsrang, sowie der Leiter des Wehrkreiskommandos (WKK) und der Vorsitzende des Rates des Bezirkes. Hinzugezogen wurden Vertreter der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA) und andere für die Durchsetzung der Forderungen benötigte Fachleute.

Die BEL plante die Durchsetzung von Maßnahmen zur „inneren Sicherheit“ im Bezirk für den Fall einer Mobilmachung oder bei möglichen größeren Unruhen. In den einzelnen Kreisen waren für die Durchführung die örtlichen Kreiseinsatzleitungen (KEL) verantwortlich. Magdeburgs KEL hatte ihren Sitz in einem ehemaligen Fort 12 im Kulturpark „Rotes Horn“.

Der Befehlsgewalt unterstanden die Einsatzkräfte der Volkspolizei einschließlich der Bereitschaftspolizei und der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. Auch die Mitarbeiter der „Zivilverteidigung“, die nicht allein beim Katastrophenschutz tätig werden sollten, waren in die Planung einzubeziehen. Als entsprechende Handlungsgrundlage lag seit 1967 die Internierungsanweisung „Gkdos 1/67“ vor. Sie ist zwar nominell eine Geheime Kommandosache des MfS, hat aber die Durchsetzung und Sicherung der Machtansprüche der SED im Krisensituationen zum Ziel. Nach den Bestimmungen eines „Vorbeugekomplexes“ wären anhand eines als „Kennziffernsystem“ bezeichneten Kataloges 4 verschiedene Personengruppen bearbeitet worden. Unter Kennziffer 4.1.1. geführte Personen wären festgenommen, die unter 4.1.3. benannten in Isolierungslager verbracht worden. Für beide Gruppen gab es ständig zu aktualisierende Karteien, in denen das „wie und wo“ der Ergreifung bereits detailliert festgelegt war. Der Punkt 4.1.4. betraf die gezielte Überwachung der Inhaber von in Schlüsselpositionen der staatlichen Leitung, der Wirtschaft oder anderen wichtigen Bereichen, wenn Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit vorlagen und sie nicht rechtzeitig von ihren Funktionen abgelöst werden konnten. Ein später hinzugefügter Punkt 4.1.5. betraf Personen, die zwar nicht unmittelbar in die „spezifisch-operativen Vorbeugungsmaßnahmen“ einbezogen wurden, deren Verhalten aber bereits in der Vergangenheit eine „labile Grundeinstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR“ erkennen ließen. Sie konnten jederzeit in eine der anderen Kategorien des „Vorbeugekomplexes“ umgestuft werden.

Eine Besonderheit stellt der Punkt 4.1.2. dar, der sich nur mit der Internierung von ausländischen Staatsangehörigen auf dem Gebiet der DDR beim Eintritt eines Spannungsfalles befaßt. Dazu hätten auch alle Transitreisenden auf Straßen oder Schienenwegen gezählt.

Die Geheime Kommandosache war bis ins kleinste Detail ausgearbeitet. Nachdem von zentraler Stelle über die MfS-internen Telefonnetze die festgelegten Codeworte und -ziffern mitgeteilt waren, sollten schlagartig Festnahmen erfolgen. Die Stärke der Einsatzgruppen von MfS und Polizei, ihre Ausrüstung und Bewaffnung für jeden einzelnen Einsatz waren schriftlich festgelegt. In vorbereiteten Karteien waren Wohn- oder Arbeitsorte der Opfer oft sogar mit Lage-skizzen festgelegt, Merkblätter für Häftlinge über die notwendigste Ausstattung an Kleidung u. ä. lagen bereit. Für die Isolierungs- und Internierungslager gab es Festlegungen für Ausstattung, Bewachung, für „Dienststränge“ der Insassen einschließlich der auf der Kleidung anzubringenden Kennzeichnung und sogar die Art der Anrede des Wachpersonals war festgelegt. Um auch im Lager „alles unter Kontrolle“ zu haben, sollten Inoffizielle Mitarbeiter des MfS eingeschleust werden.

Alle diese Vorbereitungen traf im Auftrag der SED das MfS, „Schild und Schwert der Partei“.

Hervorgegangen war diese Organisation aus den nach 1945 gegründeten Sonder-einheiten, dem „Kommissariat 5“ und dem „Nachrichtenamts für Informationen“. Offiziell wurde die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit am 8. 2. 1950 von der Volkskammer der DDR beschlossen. Es entwickelte sich zu dem Macht-apparat der SED. Das MfS kontrollierte und beeinflusste direkt oder durch „Offi-ziere im besonderen Einsatz“ (OibE) und durch eine Vielzahl von „Inoffiziellen Mitarbeitern“ (IM) alle Bereiche des Lebens in der DDR.

In den anfangs noch bestehenden Ländern in der SBZ wurden Länderverwaltungen dieses Geheimdienstes gebildet. Bei der Auflösung der Länder zur Bildung eines zentralistisch geleiteten Staates erfolgte eine Umstrukturierung in kleinere Bezirke und so auch die Einrichtung einer Bezirksverwaltungen des MfS in Magdeburg. Sie arbeitete zunächst im erst 1939 errichteten Gaustabsgebäudes des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes in der Magdeburger Königstraße, der späteren Rathenaustraße. In den folgenden Jahren für war für die ständig wachsende Zahl der Mitarbeiter bald nicht mehr genügend Platz vorhanden, bauliche Erweiterungen aber hier im erforderlichen Maß nicht möglich. So wurden Anfang der 80er Jahre auf dem freien Gelände am Kroatenweg 56-67 in Magdeburg Sudenburg Neubauten für die BV errichtet. In der Rathenaustraße blieb die Kreisdienststelle Magdeburg (KD) sowie einige Arbeitsbereiche der BV. Es handelte sich um Teile des Aktenarchivs, für das in den neuen Häusern nicht ausreichend Platz schien und die Telefonüberwachung wegen der unmittelbaren Nachbarschaft zum Fernmeldeamt in der Listemannstraße.

Das über 100 Millionen DDR-Mark teure Objekt Kroatenweg war von allen Seiten von einer Mauer umgeben, es war so von den zum Teil neuen Wohnbauten abgegrenzt. Gegen Westen war ausreichend Raum für eventuelle Erweiterungen vorhanden. Dieser Komplex wurde in den Stadtplänen nie als bebaut ausgewiesen.

Von hier aus dirigierte man die anderen Partner des sogenannten „politisch-operativen Zusammenwirkens“ (POZW), vor allem Zoll und Polizei. Sie sollte eigentlich völlig dem MfS unterstellt werden, nachdem schon zur Verschärfung des Grenzregimes am 26. 5. 1952 die Grenzpolizei einbezogen wurde<sup>16</sup>. Durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 kam es nicht dazu, weil das MfS nach Ansicht der SED versagt hatte<sup>17</sup>. Statt dessen wurde es 1954 auch der Polizei gestattet, IM anzuwerben und zu führen, deren Tätigkeit aber mußte durch die Abteilung VII des MfS überwacht werden. Die Abschnittsbevollmächtigten der VP (ABV) wurden angewiesen, „Vertrauenspersonen“ als Informanten anzuwerben. Diese konspirative Überwachung von Personen blieb bis zum Ende

16 Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression. Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen; Dresden/Berlin 1996, S. 17

17 ebenda, S. 19

der DDR eine der zentralen Aufgaben der ABV<sup>18</sup>.

Im Mai 1959 wurde bei der VP eine Dienstseinheit gegründet, aus der dann 1964/65 das Arbeitsgebiet I (AG I) der Polizei hervorging. Von Anfang an waren alle von dieser Abteilung erarbeiteten Untersuchungsergebnisse dem MfS zu übergeben. Die Inoffiziellen Kriminalpolizeilichen Mitarbeiter (IKM) waren nach dem gleichen Schema wie beim MfS zu werben, zu führen und zu registrieren. Als Leiter dieser Arbeitsgebiete setzte man bewährte Mitarbeiter des MfS (OibE) ein, alle anderen Polizisten wurden nach den Richtlinien des Staatssicherheitsdienstes vor ihrer Einstellung überprüft und erst dann bestätigt.

Das AG I hatte anfangs die Aufgabe, die Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen, wurde aber zunehmend bei politischen Straftaten als Helfer des MfS eingesetzt. Eine der Arbeitsrichtungen der AG I war z. B. zur „Sicherung der Strafvollzugsanstalten durch IM-Arbeit mit Strafgefangenen“ eingesetzt.

In Spannungsperioden oder dem Kriegsfall wäre das AG I mit seiner Sonderdienststelle I/U dem MfS für den „Vorbeugekomplex“ unterstellt worden. Dem AG I stand sogar selbständig das Recht zu, Vorschläge zur Isolierung von Personen über die zuständige Dienstseinheit des MfS einzureichen.

Die strenge Konspiration dieser Spezialeinheit AG I gegenüber anderen Dienststellen der Polizei führte 1989 dazu, daß das Ausmaß ihrer Tätigkeit nicht sofort erkannt wurde. Die später von der AG I übergebenen Aktenarchive waren in der Zwischenzeit bereits mindestens ausgedünnt worden.

Ein ausführendes Organ der Volkspolizei war in vielen Fällen die Bereitschaftspolizei, deren Magdeburger Kaserne in Prester lag. Auch die Organisation der Zivilverteidigung war nicht allein für Hilfeleistungen bei Katastrophenfällen ausgerüstet. Ihre Bezirksschule befand sich in einem ehemaligen Festungsfort 6 an der Lerchenwuhne in Magdeburg.

In den zivilen Bereichen erfolgte die unmittelbare Durchsetzung aller zentral von der SED erlassenen Anweisungen über die Bezirksregierungen, in Magdeburg durch den Rat des Bezirkes (RdB), Damaschkeplatz. Hier waren die wichtigsten Dienststellen vereint. Daß auch die Staatssicherheit hier ihren Einfluß geltend machte, zeigt allein schon die Tatsache, daß ihr im RdB ein spezielles „Beratungszimmer“ zur Verfügung stand. Die Zahl der hier vorhandenen IM des MfS ist bisher nicht bekannt.

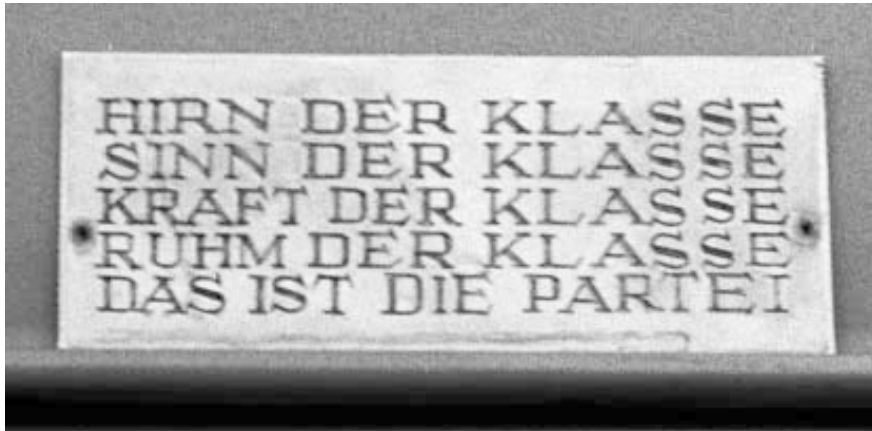
Die Justiz der DDR übte ihr Amt in Magdeburg im Bezirksgericht Halberstädter Straße, zugleich dem Sitz des Kreisgerichtes Süd, und drei weiteren Kreisgerichten aus. In der berühmten Porsestraße 20 (später in der Hegelstraße 30) wirkte das Gericht Süd-Ost, das des Stadtbezirkes Mitte in der Otto-v.-

18 ebenda, S. 21

Guericke-Straße 65. Eine besonders unrühmliche Rolle bei politischen Prozessen spielte das Gericht Nord in der Hamburger Straße 11, das im gleichen Stadtbezirk wie die UHA des MfS lag.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Zeit der SBZ/DDR das Bestreben der Machthaber in diesem Teil Deutschlands, ihre Ziele mit allen Mitteln und Methoden der „Diktatur des Proletariats“ durchzusetzen, getreu nach dem Motto:

„Die Partei hat immer recht!“



Losung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (aufgefunden in der ehem. Kreisdienststelle des MfS Magdeburg) (Foto: Fredi Fröschki, 1989)

## Machttträger der SED

Zu den eigentlichen Machttägern in der DDR wurde im vorangegangenen Teil schon Stellung genommen und einige Wirkungsorte vorgestellt. Die öffentliche Darstellung der „Stärke“ erlebten Bürger der früheren DDR bei vielen Gelegenheiten. Es war kein Anlaß zu gering, um nicht kraftvolle Auftritte zu inszenieren. Damit sollte die untrennbare Einheit von Partei und Volk bewiesen werden. Besonders die Jugend wurde zur Teilnahme verpflichtet und trug solche Veranstaltungen oft unkritisch und vertrauensvoll mit.

Die wenigen hier dargestellten Beispiele von solchen Aufmärschen und öffentlichen Darstellungen ließen sich beliebig vermehren. Sie besitzen aber alle das gleiche Muster und deshalb soll darauf verzichtet werden. (Abbildungen S. 92-95)



Gebäude der ehemaligen Sowjetischen Kommandantur, Jean-Burger-Straße 8 (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Gebäude der ehemaligen Sowjetischen Kommandantur, Jean-Burger-Straße 10 (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



**Verwaltungsgebäude der ehemaligen GUS-Truppen**, Magdeburg, Gerhart-Hauptmann-Straße 24-26 (Foto: Klaus Kramer, 1997)



**Ehemalige SED-Bezirksleitung Magdeburg - Ernst-Thälmann-Haus** -, Magdeburg, Gerhart-Hauptmann-Straße 16 (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



**Ernst-Thälmann-Haus (Details)** (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Ehemalige **Bezirksverwaltung Magdeburg des Ministeriums für Staatssicherheit**, Kroatenweg 56-67, Einfahrt und Wache 1989 (Foto: Archiv Klaus Kramer)



Ehemalige **Bezirksverwaltung Magdeburg des Ministeriums für Staatssicherheit**, Kroatenweg 56-67, frühere Einfahrt und Wache (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



**Gaustabsgebäude des Reichs-Arbeitsdienstes** 1939-1945, Magdeburg, Königstraße 88 (Foto: Stadtarchiv Magdeburg (Bildarchiv))



Gelände der **Kreisdienststelle Magdeburg des Ministeriums für Staatssicherheit** (bis 1989), Magdeburg, Walter-Rathenau-Straße 88 (Foto: Archiv Klaus Kramer)



Ehemalige **Kreisdienststelle Magdeburg des Ministeriums für Staatssicherheit**  
(Foto: Fredi Fröschki, 1997)



„Vorbild und Leitmotiv“ der Mitarbeiter des MfS (aus der ehem. Kreisdienststelle des MfS nach der Auflösung 1989) (Foto: Fredi Fröschki, 1989)



Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt (ehemalige **Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, BDVP**), Magdeburg, Halberstädter Straße 2  
(Foto: Klaus Kramer, 1997)



Polizeidirektion Magdeburg (ehemaliges **Volkspolizei-Kreisamt Magdeburg, VPKA**) Eingang Hallesche Straße (Foto: Klaus Kramer, 1997)



Polizeidirektion Magdeburg, Eingang und Kfz-Einfahrt Buckauer Tor  
(Foto: Klaus Kramer, 1997)



Ehemalige **Bereitschaftspolizei** Magdeburg-Prester (Foto: Klaus Kramer, 1997)



Ehemalige **Bereitschaftspolizei** Magdeburg-Prester, Toreinfahrt  
(Foto: Klaus Kramer, 1997)



Ehemalige **Bezirksleitung der Gesellschaft für Sport- und Technik** (Zentrale für die Wehertüchtigung der Jugend), Magdeburg, Straße der Jugend 27  
(Foto: Klaus Kramer, 1997)



Ehemalige **Kreis-Einsatzleitung Magdeburg (KEL)**,  
Fort 12, Kulturpark Rotehorn Magdeburg  
(Foto oben: Klaus Kramer, 1997; Foto unten: Fredi Fröschki, 1997)



Ehemalige **Bezirksschule der Zivilverteidigung Magdeburg**,  
Lerchenwuhne, Fort 6 (Foto: Fredi Fröschki, 1989)



Propagandatafeln (Foto: Fredi Fröschki, 1997))



**Landesregierung Sachsen-Anhalt, Magdeburger Behörden**  
(30. 1. 1952) (Foto: Stadtarchiv Magdeburg (Bildarchiv))



**Regierungspräsidium Magdeburg des Landes Sachsen-Anhalt** (ehemaliger Sitz Rat des Bezirkes), Magdeburg, Damaschkeplatz (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Ehemaliges **Kreisgericht Magdeburg-Mitte**, Magdeburg, Otto-v.-Guericke-Straße 65 (Foto: Fredi Fröschki, 1997)



Ehemaliges **Kreisgericht Magdeburg-Nord**, Magdeburg, Hamburger Straße 11 (Foto: Klaus Kramer, 1997)



Appell der Kampfgruppen in Magdeburg (Foto: Fredi Fröschki)



Appell der Kampfgruppen in Magdeburg (Fotos: Archiv Klaus Kramer)



Parade der Nationalen Volksarmee in Magdeburg (Foto: Fredi Fröschki)



Gemeinsamer Appell deutscher und russischer Truppen mit Vertretern der SED und der Jugendorganisation der DDR (auch S. 95) (Fotos: Archiv Klaus Kramer)



1. Ausstellung des Historischen Dokumentationszentrums des Bürgerkomitee e. V. Magdeburg
2. Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)
3. Emmrich, J. in: „Politische Justiz in der DDR“, Landeszentrale für Politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, 1993
4. Erler, Peter, „Zur Problematik der sowjetischen Speziallager in der SBZ/DDR 1945-1950“, Horch und Guck 2 / 1994
5. Fricke, Karl Wilhelm, „Zur Menschen- und Grundrechtssituation politischer Gefangener in der DDR“, Köln 1988
6. Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewalt in Sachsen-Anhalt in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS - Broschüre 1996 -
7. Kopalin, Leonid P., Vortrag auf dem Halle-Forum III vom 18.-20. 5. 1996, in: „Erfahrungen aus den Diktaturen - Folgerungen für Gegenwart und Zukunft“, Halle 1996
8. Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen, Dresden/Berlin 1996
9. „Magdeburg 17. Juni 1953“, Magdeburger Museumshefte Nr. 2
10. Ordnungs- und Verhaltensregeln für die in die Untersuchungshaft aufgenommenen Personen - Hausordnung - Abt. XV/MfS, Berlin 29. 1. 1986 (BStU)
11. Rundverfügung Nr. 125/51 des Ministeriums für Justiz der DDR (5. 9. 1951)
12. Schulz, Walter (aus persönlichen Mitteilungen und schriftlichen Darlegungen)
13. Stadtarchiv Magdeburg, Bauaktenkammer und Fotosammlung
14. Stadtplan Magdeburg 1976, VEB Landkartenverlag Berlin
15. UHA Magdeburg, Lageplan (Gedenkstätte)

## Alliiertes Kontrollrat in Deutschland.

### Direktive Nr. 38

Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen

Der Kontrollrat erläßt folgende Direktive:

### ABSCHNITT 1

#### **1. Zweck**

Der Zweck dieser Direktive ist es, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen betreffend:

- a) die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und geschützt haben;
- b) die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren;
- c) die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können.

#### **2. Verweisungen:**

- a) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (I) a;
- b) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (III);
- c) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 5;
- d) Direktive Nr. 24 des Kontrollrats;
- e) Kontrollratsgesetz Nr. 10, Art. II § 3 und Art. III § 1 u. 2.

#### **3. Das Problem und die allgemeinen Grundsätze**

Zwecks Durchführung der in Potsdam aufgestellten Grundsätze wird es für notwendig erachtet, Kriegsverbrecher und Personen, die möglicherweise gefährlich werden können, in fünf Hauptgruppen einzuteilen und einer jeden Gruppe angemessene Strafen und Sühnemaßnahmen festzusetzen.

Quelle der Kontrollratsdirektive 38 und aller folgenden sowjetischen Befehle (S. 97- 122):  
Agde, Günther: Sachsenhausen bei Berlin, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1994

Wir sind der Ansicht, daß die Gruppeneinteilung und die Art der Strafen und der Sühnemaßnahmen in einem Übereinkommen einheitlich festgesetzt werden müssen, ohne aber dabei das freie Ermessen, das den Zonenbefehlshabern durch das Kontrollratsgesetz Nr. 10 eingeräumt wurde, einzuschränken.

4. Eine klare Definition der Alliierten Politik hinsichtlich Deutscher, die offensichtlich gefährlich sind oder möglicherweise gefährlich werden können, ist jetzt erforderlich, um eine einheitliche Behandlung in den verschiedenen Zonen hinsichtlich dieser Personen zu gewährleisten.

#### **5. Gruppen und Sühnemaßnahmen**

Die Zusammensetzung der Gruppen und der Sühnemaßnahmen wird im einzelnen im Abschnitt II dieser Direktive behandelt. Sie soll gemäß den nachstehenden allgemeinen Grundsätzen erfolgen:

- a) Ein Unterschied soll zwischen der Gefangensetzung von Kriegsverbrechern und ähnlichen Rechtsbrechern und der Internierung von Personen gemacht werden, die gefährlich werden und deshalb in Haft gehalten werden können, weil ihre Freiheit eine Gefahr für die Sache der Alliierten bedeuten würde.
- b) Die Zonenbefehlshaber können nach ihrem Ermessen eine Person bewährungsweise in eine niedrigere Gruppe versetzen; ausgenommen hiervon sollen Personen sein, die wegen ihrer Beteiligung an bestimmten Verbrechen als Hauptschuldige überführt worden sind.
- c) In jeder Gruppe bleibt es im Ermessen der Zonenbefehlshaber, nötigenfalls Sühnemaßnahmen im Rahmen der in dieser Direktive gesetzten Grenzen abzuändern, um Einzelfällen gerecht zu werden.
- d) Die Einteilung aller Schuldigen sowie der Personen, die gefährlich werden können, die Festsetzung der Sühnemaßnahmen sowie die Nachprüfung der einzelnen Fälle ist von den Stellen durchzuführen, die von den Zonenbefehlshabern mit der verantwortlichen Anwendung dieser Direktive beauftragt werden.
- e) Die Zonenbefehlshaber und die Spruchkammern sollen berechtigt sein, Personen von einer Gruppe in eine andere einzureihen, sei es in eine niedrigere oder in eine höhere. Die Zonenbefehlshaber können sich nach ihrem Ermessen für die Einreihung, Verhandlung und Nachprüfung deutscher Gerichte bedienen.
- f) Um zu verhindern, daß Personen, die unter diese Direktive fallen, sich den Folgen der Direktive durch Umzug in eine andere Zone entziehen, hat jeder Zonenbefehlshaber dafür zu sorgen, daß die anderen Zonen die von ihm angewendeten Methoden für die Ausstellung von Ausweispapieren eingruppierter Personen kennen und verstehen.

- g) Für die Durchführung dieser Direktive empfiehlt es sich, daß jeder Zonenbefehlshaber in seiner eigenen Zone Befehle oder Gesetze erläßt, die mit den Bestimmungen und Grundsätzen dieser Direktive übereinstimmen. Die Zonenbefehlshaber sollen untereinander Abschriften solcher Befehle und Gesetze austauschen.
- h) Vorausgesetzt, daß derartige Zonengesetze in ihrem wesentlichen Inhalt mit den hier niedergelegten Grundsätzen übereinstimmen, sind die Einzelheiten der Anwendung dem freien Ermessen der Zonenbefehlshaber überlassen, um den örtlichen Bedingungen ihrer Zone gerecht zu werden.
- i) In Berlin soll die Alliierte Kommandantura für die Durchführung der Grundsätze und Bestimmungen dieser Direktive verantwortlich sein und die zu diesem Zweck erforderlichen Verordnungen und Befehle erlassen. Das in dieser Direktive den Zonenbefehlshabern für die Durchführung eingeräumte freie Ermessen übt für Berlin die Alliierte Kommandantura aus.
- j) Abgesehen von den in Abschnitt II dieser Direktive bestimmten Gruppen und Sühnemaßnahmen sollen diejenigen Personen, die Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 begangen haben, nach den Bestimmungen und den in Gesetz Nr. 10 vorgeschriebenen Verfahrensregeln behandelt werden.

#### **ABSCHNITT II**

##### **Artikel I**

##### **Gruppen der Verantwortlichen**

Zur geregelten Beurteilung der Verantwortlichkeit und zur Heranziehung zu Sühnemaßnahmen (ausgenommen in dem unten folgenden Falle 5) werden folgende Gruppen gebildet:

1. Hauptschuldige;
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer);
3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe);
4. Mitläufer;
5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind).

##### **Artikel II**

##### **Hauptschuldige**

Hauptschuldiger ist:

1. Wer aus politischen Beweggründen Verbrechen gegen Opfer oder Gegner des Nationalsozialismus begangen hat.

2. Wer in Deutschland oder in den besetzten Gebieten ausländische Zivilpersonen oder Kriegsgefangene völkerrechtswidrig behandelt hat.
3. Wer für Ausschreitungen, Plünderungen, Verschleppungen oder sonstige Gewalttaten verantwortlich ist, auch wenn diese Akte bei der Bekämpfung von Widerstandsbewegungen begangen worden sind.
4. Wer sich in einer führenden Stellung in der NSDAP, in einer ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände oder in irgendeiner anderen nationalsozialistischen oder militaristischen Organisation betätigt hat.
5. Wer sich in der Regierung des Reiches, der Länder oder in der Verwaltung der früher besetzten Gebiete in einer führenden Stellung, die nur von führenden Nationalsozialisten oder bedeutenden Anhängern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bekleidet werden konnte, betätigt hat.
6. Wer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche politische, wirtschaftliche, propagandistische oder sonstige Unterstützung gewährt hat, oder wer aus dieser Zusammenarbeit für sich oder andere erheblichen Nutzen gezogen hat.
7. Wer in der Gestapo, dem SD, der SS, der Geheimen Feld- oder Grenzpolizei für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv tätig war.
8. Wer sich in einem Konzentrations-, Arbeits-, Internierungslager, in einer Heil- oder Pflegeanstalt an Tötungen, Folterungen oder sonstigen Grausamkeiten in irgendeiner Form beteiligt hat.
9. Wer aus Eigennutz oder Gewinnsucht aktiv mit der Gestapo, dem SD, der SS oder mit ähnlichen Organisationen zusammengearbeitet hat, indem er Gegner der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft denunzierte oder sonst zu ihrer Verfolgung beitrug.
10. Jedes Mitglied des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht als solches gekennzeichnet.
11. In Abschnitt I des Anhangs „A“ ist ein Verzeichnis der Personengruppen enthalten, welche in Anbetracht der ihnen zu Last gelegten Verbrechen, wie sie in den Ziffern 1 bis 10 dieses Artikels näher bezeichnet sind, und in Anbetracht der von ihnen besetzten Stellen sorgfältig zu prüfen sind,

### **Artikel III Belastete**

#### **A. Aktivisten**

##### **I. Aktivist ist:**

1. Wer durch seine Stellung oder Tätigkeit die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wesentlich gefördert hat.

2. Wer seine Stellung, seinen Einfluß und seine Beziehungen zur Ausübung von Zwang, Drohung, Gewalttätigkeiten, Unterdrückung oder sonst ungerichten Maßnahmen ausgenutzt hat.
3. Wer sich als überzeugter Anhänger der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, insbesondere ihrer Rassenlehre, offen bekannt hat.

##### **II. Aktivist ist insbesondere, soweit er nicht Hauptschuldiger ist:**

1. Wer durch Wort oder Tat, insbesondere öffentlich durch Reden oder Schriften oder freiwillige Zuwendungen aus eigenem oder fremdem Vermögen oder durch Einsetzen seines persönlichen Ansehens oder seiner Machtstellung im politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Leben wesentlich zur Begründung, Stärkung und Erhaltung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beigetragen hat.
2. Wer durch nationalsozialistische Lehre oder Erziehung die Jugend an Geist und Seele vergiftet hat.
3. Wer zur Stärkung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unter Mißachtung anerkannter sittlicher Grundsätze das Familien- und Eheleben untergraben hat.
4. Wer im Dienste des Nationalsozialismus ungesetzlicherweise in die Rechtspflege eingegriffen oder sein Amt als Richter oder Staatsanwalt politisch mißbraucht hat.
5. Wer im Dienste des Nationalsozialismus hetzerisch oder gewalttätig gegen Kirchen, Religionsgemeinschaften oder weltanschauliche Vereinigungen aufgetreten ist.
6. Wer im Dienste des Nationalsozialismus Werte der Kunst oder Wissenschaft verhöhnt, beschädigt oder zerstört hat.
7. Wer sich führend oder aktiv an der Zerschlagung der Gewerkschaften, der Unterdrückung der Arbeiterschaft und der mißbräuchlichen Verwendung der Gewerkschaftsvermögen beteiligt hat.
8. Wer als Provokateur, Spitzel oder Denunziant die Einleitung eines Verfahrens zum Schaden eines anderen wegen seiner Rasse, Religion oder seiner politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder wegen Zuwiderhandlungen gegen nationalsozialistische Anordnungen herbeiführt oder herbeizuführen versucht hat.
9. Wer seine Stellung oder seine Macht unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zur Begehung von Straftaten, insbesondere Erpressungen, Unterschlagungen oder Betrügereien ausgenutzt hat.

10. Wer durch Wort oder Tat eine gehässige Haltung gegenüber Gegnern der NSDAP in Deutschland oder im Ausland gegen Kriegsgefangene, die Bevölkerung der ehemals besetzten Gebiete, gegen ausländische Zivilarbeiter, Häftlinge oder ähnliche Personen eingenommen hat.
11. Wer die Versetzung zum Frontdienst von Personen wegen ihrer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus begünstigt hat.

III. Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet.

## B. Militaristen

I. Militarist ist:

1. Wer das Leben des deutschen Volkes auf eine Politik der militärischen Gewalt hinzulenken versucht hat.
2. Wer für die Beherrschung fremder Völker, ihre Ausbeutung und Verschleppung eingetreten oder verantwortlich ist.
3. Wer die Aufrüstung für diese Ziele gefördert hat.

II. Militarist ist insbesondere, soweit er nicht Hauptschuldiger ist:

1. Wer durch Wort oder Tat militaristische Lehren oder Programme aufgestellt oder verbreitet hat oder in einer Organisation (mit Ausnahme der Wehrmacht), die der Förderung militaristischer Ideen diente, aktiv tätig war.
2. Wer vor 1935 die planmäßige Ausbildung der Jugend für den Krieg organisiert oder an einer solchen Organisation teilgenommen hat.
3. Wer in befehlender Stellung für sinnlose Zerstörung von Städten und Dörfern nach dem Einmarsch in Deutschland verantwortlich ist.
4. Wer ohne Rücksicht auf seinen Dienstgrad als Angehöriger der Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes, der Organisation Todt (OT) oder Transportgruppe Speer seine Dienstgewalt dazu mißbraucht hat, persönliche Vorteile zu erlangen oder seine Untergebenen brutal zu mißhandeln.
5. Wer auf Grund seiner Ausbildung und früheren Tätigkeit im Generalstab oder in anderer Weise nach der Ansicht des (zuständigen) Zonenbefehlshabers zur Förderung des Militarismus beigetragen hat, und wer von dem Zonenbefehlshaber als möglicherweise den Zielen der Alliierten gefährlich erachtet wird.

## C. Nutznießer

I. Nutznießer ist:

Wer unter Ausnutzung seiner politischen Stellung oder seiner Beziehungen aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, der Aufrüstung oder aus dem Kriege für sich selbst oder andere persönliche oder wirtschaftliche Vorteile erlangt oder herausgeschlagen hat.

II. Nutznießer ist insbesondere, soweit er nicht Hauptschuldiger ist:

1. Wer ausschließlich auf Grund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP ein Amt oder eine Stellung erhalten hat oder bevorzugt befördert worden ist.
2. Wer erhebliche Zuwendungen von der NSDAP oder von ihren Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden erhalten hat.
3. Wer mittelbar oder unmittelbar auf Kosten der politisch, religiös oder rassistisch Verfolgten, insbesondere mittels Enteignung, Zwangsverkäufen und aller sonstigen ähnlichen Rechtsgeschäfte Vorteile für sich selbst oder für andere erlangt oder erstrebt hat.
4. Wer bei der Aufrüstung oder in Kriegsgeschäften unangemessen hohen Gewinn erzielt hat.
5. Wer sich im Zusammenhang mit der Verwaltung ehemals besetzter Gebiete in ungerechtfertigter Weise bereichert hat.

D. In Abschnitt II des Anhangs „A“ ist ein Verzeichnis der Personengruppen enthalten, welche in Anbetracht der ihnen zu Last gelegten Verbrechen, wie sie in den Absätzen A, B und C dieses Artikels näher bezeichnet sind, sorgfältig zu prüfen und, falls die Ergebnisse der Untersuchung eine Anklage notwendig machen, als Mitschuldige vor ein Gericht zu stellen und im Falle der Schuld zu bestrafen sind.

## Artikel IV Minderbelastete (Bewährungsgruppe)

I. Minderbelastet ist:

1. Wer an sich zur Gruppe der Belasteten gehört, jedoch wegen besonderer Umstände einer mildernden Beurteilung würdig erscheint und nach seiner Persönlichkeit erwarten läßt, daß er nach einer Bewährungsfrist seine Pflichten als Bürger eines friedlichen demokratischen Staates erfüllen wird, dies bezieht sich auch auf ehemalige Angehörige der Wehrmacht.
2. Wer an sich zur Gruppe der Mitläufer gehört, jedoch wegen seines Verhaltens und seiner Persönlichkeit sich erst bewähren soll.

## II. Minderbelastet ist insbesondere:

1. Wer nach dem 1. Januar 1919 geboren ist, nicht zur Gruppe der Hauptschuldigen gehört, jedoch als Belasteter erscheint, ohne aber ein verwerfliches oder brutales Verhalten gezeigt zu haben und nach seiner Persönlichkeit eine Bewährung erwarten läßt.
2. Wer ohne Hauptschuldiger zu sein, zwar als Belasteter erscheint, sich aber frühzeitig vom Nationalsozialismus und seinen Methoden unzweifelhaft und offenkundig abgewandt hat.  
Im Abschnitt III des Anhanges „A“ ist ein Verzeichnis der Personengruppen enthalten, welche sorgfältig zu prüfen und, falls Beweise für ihre Schuld nach den Bestimmungen der Absätze I und II dieses Artikels vorhanden sind, als Mitbelastete anzuklagen und im Falle der Schuld zu bestrafen sind.

### Artikel V Mitläufer

## I. Mitläufer ist:

Wer nur als nomineller Parteigänger an der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft teilgenommen oder sie unterstützt hat.

## II. Demgemäß ist insbesondere als Mitläufer zu betrachten:

1. Wer als Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen - ausgenommen HJ und BDM - lediglich Mitgliedsbeiträge bezahlt, an Versammlungen, deren Besuch obligatorisch war, teilgenommen oder unbedeutende oder laufende Obliegenheiten, wie sie allen Mitgliedern vorgeschrieben waren, wahrgenommen hat.
2. Wer, ohne Hauptschuldiger, Belasteter oder Minderbelasteter zu sein, Anwärter der NSDAP, aber noch nicht endgültig als Mitglied aufgenommen war.
3. Wer, nach Ansicht des Zonenbefehlshabers, als früherer Angehöriger der Wehrmacht auf Grund seiner Fähigkeiten die Ziele der Alliierten gefährden könnte.

### Artikel VI Entlastete

## Entlasteter ist:

Wer trotz seiner formellen Mitgliedschaft oder Anwartschaft oder eines anderen äußeren Merkmals sich nicht nur passiv verhalten, sondern auch aktiv nach besten Kräften der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat.

## Artikel VII

## Sühnemaßnahmen

Nach dem Grade der Verantwortlichkeit sind die Sühnemaßnahmen (Artikel VIII bis XI) in gerechter und billiger Weise zu verhängen, um die Ausschaltung des Nationalsozialismus und Militarismus aus dem Leben des deutschen Volkes und die Wiedergutmachung des verursachten Schadens zu erzielen.

## Artikel VIII

## Sühnemaßnahmen gegen Hauptschuldige

I. Gegen Hauptschuldige, die bestimmte Kriegsverbrechen begangen haben, sind folgende Sühnemaßnahmen zu verhängen:

- a) Todesstrafe;
- b) Zuchthaus oder Gefängnis auf Lebenszeit oder für die Dauer von 5 bis 15 Jahren;
- c) zusätzlich können alle im Absatz II dieses Artikels aufgeführten Sühnemaßnahmen verhängt werden.

II. Die folgenden Sühnemaßnahmen können gegen sonstige Hauptschuldige verhängt werden:

- a) Gefängnis oder Internierung bis zu 10 Jahren; Internierung nach dem 8. Mai 1945 kann angerechnet werden; körperlich Behinderte sind entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu besonderen Arbeiten heranzuziehen.
- b) Ihr Vermögen kann eingezogen werden. Es ist ihnen jedoch der unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse und ihrer Erwerbsfähigkeit zum notdürftigen Lebensunterhalt erforderliche Betrag zu belassen.
- c) Unfähigkeit, ein öffentliches Amt einschließlich des Notariats und der Rechtsanwaltschaft zu bekleiden.
- d) Verlust ihrer Rechtsansprüche auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Zuwendung.
- e) Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts und des Rechts, sich irgendwie politisch zu betätigen oder Mitglied einer politischen Partei zu sein.
- f) Verbot der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder in einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung.
- g) Verbot auf die Dauer von mindestens 10 Jahren nach ihrer Freilassung:
  1. in einem freien Beruf oder selbständig in irgendeinem gewerblichen Betriebe tätig zu sein, sich an einem solchen zu beteiligen oder dessen Aufsicht oder Kontrolle auszuüben;

2. in nichtselbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu werden;
  3. als Lehrer, Prediger, Schriftsteller, Redakteur oder Rundfunk-Kommentator tätig zu sein.
- h) Sie unterliegen Wohnraum- und Aufenthaltsbeschränkungen und können zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden.
- i) Sie verlieren alle ihnen erteilten Approbationen, Konzessionen und Vorrechte sowie das Recht, ein Kraftfahrzeug zu halten.

### Artikel IX

#### Sühnmaßnahmen gegen Belastete

1. Sie können auf die Dauer bis zu 10 Jahren in einem Gefängnis oder in einem Lager interniert werden, um Wiedergutmachungs- und Wiederaufbauarbeiten zu verrichten. Internierung aus politischen Gründen nach dem 8. Mai 1945 kann angerechnet werden.
2. Ihr Vermögen kann als Beitrag zur Wiedergutmachung ganz oder teilweise eingezogen werden. Bei teilweiser Einziehung des Vermögens sind insbesondere die Sachwerte einzuziehen. Die notwendigen Gebrauchsgegenstände sind ihnen zu belassen.
3. Sie dürfen kein öffentliches Amt einschließlich Notariat und Anwaltschaft bekleiden.
4. Sie verlieren alle Rechtsansprüche auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Zuwendung.
5. Sie verlieren alle Rechtsansprüche auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Zuwendung.
5. Sie verlieren das aktive und passive Wahlrecht, das Recht, sich irgendwie politisch zu betätigen oder Mitglied einer politischen Partei zu sein.
6. Sie dürfen weder Mitglieder einer Gewerkschaft noch einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung sein.
7. Es ist ihnen auf die Dauer von mindestens fünf Jahren nach ihrer Freilassung untersagt:
  - a) in einem freien Beruf oder selbständig in irgendeinem gewerblichen Betriebe tätig zu sein, sich an einem solchen zu beteiligen oder dessen Aufsicht oder Kontrolle auszuüben;
  - b) in nicht selbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu sein;
  - c) als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunk-Kommentator tätig zu sein.

8. Sie unterliegen Wohnraum- und Aufenthaltsbeschränkungen.
9. Sie verlieren alle ihnen erteilten Approbationen, Konzessionen und Vorrechte sowie das Recht, ein Kraftfahrzeug zu halten.
10. Nach Ermessen der Zonenbefehlshaber können in die Zonengesetze Sühnmaßnahmen aufgenommen werden, die es den Belasteten untersagen, eine Zone ohne Genehmigung zu verlassen.

### Artikel X

#### Sühnmaßnahmen gegen Minderbelastete

Wer nach dem Spruch einer Kammer in die Gruppe der Minderbelasteten einzureihen ist, kann einer Bewährungszeit unterworfen werden. Diese Bewährungszeit soll mindestens zwei und in der Regel nicht mehr als drei Jahre betragen. Von dem Verhalten während der Bewährungszeit hängt es ab, welcher Gruppe der Betroffene endgültig zugewiesen wird. Während der Bewährungszeit sind die folgenden Sühnmaßnahmen anwendbar:

1. Es ist den Minderbelasteten während der Bewährungszeit untersagt:
  - a) ein Unternehmen als Inhaber, Beteiligter, Leiter oder Bevollmächtigter zu führen oder es zu beaufsichtigen oder zu kontrollieren, ein Unternehmen oder eine Beteiligung daran ganz oder teilweise zu erwerben;
  - b) als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunk-Kommentator tätig zu sein.
2. Ist der Minderbelastete zur Zeit der Einreihung in die Bewährungsgruppe an einem Unternehmen als Inhaber oder Gesellschafter beteiligt, so kann seine Beteiligung an dem Unternehmen gesperrt werden.
3. Der Begriff „Unternehmen“ im Sinne der Paragraphen 1 (a) und 2 dieses Artikels umfaßt nicht notwendigerweise Kleinbetriebe, insbesondere Handwerksbetriebe, Einzelhandelsgeschäfte, Bauernhöfe und ähnliche Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern.
4. Vermögenswerte, deren Erwerb auf Ausnutzung politischer Beziehungen oder besonderer nationalsozialistischer Maßnahmen wie Arisierung und Aufrüstung beruhen, sind einzuziehen.
5. Für die Dauer der Bewährung können zusätzlich einzelne der im Artikel XI bezeichneten Sühnmaßnahmen in gerechter Auswahl und Anpassung verhängt werden, insbesondere:
  - a) Beschränkungen in der Ausübung eines freien Berufes und Verbot der Ausbildung von Lehrlingen;

- b) bei Beamten: Kürzung des Ruhegehalts, Versetzung in den Ruhestand oder in ein Amt mit geringem Rang oder in eine andere Dienststelle unter Kürzung der Bezüge, Rückgängigmachung einer Beförderung, Überführung aus dem Beamtenverhältnis in ein Angestelltenverhältnis.
- 6. Internierung in einem Arbeitslager oder Einziehung des gesamten Vermögens sind nicht anzuordnen.
- 7. Nach dem Ermessen der Zonenbefehlshaber können in die Zonengesetze Sühnemaßnahmen aufgenommen werden, die es den Minderbelasteten untersagen, eine Zone ohne Genehmigung zu verlassen.
- 8. Nach dem Ermessen der Zonenbefehlshaber können Sühnemaßnahmen in die Zonengesetze aufgenommen werden, welche den Minderbelasteten die Wählbarkeit und das Recht zu politischer Betätigung jeglicher Art sowie das Recht, Mitglieder von politischen Parteien zu sein, absprechen; auch kann ihnen das Wahlrecht entzogen werden.
- 9. Sie können angehalten werden, sich an ihrem Wohnort regelmäßig bei der Polizei zu melden.

#### Artikel XI

##### Sühnemaßnahmen gegen Mitläufer

Die folgenden Sühnemaßnahmen gegen Mitläufer können nach dem Ermessen der Zonenbefehlshaber verhängt werden:

- 1. Sie können angehalten werden, sich an ihrem Wohnort regelmäßig bei der Polizei zu melden.
- 2. Sie dürfen weder eine Zone noch Deutschland ohne Genehmigung verlassen.
- 3. Zivilpersonen dieser Gruppe sind bei keiner Wahl wählbar, sie können aber wählen.
- 4. Bei Beamten kann zusätzlich Versetzung in den Ruhestand oder in ein Amt mit geringerem Rang oder an eine andere Dienststelle, gegebenenfalls unter Kürzung der Bezüge oder Rückgängigmachung einer während der Zugehörigkeit zur NSDAP erlangten Beförderung, angeordnet werden.
- 5. Mitläufern kann die Zahlung einmaliger oder laufender Beiträge zu einem Wiedergutmachungsfond auferlegt werden. Bei der Bemessung sind die Dauer der Mitgliedschaft, die Höhe der Beiträge und sonstigen Zuwendungen sowie die Vermögens-, Erwerbs- und Familienverhältnisse und andere wichtige Umstände zu berücksichtigen.

#### Artikel XII

##### Entlastete Personen

Gegen Personen, welche von einer Kammer als entlastet erklärt werden, dürfen keine Sühnemaßnahmen verhängt werden.

#### Artikel XIII

Personen der vorstehend in Artikel II bis VI bezeichneten Gruppen, welche bestimmter Kriegsverbrechen oder sonstiger Vergehen schuldig sind, können ungeachtet ihrer gemäß dieser Direktive vorgenommenen Eingruppierung strafrechtlich verfolgt werden. Die Verhängung von Sühnemaßnahmen auf Grund dieser Direktive schließt eine strafrechtliche Verfolgung wegen des gleichen Vergehens nicht aus.

Ausgefertigt in Berlin am 12. Oktober 1946.

Auf den Nachdruck der Anhänge wurde aus Platzgründen verzichtet.

(Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Nummer 11, 31. Oktober 1946. Herausgegeben vom Alliierten Sekretariat Berlin, Elsholzstr. 32, S. 184)

#### Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR vom 22. Februar 1945

##### STRENG GEHEIM

1945

Nr. 00101

INHALT: Über ergänzende Maßnahmen zu den Befehlen des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 und Nr. 0061 vom 6. Februar 1945  
Moskau, 22. Februar 1945

In Ergänzung zu den Befehlen des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar und Nr. 0061 vom 6. Februar 1945

##### BEFEHLE ICH:

- 1. In Übereinstimmung mit dem Befehl des NKWD der UdSSR vom 11. Januar 1945 sind von den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR die Inhaftierten wie folgt in die Lager des NKWD einzuweisen:

a) Kommandeurs- und Mannschaftsdienstgrade der deutschen Armee und anderer gegen die UdSSR kriegführender Länder, Kommandeurs- und Mannschaftsdienstgrade des Volkssturms, Führungskräfte und operative Kräfte von Polizeiorganen, Gefängnissen und Konzentrationslagern, Militärkommandanten, militärische Untersuchungsführer, Militärstaatsanwälte und Angehörige anderer militärisch strukturierter Organisationen sind in Kriegsgefangenenlager einzuweisen.

b) Zivilpersonen (keine Staatsbürger der UdSSR), Angehörige anderer feindlicher Organisationen, Leiter auf Gebiets-, Stadt- und Kreisebene, Bürgermeister, Leiter großer Wirtschafts- und Verwaltungsorganisationen, Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure. Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen und andere feindliche Elemente sind in Internierungslager der GUPWI<sup>1</sup> des NKWD der UdSSR einzuweisen.

c) Sowjetische Staatsbürger sind in die Überprüfungs- und Aussonderungslager des NKWD der UdSSR einzuweisen.

d) Angehörige deutscher Arbeitsbataillon, die auf Grund der Anordnung der GOKO<sup>2</sup> Nr. 7467 ss vom 3. Februar 1945 mobilisiert wurden, sind zum Arbeitseinsatz den Diensten der GUPWI des NKWD der UdSSR zuzuweisen.

2. Die Kriegsgefangenen und Internierten sowie die Angehörigen deutscher Arbeitsbataillone sind durch die Operative Leitung der GUPWI des NKWD der UdSSR und entsprechend der NKWD-UNKWD<sup>3</sup> operativ-tschekestisch<sup>4</sup> zu behandeln.

3. Die unter den in Überprüfungs- und Aussonderungslagern des NKWD der UdSSR befindlichen sowjetischen Staatsbürgern ermittelten feindlichen Elemente sind zu überprüfen und Untersuchungsprozesse zu führen:

a) bei Angehörigen der Roten Armee, die in Kriegsgefangenschaft oder eingekesselt waren, durch die Organe der „Smersch“<sup>5</sup> NKO der Lager;

b) bei Zivilpersonen durch die entsprechenden territorialen Organe des NKWD-NKGB.

4. Der Leiter der GUPWI des NKWD der UdSSR, Generalleutnant Gen. Kriwenko, und der stellv. Leiter der GUPWI des NKWD der UdSSR, Kommissar 3. Ranges Gen. Kobulow haben zusammen mit den entsprechenden Organen des NKWD einen strengen Nachweis über die eingelieferten internierten und mobilisierten Deutschen und Personen anderer Nationalität sowie die informationsdienstliche Bearbeitung dieser Kontingente zu sichern mit dem Ziel, die aktiven feindlichen Elemente unter ihnen herauszufinden. Falls operativ notwendig, sind die operativen Maßnahmen mit dem NKGB, der „Smersch“ NKO und mit der Leitung der Abwehr der Roten Armee zu koordinieren. Der Leiter der Abteilung

Überprüfungs- und Aussonderungslager des NKWD der UdSSR, Kommissar der Staatssicherheit Gen. Schitikow, hat die gleiche Arbeit für die Zivilpersonen in den Überprüfungs- und Aussonderungslagern zu organisieren.

5. Der Stellvertreter des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der UdSSR, Kommissar 2. Ranges der Staatssicherheit Gen. Tschernyschow, hat zusammen mit den Genossen Kriwenko und Schitikow die Bereitschaft der Kriegsgefangenen- und Internierungslager sowie der Überprüfungs- und Aussonderungslager zur Aufnahme und Unterbringung der von den Fronten eintreffenden Kontingente für zunächst 100 000 Personen und zum 15. März für weitere 100 000 Personen zu sichern.

VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN DER UDSSR

L. BERIJA

Generalkommissar der Staatssicherheit

Für die Richtigkeit: Unterschrift unleserlich

(Staatliches Archiv der Russischen Föderation Moskau, found 9401)

Anmerkungen

- 1 Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte
- 2 Staatliches Verteidigungskomitee
- 3 Verwaltung des NKWD
- 4 Nach Tscheka - „Gesamtrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage“ sowjetischer Geheimdienst
- 5 Die Spionageabwehrorganisation Schmersch (Tod den Spionen) war eine Abteilung des Volkskommissariats für Verteidigung (NKO)

Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR vom 18. April 1945

STRENG GEHEIM

Nr. 00315

INHALT: Über die teilweise Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945

Moskau, 18. April 1945

In teilweiser Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945

## BEFEHLE ICH:

1. Von den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR sind beim Vorrücken der Truppen der Roten Armee auf das vom Feind zu befreiende Territorium bei der Durchführung tschekistischer Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen der Roten Armee von feindlichen Elementen zu inhaftieren:

- a) Spionage-, Diversions- und terroristische Agenturen des deutschen Geheimdienstes;
- b) Angehörige aller Organisationen und Gruppen, die von der deutschen Führung und den Geheimdiensten des Gegners zu Diversionshandlungen im Hinterland der Roten Armee abgestellt wurden;
- c) Betreiber illegaler Sendestationen, Waffenlager und Druckereien, wobei die für feindliche Handlungen bestimmte materiell-technische Basis zu beschlagnahmen ist;
- d) aktive Mitglieder der nationalsozialistischen Partei;
- e) Führer der faschistischen Jugendorganisationen auf Gebiets-, Stadt- und Kreisebene;
- f) Angehörige der Gestapo, des SD und anderer deutscher Terrororgane;
- g) Leiter administrativer Organe auf Gebiets-, Stadt- und Kreisebene sowie Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure und Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen.

2. Personen, die nachweislich terroristische und Diversionshandlungen begangen haben, sind entsprechend dem Befehl des NKWD der UdSSR vom 6. Februar 1945 an Ort und Stelle<sup>1</sup> zu liquidieren.

3. Militärische und politische Führungs- und Mannschaftsdienstgrade der Armee des Feindes und der militärisch strukturierten Organisationen Volkssturm, SS, SA sowie das Personal von Gefängnissen, Konzentrationslagern, Militärkommandanturen, Organen der Militärstaatsanwaltschaft und Gerichten sind befehlsgemäß in die Kriegsgefangenenlager des NKWD einzuweisen.

4. Kommandeurs- und Mannschaftsdienstgrade der sogenannten Russischen Befreiungsarmee sind in die Überprüfungs- und Aussonderungslager des NKWD der UdSSR einzuweisen.

5. Personen, die im Zuge der Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen der Roten Armee festgenommen wurden, dürfen nicht mehr in die UdSSR geschickt werden.  
Festgelegt wird, daß Inhaftierte, an denen ein operatives Interesse besteht, mit Genehmigung des NKWD der UdSSR in die UdSSR überstellt werden können.

6. Damit Festgenommene an Ort und Stelle in Haft gehalten werden können, haben die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR die notwendigen Gefängnisse und Lager einzurichten.

Zur Bewachung dieser Gefängnisse und Lager sind die den Frontbevollmächtigten unterstellten Gefangenen-Transporteinheiten des NKWD der UdSSR einzusetzen. Vom Stellvertreter des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der UdSSR, Gen. Tschernyschow, ist zusammen mit den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR jeden fünften Tag die Standortverteilung der an der Front zu schaffenden Gefängnisse und Lager zu erarbeiten und mir zur Bestätigung vorzulegen.

7. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR haben die Materialien aller Inhaftierten, die sich in ihrem Gewahrsam befinden, zu sichten. Invaliden, Kranke, Nichtarbeitsfähige, Männer über 60 Jahre und Frauen, die nicht unter die Bestimmungen nach Punkt 1 des vorliegenden Befehls fallen, sind freizulassen.

8. Die Genossen Kommissare 2. Ranges der Staatssicherheit Tschernyschow und Kobulow haben zusammen mit dem Leiter der GUPWI des NKWD der UdSSR, Gen. Kriwenko und dem Leiter der Abteilung Überprüfungs- und Aussonderungslager des NKWD der UdSSR, Gen. Schitikow, die notwendigen Aussonderungsmaßnahmen für Inhaftierte, die von den Fronten in die Lager des NKWD überstellt werden, zu organisieren und durchzuführen. Dabei ist wie folgt zu verfahren:

- a) Personen, die unter die Bestimmungen nach Punkt 1 des vorliegenden Befehls fallen, sind in Internierungslagern in Gewahrsam zu halten;
- b) Personen, die nicht unter die Bestimmungen nach Punkt 1 des vorliegenden Befehls fallen und über die keine ergänzenden Materialien zu erwarten und die physisch dazu in der Lage sind, werden der Industrie zur Arbeit überstellt. Invaliden, alte Männer und Nichtarbeitsfähige sind nach der Überprüfung organisiert an ihren ständigen Wohnsitz zu entlassen.

VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN DER UDSSR  
L. BERIJA

Generalkommissar der Staatssicherheit

Für die Richtigkeit: Unterschrift unleserlich

(Staatliches Archiv der Russischen Föderation Moskau, found 9401)

Anmerkung

1 Anm. d. Ü.: wörtlich: am Ort ihres Verbrechens

Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR

1945 vom 10. Mai 1945

STRENG GEHEIM

Nr. 00461

INHALT: Über die Organisation von Lagern (Gefängnissen) bei den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR Nr. 00315 vom 18. April 1945  
BEFEHLE ICH:

1. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR, Kommissar 2. Ranges der Staatssicherheit Gen. Serow, Kommissar 3. Ranges der Staatssicherheit Gen. Zanawa, Generalleutnant Gen. Shelenin, Generalleutnant Gen. Meschik und Generalleutnant Gen. Kowaltschuk haben gemäß der beigefügten Stellenpläne und Standortverteilung Lager und Gefängnisse zu organisieren.

2. Den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR ist zu erlauben, entsprechend der Anzahl der Lager und Gefängnisse an den Fronten Gruppen aus 3 bis 7 Mann zur Leitung der Lager und Gefängnisse zusammenzustellen sowie 1 bis 2 Mann zur Nachweisführung und Statistik abzustellen.

Zur Komplettierung der Lager, Gefängnisse und Gruppen sind vorwiegend Mitarbeiter und Offiziere, die den Frontbevollmächtigten unterstehen, und Offiziere von Frontstäben einzusetzen.

Der Häftlingsnachweis ist im Apparat des Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR nach der beigefügten Dienstanweisung zu führen. Der Leiter der 1. Spezialabteilung des NKWD der UdSSR, Oberst der Staatssicherheit Gen. Kusnezow, hat den zentralen Nachweis über dieses Kontingent getrennt vom allgemeinen Nachweis über die Verbrecher zu führen.

3. Der Stellvertreter des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der UdSSR, Kommissar 3. Ranges der Staatssicherheit Gen. Obrutschnikow, hat fehlende Lager- und Gefängnisleiter, Leiter der Nachweisapparate und Verwaltungsleiter auszusuchen und innerhalb von 10 Tagen den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR zur Verfügung zu stellen.

Generalleutnant Gen. Stachanow hat zur Komplettierung des Apparates der Lager an den Fronten 250 Mann aus dem Offiziers-, Unteroffiziers- und Mannschaftsbestand der NKWD-Truppen dem Gen. Obrutschnikow zur Verfügung zu stellen und dem Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR der

4. Ukrainischen Front ein Bataillon zur Bewachung der Lager und Gefängnisse zuzuteilen.

4. Der Leiter der Hauptverwaltung für Rückwärtige Dienste des NKWD der UdSSR, Generalleutnant der Rückwärtigen Dienste Gen. Wurgaft, hat über die Fronten die Versorgung der in den Lagern und Gefängnissen internierten (inhaftierten) Deutschen nach den für Kriegsgefangene geltenden Normen zu organisieren. Der Kaderbestand der Lager ist nach den geltenden Normen für Armeeeingehörige zu versorgen.

5. Der Leiter der Zentralen Finanzabteilung des NKWD der UdSSR, Generalmajor der Rückwärtigen Dienste Gen. Berenson, hat die Finanzierung der Gefängnisse und Lager bei den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR zu sichern.

6. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR haben einmal in fünf Tagen über „WTsch“<sup>1</sup> oder verschlüsselt nach dem beigefügten Formblatt über die ausgeführten Arbeiten, über durchgeführte Arretierungen und Festnahmen an das NKWD der UdSSR zu berichten, Vorfälle und Festnahmen von besonderer Bedeutung sind sofort zu melden.

7. Zur Auswertung von Materialien, die von den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR eintreffen, zur Zusammenstellung von Informationen nach diesen Materialien, zur Erarbeitung von operativen Richtlinien für die Organe des NKWD der UdSSR, NKGB und für die Spionageabwehr „Schmersch“ sowie zur Durchführung vorläufiger operativer und Untersuchungsmaßnahmen in den wichtigsten Fällen ist beim NKWD der UdSSR eine besondere Operative Gruppe zu bilden. Zu ihr gehören: Oberst der Staatssicherheit Gen. Ludwigow (Leiter der Gruppe), Oberst der Staatssicherheit Gen. Michailow (stellv. Leiter der Gruppe), Oberstleutnant der Staatssicherheit Gen. Majorow, Oberstleutnant der Staatssicherheit Gen. Kimtschenko, Major der Staatssicherheit Gen. Leonow, Major der Staatssicherheit Gen. Frenkina, Hauptmann der Staatssicherheit Gen. Sokolow.

VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN DER UDSSR  
L. BERIJA

Generalkommissar der Staatssicherheit  
Für die Richtigkeit: Unterschrift unleserlich  
(Staatliches Archiv der Russischen Föderation Moskau)

Anmerkung

1 Spezieller Nachrichtenkanal, der ab einer bestimmten Kommandoebene genutzt werden konnte (wörtlich: Hochfrequenzverbindung)

Vorläufige Instruktion zur Registrierordnung in Gefängnissen und Lagern

STRENG GEHEIM

Anlage Nr. 3

zum Befehl des NKWD der UdSSR

Nr. 00461-1945

## VORLÄUFIGE INSTRUKTION

zur Registrierordnung in Gefängnissen und Lagern, die nach dem Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00315 vom 18. April 1945 einzurichten sind:

1. Für jeden Inhaftierten hat der operative Mitarbeiter eine Registrier-Kontrollakte anzulegen. Die Akte muß folgende Dokumente enthalten: Vernehmungsprotokoll Haftverfügung und Einweisung in das Gefängnis bzw. Lager, in der die persönlichen Daten des Inhaftierten und die Begründung der Haftenweisung an den Haftverbüßungsort sowie die persönlichen Dokumente, die bei der Festnahme einbehalten wurden, enthalten sein müssen.

Die Registrier-Kontrollakte wird bei der Einweisung eines Inhaftierten in ein Gefängnis oder Lager mitgereicht.

Die Kopie der Haftverfügung wird zur persönlichen Nachweisführung an die entsprechende Nachweisgruppe beim Apparat des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR geleitet.

Die Nachweisgruppen füllen auf der Grundlage dieser Bestimmungen die Karte Nr. 1 für den Nachweis der Inhaftierten beim Apparat des Bevollmächtigten aus.

2. Wenn Materialien über eine konkrete verbrecherische Tätigkeit eines Inhaftierten vorliegen sowie dann, wenn der Inhaftierte von operativem Interesse ist (wegen seiner dienstlichen Tätigkeit, seiner Verbindungen u. a.), ist für ihn eine Untersuchungsakte anzulegen.

Der Nachweis und die Registrierung der Untersuchungsakte wird gemäß Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00931 vom Jahre 1939 durchgeführt.

3. Das Gefängnis bzw. Lager hat auf der Grundlage der Haftverfügung, die sich in der Registrier-Kontrollakte befindet, die Registrierung des Inhaftierten vorzunehmen. Dazu muß die Registrierkarte Nr. 1 ausgefüllt und die Daktyloskopiekarte in zwei Exemplaren für jeden Häftling ausgefertigt werden.

4. Die ausgefertigten Nachweis- und Registriermaterialien für die Inhaftierten (Registrierkarte Nr. 1 und die Daktokarte in einem Exemplar) sind den Nachweisgruppen bei den Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR zuzustellen. Im Gefängnis bzw. Lager verbleibt das zweite Exemplar der alphabetischen Karten, aus denen der Alphabetische Nachweis über die Inhaftierten zusammengestellt wird. Das zweite Exemplar der Daktokarte wird der Registrier-Kontrollakte beigelegt.

5. Die Nachweisgruppen haben innerhalb von 24 Stunden nach Eingang des Registriermaterials dieses an die 1. Spezialabteilung des NKWD der UdSSR weiterzuleiten mit einer Aufstellung, die den Familien-, Vor- und Vatersnamen der Inhaftierten, auf die sich das Material bezieht, zu enthalten hat.

6. Die Gefängnisse und Lager haben an die entsprechenden Nachweisgruppen bei den Bevollmächtigten über alle Inhaftierten und über alle Abgänge aus dem Gefängnis oder Lager - Überstellung in einen anderen Haftverbüßungsort, Freilassung, Flucht, Tod - Meldung zu erstatten. Die Meldungen sind nach dem Abgleich der notwendigen Angaben in der Nachweiskartothek der Nachweisgruppen mit Begleitpapieren an die 1. Spezialabteilung des NKWD der UdSSR zu reichen.

Die Registrier-Kontrollakten der Verstorbenen und Freigelassenen sind an die 1. Spezialabteilung des NKWD der UdSSR zu leiten.

7. Die Nachweisgruppen haben auf der Grundlage des zentralen Nachweises über die Arbeit der Operativen Gruppen und über die Häftlingsbewegung Meldungen zu erstellen und diese verschlüsselt oder über „WTsch“ an die 1. Spezialabteilung des NKWD der UdSSR zum 1. und 16. jeden Monats zu übermitteln (die Form der Aufstellung ist beigelegt).

8. Bei jeder Überstellung eines Inhaftierten an andere Haftverbüßungsorte sind mit ihm zusammen die angelegte Registrier-Kontrollakte und - wenn vorhanden - auch die Untersuchungsakte mitzureichen.

LEITER DER 1. SPEZIALABTEILUNG DES NKWD DER UDSSR

Oberst der Staatssicherheit

KUSNEZOW

Für die Richtigkeit: Unterschrift unleserlich

(Staatliches Archiv der Russischen Föderation Moskau. found 9401)

Vorläufige Anordnung über die Spezlager des NKWD auf dem besetzten Territorium Deutschlands vom 27 Juli 1945

STRENG GEHEIM

„BESTÄTIGT“

STELLV: VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN DER UDSSR

GENERALOBERST

Unterschrift  
I. Serow  
27. Juli 1945

## VORLÄUFIGE ANORDNUNG

Über die Spezlager des NKWD auf dem besetzten Territorium Deutschlands

Die Spezlager des NKWD werden errichtet und liquidiert auf Anweisung des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Die Lager des NKWD sind vorgesehen für Inhaftierte, die unter Punkt 1 des Befehls des NKWD der UdSSR nr. 00315 vom 18. April fallen.

Die Hauptaufgabe des Lagers besteht in der vollständigen Isolierung der im Lager befindlichen Kontingente und der Verhinderung von Fluchten.

### I. AUFBAU DES LAGERS

1. Die Lager des NKWD werden von der Zivilbevölkerung isoliert errichtet. Der Zugang zum Gelände des Lagers ist unbefugten Personen verboten. Dazu sind an entsprechenden Stellen Schilder mit der Aufschrift „Zugang und Zufahrt verboten“ anzubringen.

2. Alle Gebäude des Lagers mit Ausnahme der Diensträume müssen sich hinter einer festen Umzäunung oder einem Stacheldrahtverhau von mindestens 3 Meter Höhe befinden.

3. Die Umzäunung des Lagers ist so anzulegen, daß von jeder Ecke der Umzäunung aus in beide Richtungen eine gute Einsicht in die inneren und äußeren Seiten der Lagerzone besteht, d. h. als Quadrat oder Rechteck.

4. Auf eine Entfernung von 3-5 Metern von der äußeren und inneren Seite der Hauptumzäunung ist eine verbotene Zone einzurichten, die durch Stacheldrahtzäune von 1,5-2 Meter Höhe begrenzt wird.

5. An den Ecken der Lagerzone, auf der Außenseite, sind für die Posten der äußeren Lagerwache Wachtürme zu errichten.

Die Entfernung zwischen den Wachtürmen darf 80-100 Meter nicht überschreiten und muß dem Wachposten die akustische und Sichtverbindung mit dem Wachposten des nächstliegenden Turmes ermöglichen.

Anmerkung: In Abhängigkeit von der Länge der Lagerumzäunung sind zwischen den Ecktürmen zusätzlich Wachtürme zu errichten.

6. In der Nacht muß die Lagerzone beleuchtet sein. Auf den Wachtürmen werden schwenkbare Scheinwerfer installiert, deren Reflektoren mit elektrischen Lampen in der Stärke von 500-1000 Kerzen ausgestattet sind.

7. Am Lagereingang werden spezielle Tore und Torhäuser errichtet, die ständig durch Posten besetzt sind.

8. Wachtürme und Torposten müssen telefonisch oder durch eine Klingelanlage mit dem Wachraum des verantwortlichen Diensthabenden des Lagers verbunden sein.

Anmerkung: Bei Fehlen von Telefon oder Klingelanlage sind die Posten mit Trillerpfeifen auszustatten.

### II. UNTERKÜNFTE DES LAGERS

Alle Unterkünfte in der Lagerzone müssen numeriert und mit Liegen, Doppelstockpritschen oder Pritschen wie in Eisenbahnwaggons, mit Tischen, Bänken, Regalen für Geschirr und Toilettenutensilien sowie allem weiteren notwendigen Inventar ausgestattet sein.

Für die Unterbringung von Frauen sind in jedem Lager gesonderte Räume in einer besonderen Zone einzurichten, in der sie von den Männern durch Stacheldraht oder einen Zaun isoliert sind.

Die Lagerwerkstätten sind als eine besondere Arbeitszone abzutrennen. Der Zugang der Lagerkontingente zu den Werkstätten erfolgt nach Listen und Ausweisen, die vom Leiter des Lagers bestätigt sind.

### III. AUFNAHME VON INHAFTIERTEN

Die Aufnahme von Inhaftierten in das Lager wird persönlich vom Leiter des Lagers oder auf seine Anweisung durch den Stellvertretenden Leiter des Lagers, den Leiter der Registriergruppe des Lagers, den verantwortlichen Diensthabenden oder den Lagerkommandanten vorgenommen.

Die Grundlage für die Aufnahme eines Inhaftierten in das Lager bildet die persönliche Registrier-Kontrollakte, die folgende wesentliche Dokumente enthalten muß:

- a) Beschluß über die Verhaftung und Einweisung in das Spezlager des NKWD, bestätigt durch den Leiter der Operativen Gruppe des NKWD oder der „Smersch“,
- b) Beschluß über die Haft oder Haftprotokoll,
- c) Durchsuchungsprotokoll,
- d) Vernehmungsprotokoll,
- e) Paket mit persönlichen Dokumenten.

Personen ohne ordnungsgemäß ausgefertigte Registrier-Kontrollakte werden nicht in das Lager aufgenommen.

Die Übernahme der Inhaftierten vom Begleitkommando wird durch ein Dokument bestätigt, in dem die Herkunft der Inhaftierten, die Zahl der auf Transport gegangenen und die Anzahl der dem Lager zugeführten Inhaftierten anzugeben sind. Alle Vorkommnisse während des Gefangenentransports (Flucht, Tod, Übergabe in ein Krankenhaus usw.) müssen in dem Aufnahme-Übergabe-Dokument angeführt sein.

Der Leiter des Begleitkommandos ist verpflichtet, über alle Vorkommnisse während des Gefangenentransportes beglaubigte Dokumente vorzulegen (Sterbeurkunde, Bescheinigung des Krankenhauses usw.)

Anmerkung: In Fällen, wo die zugeführten Inhaftierten Beanstandungen oder Beschwerden über ungesetzliche Behandlung durch das Begleitkommando während des Transports äußern, sind diese Eingaben in einem gesonderten Dokument festzuhalten, das dem Leiter der Einheit des Transportbegleitkommandos und als Kopie der Abteilung Spezlager des NKWD zu übergeben ist. Bei der Aufnahme in das Lager erfolgt eine gründliche Durchsuchung jedes Inhaftierten mit der Anfertigung eines Durchsuchungsprotokolls. Alle bei der Durchsuchung abgenommenen Gegenstände und Wertsachen werden in das Protokoll eingetragen und zur Aufbewahrung abgegeben.

a) Wertsachen - dem Leiter der Finanzabteilung des Lagers;

b) persönliche Dinge in die Effektenkammer.

Anmerkung: Die Durchsuchung inhaftierter Frauen muß in gesonderten Räumen und unbedingt von weiblichen Mitarbeitern des Lagers vorgenommen werden.

Bei der Aufnahme der Inhaftierten hat das medizinische Personal des Lagers alle Aufgenommenen auf Läuse zu untersuchen und vorhandene Kranke zu erfassen. Alle ermittelten Kranken müssen unverzüglich isoliert und in das Lagerkrankenhaus oder eine speziell abgesonderte Quarantänebaracke gebracht werden.

Alle im Lager ankommenden Inhaftierten haben vor der Unterbringung in den Wohnunterkünften die obligatorische sanitäre Bearbeitung zu durchlaufen, zu der eine Reinigung im Bad und die Desinfektion der Bekleidung in der Desinfektionskammer des Lagers gehören.

#### IV. REGISTRIERUNG DER INHAFTIERTEN

1. Für alle Inhaftierten, die das Lager aufnimmt, müssen Registrierkarte Nr. 1 und daktyloskopische Karten ausgefüllt werden.

Anmerkung: Die Daktyloskopierung der Inhaftierten wird nach der sanitären Bearbeitung und vor der Unterbringung in den Baracken durchgeführt.

2. Die Registrierkarte Nr. 1 wird in 3 Exemplaren ausgefertigt, wobei alle Spalten dieser Karte ausgefüllt sein müssen.

Die Daktyloskopiekarte wird in 2 Exemplaren ausgefertigt.

3. Die Registrierung von Inhaftierten in Lagern des NKWD erfolgt in strenger Übereinstimmung mit der Instruktion, die mit dem Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00461 vom 10 Mai 1945 ergangen ist.

4. Die persönlichen Registrier-Kontrollakten der Inhaftierten werden im Lager aufbewahrt. Die Kartothek muß entsprechend der vorgeschriebenen Ordnung in einem gesonderten Raum der Registriergruppe untergebracht werden.

5. Personen, die nichts mit der Registrierarbeit zu tun haben, ist es verboten, die Räume der Registriergruppe ohne Erlaubnis des Leiters des Lagers und des Leiters der Registriergruppe zu betreten.

#### V. REGIME

1. Inhaftierte, die sich in Lagern des NKWD befinden, sind verpflichtet, die Forderungen der Verwaltung und der Wache des Lagers zu befolgen, höflich zu sein, genau den aufgestellten Tagesablauf einzuhalten, die Unterkünfte aufzuräumen, die Fußböden zu wischen, absolute Sauberkeit in den Wohnunterkünften und auf dem Lagergelände zu halten.

2. Der Tagesablauf wird durch Befehl des Leiters des Lagers festgelegt und ist in allen Wohnunterkünften des Lagers zum Aushang zu bringen.

Der Tagesablauf regelt die Zeit des Weckens, der Morgentoilette, des Frühstücks, der Überprüfung, die Zeit der Arbeit, des Mittagessens usw. Für die Nachtruhe sind täglich mindestens acht Stunden vorzusehen.

3. Für die Verletzung und Nichteinhaltung von Forderungen der Lagerverwaltung werden die Inhaftierten mit administrativen Strafen belegt.

Das Verhältnis der Mitarbeiter des Lagers zu den im Lager Inhaftierten muß höflich, aber fordernd sein.

4. Die Überprüfung der Anwesenheit der Inhaftierten erfolgt zweimal am Tag, morgens und abends, in Verbindung mit dem Wechsel des Diensthabenden des Lagers.

Die Überprüfung der Inhaftierten führen der den Dienst übergebende und der den Dienst übernehmende verantwortliche Diensthabende des Lagers und der Lagerkommandant durch.

5. Den Inhaftierten ist gestattet:

a) notwendige persönliche Dinge (Toilettenutensilien, Löffel, Schüssel und Becher) bei sich zu haben;

b) die freie Bewegung in einem festgelegten Gebiet des Lagers;

- c) Dame- und Schachspiele zu besitzen.
6. Den Inhaftierten ist nicht gestattet:
- a) scharfe und spitze Metallgegenstände und Dinge zu haben;
  - b) Karten- und Glücksspiele zu besitzen;
  - c) beliebige Dokumente mit Ausnahme von Quittungen über abgenommene Gegenstände und Wertsachen zu haben;
  - d) zu singen, zu lärmern und sich an verbotenen Stellen aufzuhalten;
  - e) in andere Räume zu gehen;
  - f) alkoholische Getränke zu haben;
  - g) Briefwechsel und Besuche.

LEITER DER ABTEILUNG SPEZLAGER DES NKWD DER UDSSR  
OBERST Unterschrift SWIRIDOW

EINVERSTANDEN: OBERST Unterschrift KLEJMENOW

(Staatliches Archiv der Russischen Föderation Moskau<sup>1</sup>, found 9409)

#### Anmerkung

1 P. Erler und L. Prieß veröffentlichten im Frühjahr 1991 den Text einer „Provisorischen Ordnung der Sonderlager auf dem Territorium Deutschlands“ aus dem Zentralen Staatsarchiv der Oktoberrevolution der UdSSR. Das Dokument ist vom 20. Oktober 1946 datiert und vom Stellvertreter des Oberbefehlshabers der SMAD, Generaloberst Serow, bestätigt. Dieser Text ist im wesentlichen identisch mit dem vorstehend publizierten, quasi der Ur-Fassung vom 27. Juli 1945. Die im folgenden gedruckten Passagen fehlen jedoch in dieser Ur-Fassung:

Zu 17: „Ebenfalls wird in der Vorzone ein Gebäude mit Räumen für den Empfang und die Durchsichtung des Kontingents sowie mit einem Raum für einen ständigen Posten und einem Raum für den verantwortlichen Diensthabenden des Lagers errichtet“.

Zu 12: „Aus der Zahl der Wohnunterkünfte ist ein Teil zu einer besonderen Zone für die Quarantäne der Neueingänge und für auf Transport zu schickende Kontingente, getrennt für Männer und Frauen, zusammenzufassen“.

Zu V 1: „Zur Unterstützung des Lagerkommandanten werden in jeder Baracke, in jedem Zimmer und in jeder Kammer Älteste aus dem Kontingent ausgewählt, die alle Weisungen des Lagerkommandanten erfüllen“.

Zu V 6: „h) zu handeln und Sachen zu tauschen.“

Diese Hinzufügungen bezeugen, daß das NKWD inzwischen „seine“ Erfahrungen mit den Internierungslagern gemacht und ausgewertet hat: die Repressionen für Internierten wurden verschärft.



Ministerrat der  
Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

GKdos 1/67 1. Expl. Bl. 1-23  
Anlage 1-8 Bl.  
Anlage 2-8 Bl.

**GEHEIME KOMMANDOSACHE**  
**(persönlich)**

1/67

Berlin, Juli 1967

#### DIREKTIVE Nr. 1/67

Inhalt: Inhalt und Ziel der Mobilmachungsarbeit im Ministerium für Staatssicherheit, die Planung und Organisation der Mobilmachungsaufgaben und besondere Maßnahmen der Vorbereitung des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Verteidigungszustand

Quelle: Historisches Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.

..... (Auszüge)

#### MAGDEBURG

Die geplanten und vorbereiteten Maßnahmen der spezifisch-operativen Mobilmachungsarbeit sind im Einsatzplan komplex aufzunehmen und in gesonderten operativen Arbeitsunterlagen und Maßnahmeplänen auszuweisen.

#### 4.1. Vorbeugemaßnahmen

Vorbeugemaßnahmen dienen dem Ziel, im Verteidigungszustand und in Spannungsperioden schlagartig und in kürzester Frist

- Personen und Personengruppen festzunehmen, die unter dem begründeten Verdacht stehen, staatsfeindliche Handlungen zu begehen, zu dulden oder davon Kenntnis zu haben
- Personen und Personengruppen zu isolieren bzw. unter Kontrolle zu halten, die unter dem begründeten Verdacht stehen, durch ihre Handlungsweise gegen die Interessen der Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Verteidigungsbereitschaft zu verstoßen.

Die Durchführung der Vorbeugemaßnahmen erfolgt auf gesonderten Befehl des Ministers für Staatssicherheit.

#### 4.1.1. Festnahmen

Festzunehmen sind:

- alle Personen, die unter dem begründeten Verdacht stehen, staatsfeindliche Handlungen gegen die Deutsche Demokratische Republik zu begehen, zu dulden bzw. davon Kenntnis zu haben,
- Spione, Agenten, Diversanten, Saboteure u. a. Staatsverbrecher
- Personen, die als mögliche Führungskräfte feindlicher oder negativer Gruppen in Erscheinung treten können, wie Rädelsführer, Provokateure, ehem. unverbesserliche faschistische und andere feindliche Elemente.

#### 4.1.2. Internierung

Zu internieren sind Staatsangehörige der Kriegsgegner, in erster Linie Bürger von NATO-Staaten und anderen feindlichen Staaten, der selbständigen politischen Einheit Westberlin sowie Staatenlose, die im Gebiet der DDR wohnhaft sind, sich zeitweise im Gebiet der DDR aufhalten oder sich bei Auslösung des Verteidigungszustandes auf den Verbindungslinien und Transitstrecken befinden.

Die erforderlichen Maßnahmen hierzu werden durch die Organe der Deutschen Volkspolizei vorbereitet und durchgesetzt.

Vom Ministerium für Staatssicherheit sind die entsprechenden Maßnahmen für den Personenkreis vorzubereiten, der operativ bearbeitet wird und bei dem deshalb die Internierung im Verteidigungszustand mit eigenen Kräften vorzunehmen ist.

#### 4.1.3. Isolierung

Zu isolieren sind in erster Linie Personen und Personengruppen, deren politische Zuverlässigkeit im Verteidigungszustand nicht gewährleistet ist und bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie auf Grund ihres Gesamtverhaltens und ihrer Möglichkeiten negativen politischen und ideologischen Einfluß auf bestimmte Bevölkerungskreise ausüben und unter besonderen Bedingungen eine Gefahr darstellen können.

#### 4.1.4. Überwachung

Zu überwachen sind vorwiegend solche Personen, die sich in verantwortlichen oder für die Landesverteidigung wichtigen Schlüsselpositionen befinden und deren politische Zuverlässigkeit im Verteidigungszustand auf Grund ihres Gesamtverhaltens anzuzweifeln ist sowie bei denen die Einleitung dieser Sicherungsmaßnahmen auf Grund des vorliegenden operativen Materials notwendig wird.

4.1.5. Die Planung der Vorbeugungsmaßnahmen ist einheitlich unter Verwendung folgender Vordrucke vorzunehmen:

.....

Arbeitsgruppe des Ministers

Berlin, 20.01.1986

#### 1. Ergänzung

zu den instruktiv-methodischen Hinweisen für die Präzisierung und Komplettierung der Dokumentation der spezifisch-operativen Vorbeugungsmaßnahmen (GVS 105/84) und der Dokumentation zur Erfassung von Personen mit einer feindlich-negativen Grundeinstellung (GVS 185/85)

#### Anhalte

für die Aufnahme von Personen in die Kennziffern 4.1.1., 4.1.3., 4.1.4. und die Kennziffer 4.1.5.

... der weiteren Komplettierung des Vorbeugungskomplexes für die Erfassung von Personen ...

... werden nachfolgende Anhalte gegeben:

1. Die Erfassungspraxis im spezifisch-operativen Vorbeugungskomplex trägt zutiefst politisch-operativen Charakter und ist auf eine vorbeugende und damit schlagartige Verhinderung der Entfaltung feindlich-negativer Kräfte gerichtet.
2. Die Zielstellung für die Aufnahme in den Vorbeugungskomplex besteht darin:
  - Personen festzunehmen, zu denen begründete operative Hinweise vorliegen, daß sie staatsfeindliche Handlungen oder andere politisch-operativ bedeutsame Straftaten begehen, die in Spannungsperioden, während der Mobilmachung oder im Verteidigungszustand geeignet sind, die Erfüllung verteidigungswichtiger und lebensnotwendiger Aufgaben zu gefährden oder zu beeinträchtigen;
  - Personen zu isolieren, die eine verfestigte feindlich-negative Einstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR besitzen und bei denen auf Grund ihres bisherigen Gesamtverhaltens begründete Anhaltspunkte vorliegen, daß unter den Bedingungen von Spannungsperioden, der Mobilmachung oder des Verteidigungszustandes von ihnen akute Gefahren ausgehen können, die gegen die Interessen der Sicherheit der DDR und ihre Verteidigungsbereitschaft gerichtet sind.
3. Die Aufnahme von Personen im Vorbeugungskomplex erfolgt entsprechend der Durchführungsbestimmung Nr. 1 zur Direktive 1/67

.....

Die Anhalte bilden eine Orientierung. Sie sind unter Beachtung der realen politisch-operativen Lage und Situation im Verantwortungsbereich anzuwenden sowie bei Inkrafttreten neuer Richtlinien, Befehle und Dienstanweisungen zur Durchsetzung der politisch-operativen Arbeit ständig weiter zu präzisieren und zu vervollständigen.

#### 4.1. Kennziffer 4.1.1.

In diese Kennziffer sind aufzunehmen:

- alle Personen, die unter dem dringenden Verdacht stehen, staatsfeindliche Handlungen gegen die DDR zu begehen, zu dulden bzw. davon Kenntnis zu haben;
- Personen, die als mögliche Führungskräfte in Erscheinung treten können.

Hierzu sind zu prüfen:

- alle Personen, die wegen Straftaten des 1. und 2. Kapitels StGB - Besonderer Teil - operativ bearbeitet werden;

- Personen, zu denen begründete operative Hinweise für die Begehung von Verbrechen, wie
  - Straftaten gegen das sozialistische Eigentum und die Volkswirtschaft (5. Kapitel StGB)),
  - Straftaten gegen die allgemeine Sicherheit (7. Kapitel, 1. Abschnitt - Brandstiftung, 3. Abschnitt - Straftaten gegen Sicherheit im Bahn- und Straßenverkehr, 4. Abschnitt - Straftaten gegen Nachrichtenverkehr, 5. Abschnitt - Waffen- und Sprengmittelmißbrauch),
  - Straftaten gegen die staatliche Ordnung (8. Kapitel, 2. Abschnitt - Straftaten gegen staatliche und öffentliche Ordnung, 4. Abschnitt - Straftaten unter Verletzung dienstlicher Pflichten),
  - Militärstraftaten (9. Kapitel StGB),
 vorliegen,
- Personen, die operativ bearbeitet bzw. unter operativer Kontrolle gehalten werden oder wurden und bei denen bisher von strafrechtlichen Maßnahmen abgesehen wurde; das trifft insbesondere auf solche Personen zu, die mit feindlicher Zielstellung
  - den organisatorischen Zusammenschluß von feindlich-negativ gesinnten Personen anstreben bzw. betreiben,
  - innerhalb einer sogenannten staatlich unabhängigen Friedensbewegung aktiv in Erscheinung getreten sind,
  - unter demagogischer Tarnung, wie der Wahrung der Menschenrechte
  - bzw. des Umweltschutzes, massive Aktivitäten entwickelt haben,
  - unter dem Schutz reaktionärer klerikaler Kräfte mit relevanten Handlungen aufgetreten sind,
  - Forderungen nach einer Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR durch die Verbreitung von Auffassungen über einen „demokratischen Sozialismus“ und neue Sozialismusmodelle aufgestellt haben („Dissidenten“).

#### 4.2. Kennziffer 4.1.3.

In diese Kennziffer sind aufzunehmen:

- Personen, von denen auf Grund ihrer verfestigten feindlich-negativen Grundhaltung gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung

und unter Berücksichtigung ihres bisherigen Auftretens, ihrer offiziell und inoffiziell bekannt gewordenen Äußerungen, ihre Kontakte und Verbindungen sowie bestimmter Lebens- und Verhaltensweisen mit Wahrscheinlichkeit im Verteidigungszustand eine akute Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung ausgehen kann oder die solche Handlungen dulden oder unterstützen.

Dazu zählen insbesondere:

- Personen, die Träger der politisch-ideologischen Diversion sind und bestimmte Bevölkerungskreise massiv beeinflussen und zu Handlungen gegen den Staat aufwiegeln können;
- vorbestrafte Personen, darunter speziell wegen Staatsverbrechen und anderen operativ bedeutsamen Straftaten verurteilte Personen;
- vorbestrafte Personen, bei denen auf Grund wiederholt begangener Straftaten, wie Rowdytum, Zusammenrottung, öffentliche Herabwürdigung und andere Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, die Begehung erneuter derartiger Handlungen im Verteidigungszustand zu erwarten ist;
- Personen, die Ersuche auf Übersiedlung gestellt haben und mit Einrichtungen und Kräften im Operationsgebiet in Verbindung stehen, derartige Kontaktaufnahmen oder Demonstrativhandlungen angedroht haben bzw. zu spontanen und unkontrollierbaren Reaktionen neigen;
- Personen, die zu reaktionären klerikalen Kräften und anderen inneren Feinden in der DDR bzw. zu feindlich-negativen Einrichtungen und Kräften im Operationsgebiet und dem übrigen Ausland enge, operativ bedeutsame Kontakte unterhalten;
- Personen mit feindlich-negativer Grundeinstellung, die auf Grund früherer beruflicher Tätigkeit über Kenntnisse zu geheimzuhaltenden Tatsachen von Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsvorhaben der Landesverteidigung verfügen und einen Unsicherheitsfaktor darstellen;
- Untersuchungsgefangene, gegen die operative Beweise hinsichtlich der Begehung von Staatsverbrechen und anderer politisch-operativ bedeutsamer Straftaten sowie solcher Straftaten gegen die Persönlichkeit vorliegen, deren Ermittlungsverfahren jedoch wegen des Fehlens offizieller Beweismittel eingestellt werden mußte;
- Strafgefangene, die wegen Staatsverbrechen, anderer politisch-operativ bedeutsamer Straftaten und Straftaten der schweren allgemeinen Kriminalität verurteilt worden sind, deren Strafverbüßung gemäß Urteilsspruch abgelaufen ist, jedoch die Voraussetzungen für die gesellschaftliche Wiedereingliederung nicht gegeben sind.

- Personen, bei denen durch die Deutsche Volkspolizei, Abteilung K, Arbeitsrichtung I, der begründete Verdacht erarbeitet wurde, daß sie im Verteidigungszustand die Durchsetzung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit erheblich beeinträchtigen.

zu beachten: Personen, bei denen auf Grund schwerwiegender psychiatrischer Fehlentwicklung krasse Verhaltensstörungen auftreten und von denen in bestimmten Spannungssituationen ernste Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ausgehen können, sind in geschlossene Einrichtungen einzuweisen (kein Isolierungsbeschluß erforderlich).

#### 4.3. Kennziffer 4.1.4.

In diese Kennziffer sind aufzunehmen:

- Personen, die in Schlüsselpositionen der staatlichen Leitung, der Landesverteidigung, der Volkswirtschaft oder in anderen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens tätig sind und deren Zuverlässigkeit im Verteidigungszustand auf Grund ihres bisherigen Gesamtverhaltens anzuzweifeln ist, deren rechtzeitige Herauslösung bzw. kadermäßige Veränderung jedoch nicht oder noch nicht möglich ist;
- Personen, die auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrer Tätigkeit, ihres Ansehens oder ihrer Verbindungen zu den Zielgruppen des Gegners gehören und deren Mißbrauch, Ausnutzung oder Einbeziehung durch den Gegner nicht auszuschließen sind, was zu bedeutenden Störungen und Schäden der gesellschaftlichen Entwicklung und damit erheblichen Gefährdung der inneren Sicherheit führen könnte.

#### 4.4. Kennziffer 4.1.5.

Unter dieser Kennziffer sind Personen aufzunehmen, die eine feindlich-negative bzw. labile Grundeinstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR besitzen und die zum gegenwärtigen Zeitpunkt von den inhaltlichen Kriterien für die spezifisch-operativen Vorbeugungsmaßnahmen im Verteidigungszustand nicht erfaßt werden.

Zu diesem Personenkreis, über den Angaben in den Dienststeinheiten gespeichert sind, zählen insbesondere:

- Jugendliche mit negativ-dekadenten Verhaltensweisen;
- vorbestrafte Personen, die wegen Staatsverbrechen, anderen politisch-operativ bedeutsamen Straftaten sowie Straftaten gegen die Persönlichkeit oder die öffentliche Ordnung verurteilt wurden;

- Personen, deren staatsverbrecherische Tätigkeit auf Grund politischer Erfordernisse anderweitig kriminalisiert wurde;
- Personen, die durch antisozialistische bzw. neofaschistische Auffassungen in Erscheinung treten;
- Personen, bei denen Anhaltspunkte für ein beabsichtigtes ungesetzliches Verlassen der DDR auch unter Anwendung terroristischer Mittel und Methoden gegeben sind;
- Personen, die Übersiedlungersuchen in nichtsozialistische Staaten, nach anderen politisch-operativ interessierenden Staaten und nach Westberlin gestellt haben bzw. deren Ersuchen bereits zurückgewiesen worden sind, soweit sie nicht in die Kennziffern 4.1.1. bzw. 4.1.3. einzustufen sind;
- Personen, deren Anträge auf Besuchs- oder Dienstreisen in das nichtsozialistische Ausland, andere politisch-operativ interessierende Staaten und Westberlin abgelehnt worden sind und bei denen im Zusammenhang mit der Ablehnung negativ-feindliche Handlungen ausgehen könnten bzw. zu erwarten sind, soweit sie nicht in die Kennziffern 4.1.1. bzw. 4.1.3. einzustufen sind;
- DDR-Bürger, die operativ bedeutsame Kontakte und Verbindungen zu Personen unterhalten, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, die nach nichtsozialistischen Staaten (auch nach anderen politisch-operativ interessierenden Staaten) und Westberlin übergesiedelt sind bzw. dorthin ausgewiesen wurden;
- DDR-Bürger, die auf Grund ihrer ablehnenden Haltung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht an Wahlen zur Volkskammer oder zu örtlichen Volksvertretungen teilgenommen haben;
- Mitunterzeichner von Resolutionen, Briefen, Petitionen u. a. Schriftstücken, deren Inhalt sich gegen die Sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung, gegen gesellschaftliche Bereiche und Prozesse, gegen staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen sowie gegen Partei- und Staatsfunktionäre richtet, soweit sie nicht in die Kennziffern 4.1.1. oder 4.1.3. einzustufen sind;
- DDR-Bürger, die mit konterrevolutionären Vorgängen / Aktionen in anderen sozialistischen Staaten sympathisieren, deren Sympathieerklärungen aber nicht zu feindlichen Aktivitäten führen;
- DDR-Bürger, die mit gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten gerichteten sogenannten alternativen politischen Forderungen bzw. Bewegungen links- und rechtsopportunistischer Konzeptionen sogenannter Reformmodelle und Aktionsprogramme sympathisieren, aber nicht selbst aktiv feindlich tätig werden;

- Angehörige verbotener Religionsgemeinschaften;
- Aufgenommene / Wiederaufgenommene, die
  - Angehörige militärischer bzw. anderer bewaffneter Formationen oder Einrichtungen des nichtsozialistischen Auslandes sowie operativ interessierender Staaten waren,
  - nach dem ungesetzlichen Grenzübertritt bzw. beim Aufenthalt im nichtsozialistischen Ausland durch einen Geheimdienst oder andere gegnerische Stellen vernommen wurden;
- Personen, die Verwandte oder Bekannte von Mitarbeitern bzw. Agenten von Geheimdiensten und Staatsschutzorganen nichtsozialistischer und operativ interessierender Staaten sind;
- Personen, die Kontakte zu diplomatischen Einrichtungen nichtsozialistischer Staaten und deren Kulturzentren in der DDR unterhalten.

(...)

Arbeitsgruppe des Ministers

Berlin, 28. Mai 1986

#### 1. Ergänzung

zu den Grundsätzen zur Vorbereitung und Durchführung der Isolierung sowie der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit der Isolierungsobjekte

Ausgehend von dem neuen Kennziffernplan ...

... gemäß der Kennziffer 4.1.3.1. werden nachfolgende Ergänzungen bzw. Präzisierungen festgelegt:

....

#### 4. Ergänzung zur Aufgabenstellung gemäß Anlage 1

Bei der Auswahl von Isolierungsobjekten sollte als weitere Bedingung berücksichtigt werden:

- Die Nutzung des Objektes muß unter Beachtung von Ort, Zeit und Bedingung, das heißt auch vor Auslösung einer Einsatzstufe, gewährleistet sein, ohne daß öffentlichkeitswirksame Maßnahmen (z. B. Umsiedlung von in diesem Objekt wohnhaften Personen / Familien) realisiert werden müssen.

...

6. ... werden nachfolgende Maßnahmen neu festgelegt:

(1) Sicherung des Isolierungsobjektes

Zur Gewährleistung einer umfassenden Objektsicherung sind erforderliche Bauelemente (Betonpfähle/Maste) auf Bevorratung zu planen. Die Planung ist etappenweise zu gestalten und sollte bis 1990 die geplante Gesamtmenge erreichen. Vorrangig sind örtliche Möglichkeiten zu nutzen.

(2) Unterbringungsversorgung

Sie erfolgt unter Ausschöpfung aller Bedingungen und Möglichkeiten, die bereits heute das geplante Objekt bietet. In Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung ist territorial zu prüfen, inwieweit geplante Maßnahmen der Vorsitzenden der Räte der Bezirke entsprechend der „Anordnung über Internierungslager“ des Vorsitzenden des Ministerrates vom 11. August 1980, Punkt 8. (GVS -B- „persönlich“ I 049 346) und der „Direktive Nr. 0051/84 des Ministers des Innern und Chef der DVP“, Anlage 3, Punkt 5. (GVS -B- „persönlich“ I 067 800) unter Wahrung der Konspiration für die Entfaltung des Isolierungsobjektes mit planbar gestaltet werden können.

(3) Bekleidung der Isolierten sowie Mittel der Körperpflege und Hygiene

Für die erste Phase der Isolierung haben Isolierte Oberbekleidung, Wäsche sowie Mittel der Körperpflege und Hygiene mitzuführen.

Den Festnahmegruppen ist neben der Personalkarte ein Markblatt auszuhändigen, welches die Sachen umfaßt, die zu isolierende Personen mitzunehmen haben.

Muster für Merkblatt

Durch die Person ist mitzunehmen:

- Personalausweis,
- Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung,
- Mitgliedsbücher von Parteien/Organisationen,
- Oberbekleidung und Schuhwerk entsprechend der gegenwärtigen bzw. bevorstehenden Jahreszeit,
- Unterwäsche (mindestens 3 x),
- 3 Paar Socken/Strümpfe/Strumpfhosen,
- nur Frauen: 1 lange Hose, 2 Kittelschürzen,
- 1 Paar Turnschuhe/leichtes Schuhwerk,
- Trainingsanzug/Arbeitskleidung,

- Nachtwäsche,
- Gegenstände des persönlichen Bedarfs und der Hygiene, wie Wasch-, Rasier- und Zahnputzzeug, Näh- und Schuhputzzeug, Eßbesteck, Taschentücher, Handtücher, Tampons oder Zellstoffbinden (nur Frauen),
- 2 Decken,
- Medikamente nach ärztlicher Versorgung,
- Verpflegung für 1 Tag

7. Präzisierung zur Aufgabenstellung gemäß Anlage 7

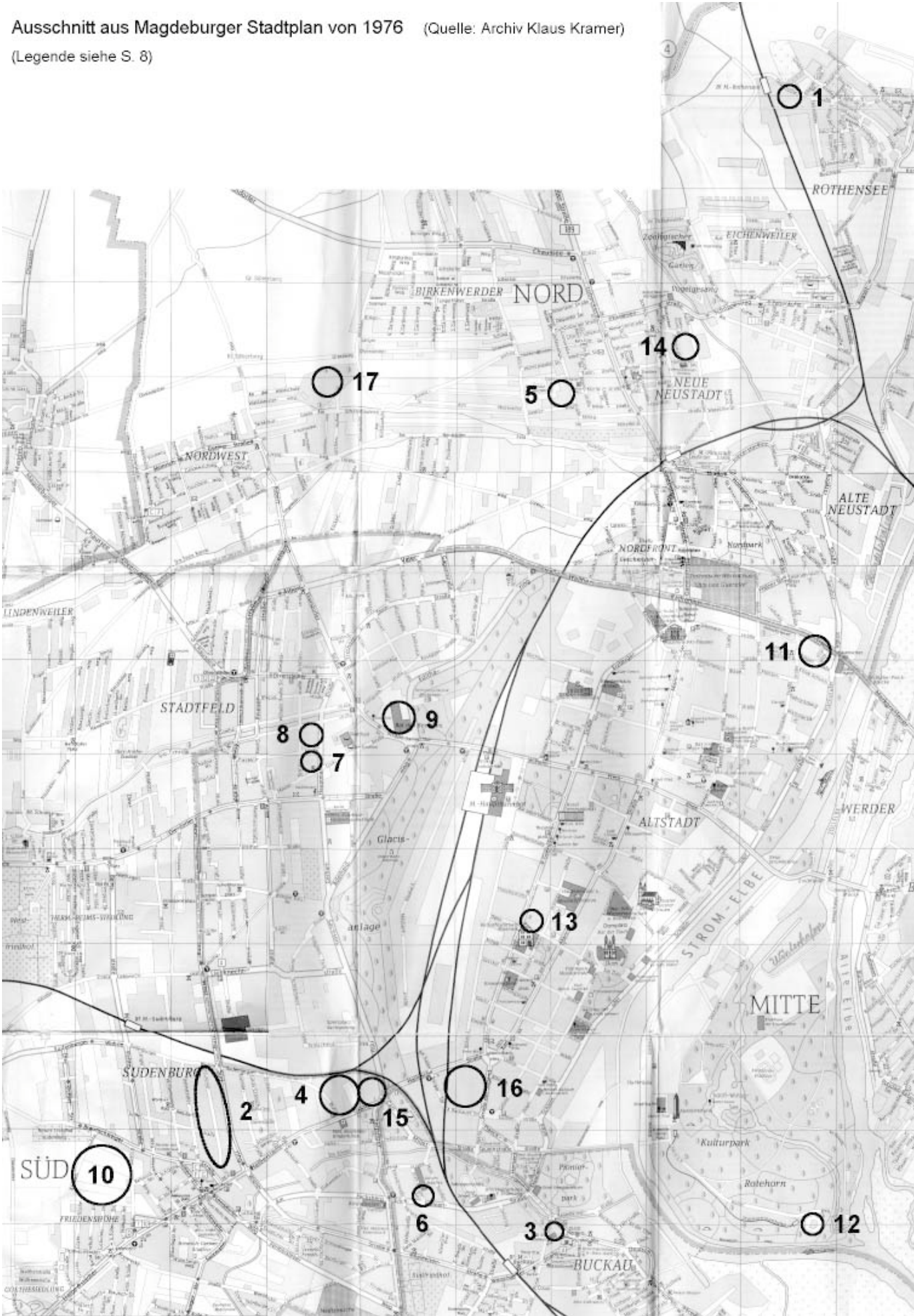
Die Sperrschilder sind in territorialer Zuständigkeit anzufertigen und zu bevorraten.

8. Präzisierung zur Aufgabenstellung gemäß Anlage 9

Der Punkt 7. wird wie folgt neu formuliert:

Übersicht über IM auf der Grundlage der 3. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/79, die für einen zeitweiligen Einsatz im Isolierungsobjekt vorgesehen sind.

Ausschnitt aus Magdeburger Stadtplan von 1976 (Quelle: Archiv Klaus Kramer)  
(Legende siehe S. 8)



## **Impressum**

Wirkungsstätten stalinistischen Terrors in der SBZ/DDR - Magdeburg -  
Dokumentation  
(Reihe „Betroffene erinnern sich“, Teil 8)

Text: Dr. Klaus Kramer

Redaktion: Günter Anders

Fotoverarbeitung: Fredi Fröschki

Layout: Stefan Nowotzin

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-  
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt  
(Telefon: (0391) 567 50 51)

2. Auflage      Magdeburg, Dezember 2000

Druck: JVA Naumburg-Arbeitsverwaltung